

SOZIOLOGIE

Aus dem Inhalt

- Richard Münch, Heiko Kleve
Polarisierte Gesellschaft?
- Jens Beckert
*Einige Bemerkungen zur Entwicklung
der Wirtschaftssoziologie*
- Symposion
Antisemitismus und / in der Soziologie, Teil 1
- Markus Holzinger
Soziologie als Verschwörungstheorie?
- *Ergebnisse der Wahlen 2025 zu Vorsitz,
Vorstand und Hälfte des Konzils der DGS*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Cui bono? Diese Frage führt ohne Umweg auf verschwörungstheoretisches Gelände. Aber wie will man sie vermeiden, wenn man aktuelle Entwicklungen einordnen will? Etwas »einzuordnen« ist nicht zufällig ein Lieblingsausdruck irritierter Diskurse. Wir haben es gesellschaftlich mit der Koinzidenz zweier Entwicklungen zu tun, die Welten auseinander zu liegen scheinen und einander doch bestens in die Hände spielen. Während Maschinenlernmodelle immer raffinierter darin werden, in unstrukturierten Datenräumen Muster aller Art zu erkennen, sorgen politische Entwicklungen dafür, dass bewährte institutionelle Strukturen schneller abgebaut werden, als Beobachter, die mit diesen Strukturen groß geworden sind, es für möglich gehalten hätten. Wir leben in einem Zeitalter der Disruption. Faschistische Tendenzen produzieren ein Chaos, von dem Datenmodelle profitieren, die mit keiner Ordnung rechnen.

Sicherlich ist das übertrieben. Aber wenn man Faschismus mit völkischen Tendenzen gleichsetzt und den Angriff auf ordentliche Verwaltungsverfahren, den Rechtsstaat und die Menschenrechte beim Wort nimmt, landet man bei einer Gesellschaft, die nur noch ein Volk, eine Elite und scharfe Grenzen nach innen und außen kennt. Jener umfangreiche institutionelle Apparat, der lokale und globale Belange in raffiniert ausgeglichenen Hierarchien miteinander abgleicht, wird abgebaut und durch eine Konfrontation ersetzt, die nur die Sprache der Stärke versteht.

Es geht jedoch nur um den Datenschutz. Seine Aufhebung ist das Ziel aller Machenschaften. Vor dem Rechner seien alle Daten gleich! Politik und Geschäft, Unterhaltung und Gesundheit dienen der Erprobung eines Algorithmus, der keine administrativen und juristischen Schranken mehr duldet (obwohl diese in einem n-dimensionalen Vektorraum mathematisch wohl kaum weiter auffallen). Der nationalistische Gedanke dient nur dem Abbau der internationalen Ordnung. An ihre Stelle tritt die Weltbevölkerung als Spielball von Datenmodellen.

Niklas Luhmann hat einmal die These formuliert, man könne die Werte der modernen Gesellschaft als ein »Verbindungsmedium« beschreiben, das als »hochmobile Gesichtspunktmenge« (*Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 409

und 342) jeden denkbaren Punkt der Gesellschaft mit jedem anderen verbindet, aber allenfalls »durch Unterstellung« wirkt. Daten sind für diese Idee ein zweiter Fall. Auch sie sind eine hochmobile Gesichtspunktmenge, die ebenfalls durch Unterstellung, wenn auch nicht normativ, so doch kognitiv wirkt. Werte blockieren das Lernen, Daten befördern es. Aber was ist das für ein Lernen?

Eine solche »List der Vernunft« wird man wohl kaum für möglich halten. Aber ist die Disruption, mit der der Faschismus den Datenmodellen entgegenkommt, möglicherweise nichts anderes als eine weitere Welle der »Modernisierung«, dieses Mal zwecks Abbau nicht mehr der Stände, sondern einer »alt gewordenen« (Luhmann) funktionalen Differenzierung? Dient das Chaos, das zunächst jeder Rücksicht auf den Planeten spottet, einem Reset, mit dessen Hilfe das gesellschaftliche Überleben der Menschheit auf diesem Planeten neu durchgerechnet werden kann? Geht es nur darum, im Vertrauen auf neue Techniken der Komplexitätsbewältigung alle bisherigen Vorlieben auf den Prüfstand legen zu können?

Die aktuelle Beobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen gibt keinen Anlass zu Optimismus. Und doch verblüfft die Parallelität gesellschaftlicher Schließung zu neuen alten Bündeln (ital. *fascio*, das Bündel) auf der einen Seite und technologischer Öffnung zu einer umfassenden Konnektivität physischer und symbolischer Daten auf der anderen Seite. Inmitten größter Wissenschaftsfeindlichkeit gibt es immer mehr zu wissen. Mit welchen »Katastrophen« (Wechsel in den Modalitäten einer Systemreproduktion) rechnet welche Art von wissenschaftlicher »Wahrheit«?

Die Zeiten sind düster. Aber ihre Beobachtung nimmt uns niemand ab.

Mit herzlichen Grüßen
Dirk Baecker

Polarisierte Gesellschaft?

Verbündete, Schlichter und Abklärer
im Geschäft der soziologischen Zeitdiagnose

Heiko Kleve im Gespräch mit Richard Münch

Leben wir tatsächlich in einer polarisierten Gesellschaft? Und wenn ja, zwischen welchen Polaritäten verlaufen die Konfliktlinien? Diese Fragen werden derzeit nicht nur in der akademischen Soziologie, sondern auch in den Medien, der Politik und den alltäglichen Lebenswelten kontrovers diskutiert. Angesichts dramatischer aufeinanderfolgender Krisen prallen gegensätzliche Positionen aufeinander, die das Potential haben, die Bevölkerung zu spalten. Wie lassen sich solche Konflikte verstehen? Und vor allem: Welche Lösungs- und Vermittlungsmöglichkeiten können angedacht werden? Nils Kumkar und Uwe Schimank haben im letzten Heft der SOZIOLOGIE einen Strukturierungsvorschlag für soziologische Zeitdiagnosen zu dieser Thematik erarbeitet. Im Folgenden führen wir dazu ein Gespräch, das weiter klären soll, was die Soziologie zu dieser Thematik von größter gegenwärtiger Kulturbedeutung im Sinne Max Webers beizutragen hat. Es handelt sich um die Fortführung und längere Fassung eines in der *Zeitschrift für Konfliktmanagement* begonnenen Gesprächs (Kleve, Münch 2024).

Heiko Kleve: Nils Kumkar und Uwe Schimank (2025) haben jüngst in Bezug auf soziologische Analysen zum Thema der gesellschaftlichen Polarisierung drei Rollen unterschieden, in denen man sich diesem Gegenstand soziologisch nähern kann: die Rollen des Verbündeten, des Schlichters und des Abklärers. Was halten Sie davon?

Richard Münch: Kumkar und Schimanks Unterscheidung dieser drei soziologischen Herangehensweisen bietet eine hilfreiche Strukturierung der Debatte über die polarisierte Gesellschaft. Sie macht klar, dass alle drei Herangehensweisen ihre Berechtigung haben, die sich letztlich im soziologischen Diskurs bewähren muss. So gibt es hier auch kein Privileg des Abklärs, der scheinbar distanziert über allen steht. Der Abklärer hat keineswegs die Wahrheit gepachtet. Er muss sich auf gleicher Augenhöhe mit den beiden anderen Herangehensweisen auf den üblichen Prüfstand des kritischen soziologischen Diskurses stellen. Das ist gut zu verstehen, wenn man sich klar macht, dass die drei Rollen in den Entdeckungszusammenhang soziologischer Analysen gehören. In einem davon unabhängigen Begründungszusammenhang wird jedoch über deren Plausibilität und letztlich Wahrheit im kritischen Diskurs entschieden. Im Verwendungszusammenhang kann von ihnen schließlich nach beliebigen Interessen Gebrauch gemacht werden. Man kann also im Entdeckungszusammenhang als Verbündeter, Schlichter oder Abklärer zu soziologischen Zeitdiagnosen gelangen. Was daran soziologisch haltbar ist, wird im Begründungszusammenhang erörtert. Und für welche Interessen die Diagnosen eingesetzt werden, ergibt sich aus der Interessenlage im Verwendungszusammenhang. So ist es ohne weiteres möglich, dass die Analysen eines Verbündeten auch für andere als die Interessen verwendet werden, mit denen er sich verbündet sieht. Die Analysen eines Schlichters können einseitig von einer Konfliktpartei in ihrem Interesse aufgegriffen werden. Der Schlichter kann zum Beispiel unwillentlich zum Verbündeten populistischer Parteien werden. Auch was als Abklärung verstanden wird, kann in den Dienst bestimmter Interessen gestellt werden, wodurch sie unwillentlich zur Verbündeten dieser Interessen wird. In allen drei Fällen wird die Indienstnahme soziologischer Analysen für spezifische Interessen dadurch erleichtert, dass sie per Interpretation für diese Interessen zurechtgelegt werden können. Darauf hat der Autor einer Zeitdiagnose keinen direkten Einfluss. Mit den drei Rollen verbinden sich besondere Gefahren der Indienstnahme für spezifische Interessen. Der Verbündete begibt sich grundsätzlich in die Gefahr, Fakten in den Vordergrund zu stellen, die das verbündete Interesse stützen, und andere Fakten, die dagegen sprechen könnten, im Verborgenen zu belassen. Die Zeitdiagnose eines Schlichters kann von der Opposition in einem Herrschaftskonflikt genutzt werden, um die Berechtigung der eigenen Posi-

tionierung zu unterstreichen und der anderen Seite eine mangelnde Respektierung der eigenen Rechte und Interessen vorzuwerfen. Der Abklärer läuft Gefahr, im soziologischen Elfenbeinturm den Bezug zur sozialen Wirklichkeit zu verlieren, Missstände zu übersehen und damit den Status quo im Interesse der herrschenden Eliten zu legitimieren. All das gehört auf den Prüfstand des kritischen wissenschaftlichen Diskurses im Begründungszusammenhang, in dem allein die sowohl im Entdeckungszusammenhang als auch im Verwendungszusammenhang gegebenen Einseitigkeiten korrigiert werden können und aus dem alle Interessen des Entdeckungs- und Verwendungszusammenhangs ferngehalten werden müssen. Die Motive des Autors und der Nutzer einer soziologischen Analyse spielen keine Rolle bei ihrer kritischen Prüfung in Bezug auf ihre Wahrheit. Ein besonderes Augenmerk darf aber der Konstellation gelten, dass eine soziologisch fragwürdige, von der Wirklichkeit nicht gedeckte Analyse in den Dienst bestimmter Interessen genommen wird.

HK: Mit Blick auf Ihr Buch »Polarisierte Gesellschaft« (2023) haben Ihnen Kumkar und Schimank die Rolle eines Schlichters zugeordnet. Wie verstehen Sie die Rolle eines Schlichters und sehen Sie sich selbst auch in dieser?

RM: Mit der Zuweisung der Rolle eines Schlichters kann ich gut leben, wenn das allein auf den Entdeckungszusammenhang bezogen wird, wiewohl ich von meinem Soziologieverständnis her die Rolle der politisch unabhängigen soziologischen Aufklärung bevorzuge. Was mich wirklich antreibt, ist intellektuelle Neugierde. Ich möchte sehen, zu welchen Erkenntnissen über soziale Phänomene von großer gesellschaftlicher Relevanz uns die Soziologie tragen kann. Vielleicht rührt meine Einordnung als Schlichter durch Kumkar und Schimank daher, dass ich Soziologie mit Max Weber als Wirklichkeitswissenschaft verstehe. Das heißt, dass ich zunächst einmal davon ausgehe, dass das Phänomen der Polarisierung existiert, wenn alle Welt davon spricht. Ich würde mir nicht anmaßen wollen, aller Welt von der Warte eines soziologischen Elfenbeinturms herab zu erklären, dass da hitzig über etwas debattiert wird, das es gar nicht gibt. Ich entnehme also meine Untersuchungsgegenstände der sozialen Wirklichkeit der handelnden Subjekte und ich versuche zu vermeiden, mit vorgestanzten theoretischen Schablonen oder statistischen Konstrukten an die soziale Wirklichkeit heranzugehen. Stattdessen steht das – stets nur halbwegs erfolgreiche – Bemühen im Vordergrund, im Sinne von Bourdieu die materielle und symbolische Konstruktion der

sozialen Wirklichkeit in ihrem Zusammenspiel so weit wie möglich aus den gesellschaftlichen Positionen und Positionierungen der Akteure selbst heraus zu erschließen. Das schließt mit ein, die Positionierungen der Akteure in den materiellen und symbolischen Kämpfen als solche zu erfassen und ihnen nicht von außen soziologische Konzepte überzustülpen, die eine eigene soziologische Realität fernab von der Realität der handelnden Subjekte selbst schaffen. Ich denke, dass man der Wirklichkeit der Menschen näher kommt, wenn man ihnen zuhört, was ich beispielsweise mit der Auswertung von Leserbriefen getan habe. Das mag Kumkar und Schimank bewogen haben, meine Intervention als diejenige eines Schlichters einzuordnen, obwohl ich an sich nur das soziologische Interesse des verstehenden Erklärens eines aktuellen gesellschaftlichen Zustandes im Auge habe. Dabei kommt es mir auch im Sinne Max Webers darauf an, nicht x-beliebige soziale Phänomene zu untersuchen, sondern solche von Kulturbedeutung in dem Sinne, dass sie maßgeblichen und nachhaltigen Einfluss auf Kultur und gesellschaftliches Zusammenleben ausüben.

Selbstverständlich arbeitet auch eine soziologische Wirklichkeitswissenschaft mit Begrifflichkeiten und theoretischen Annahmen, wie wir es am Werk von Max Weber gut erkennen können. Was sie auszeichnen soll, ist das Bemühen, eine Brücke zwischen der soziologischen Analyse und der Wirklichkeit, wie sie von den handelnden Subjekten erlebt wird, herzustellen. Das ist ein schwieriger Balanceakt, der immer nur mehr oder weniger gut gelingen kann. Wir sind es gewohnt, die soziale Wirklichkeit mit soziologischen Begrifflichkeiten zu beschreiben. Begriff und Wirklichkeit bilden eine Art Symbiose, bei der es leicht passieren kann, dass wir uns in einer soziologisch konstruierten Wirklichkeit vergaloppieren, die uns in sich stimmig erscheint, diese Stimmigkeit aber mit einem gewissen Wirklichkeitsverlust erkaufte wird. Ich möchte mich keineswegs von vornherein davon freisprechen. Das gilt auch für meine Polarisierungsdiagnose, bei der sicherlich auch die reine Lust an der soziologischen Konstruktion eines interessanten sozialen Phänomens die Hand geführt hat. Das zu korrigieren, dafür haben wir ja den wissenschaftlichen Diskurs.

Auf keinen Fall möchte ich aber die Rolle eines Schlichters so verstanden wissen, dass die »Berechtigung« artikulierter Interessen auf der einen und/oder anderen Seite des Konflikts anerkannt wird. Das ist eine

normative Frage, die von einer Soziologie, die sich als Wissenschaft versteht, nicht beantwortet werden kann, wie schon Max Weber im ersten Werturteilsstreit für mich ein für alle Mal klargemacht hat (Münch 1968). Ob die Positionierungen der herrschenden Eliten oder die Positionierungen der aufbegehrenden populistischen Bewegungen berechtigt sind oder nicht, ist keine soziologisch beantwortbare Frage. Soziologisch relevant ist allein das Faktum, dass sie da sind und dass sie im Antagonismus gegeneinander stehen. Es kann allein darum gehen, das Faktum artikulierter antagonistischer Positionierungen zu erfassen und die Fragen zu klären, worin die Ursachen dieses Antagonismus liegen, in welchen Erscheinungsformen er sich zeigt, welche Folgen er für die Gesellschaft hat und auf welche Weise er in eine mehr oder weniger friedvolle Form der Konfliktbewältigung überführt werden kann.

HK: Soziologische Zeitdiagnosen, die Kumkar und Schimank als Abklärung bezeichnen, kommen zum Schluss, dass die Diagnose einer polarisierten Gesellschaft nicht zutreffend sei. So lassen sich beispielsweise die systemtheoretisch geprägten Beiträge von Nassehi (2021) oder Kaube und Kieserling (2022) lesen. Die Analysen dieser Autoren widersprechen der in Ihrem Buch vorgelegten Diagnose. Wie schätzen Sie diese Beiträge ein und was halten Sie ihnen möglicherweise entgegen?

RM: Grundsätzlich können distanzierte theoriegeleitete soziologische Analysen in einer Situation der öffentlichen Erregung einen Augen öffnenden Beitrag zur Beruhigung und zur Wiedererlangung des sozialen Friedens leisten. Dafür sind die Analysen von Nassehi sowie Kaube und Kieserling im Ansatz auf jeden Fall geeignet. Sie bedürfen aber einer robusten Verankerung in der sozialen Wirklichkeit der handelnden Subjekte, um wirklich überzeugen zu können. Wenn sich die soziologische Gesellschaftsanalyse zu sehr auf vorgefertigte theoretische Konstrukte verlässt, kann es passieren, dass aus der soziologischen Abklärung eine Verblendung und eine Verschleierung der wahren gesellschaftlichen Verhältnisse wird. Das kann im Verwendungszusammenhang zur Folge haben, dass zwar distanzierte, aber empirisch nicht haltbare Beschreibungen der Gesellschaft politisch zur Erhaltung des Status quo instrumentalisiert werden. Diese Frage stellt sich zum Beispiel bei dem von Nassehi verwendeten theoretischen Konstrukt, dass die Menschen durch die Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse überfordert werden und deshalb Missstände sehen, wo es keine gibt, und so leicht Opfer populistischer

Vereinfachung werden. Daraus kann im Verwendungszusammenhang abgeleitet werden, dass all diejenigen eines Besseren belehrt werden müssen, die solche Missstände nur deshalb sehen, weil sie durch die gesellschaftliche Komplexität überfordert sind. Eine derartige Diagnose tendiert dazu, die konkreten, klar identifizierbaren und auch politisch bewältigbaren Probleme der handelnden Subjekte auf die abstrakte Ebene einer diffusen Verunsicherung zu heben, aus der statt der Lösung konkreter Probleme nur die Belehrung der verunsicherten Subjekte gefolgt werden kann. Das ist für die vielen Menschen wenig überzeugend, die ganz genau benennen können, was sie an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen stört. Hier stößt eine zu abstrakt gehaltene und zu wenig auf die konkreten Probleme der handelnden Subjekte eingehende soziologische Zeitdiagnose an ihre Grenzen.

Kaube und Kieserling nutzen das theoretische Konstrukt, dass die funktional differenzierte Gesellschaft dafür Sorge, Dissens stetig in den Teilsystemen der Politik, der Wirtschaft, der Medien, des Rechts, der Religion, der Kunst, der Wissenschaft und so weiter kleinzuarbeiten, weshalb man keine wirklich einheitlich durchgängige Spaltung der Gesellschaft befürchten müsse. Das ist theoretisch durchaus richtig, setzt aber voraus, dass die funktionale Differenzierung tatsächlich durch Institutionen und Praktiken ausreichend abgesichert ist (vgl. Schmidt 2005). Man darf das theoretische Postulat nicht mit der empirischen Realität in eins setzen. Die funktionale Differenzierung der Gesellschaft ist nämlich kein ein für alle Mal feststehendes Faktum. Sie ist historisch in unterschiedlichen und mehr oder weniger ausgeprägten Formen entstanden, ist immer umkämpft und einem stetigen Wandel unterworfen, der immer auch erhebliche Entdifferenzierung mit sich bringen kann. Sie muss von den Trägern der jeweiligen Institutionen verteidigt werden, so zum Beispiel die Autonomie der Wissenschaft durch eine »Realpolitik der Vernunft«, wie Bourdieu und Wacquant betont haben (2006: 212 ff.). Je weiter die Realität von dem theoretischen Konstrukt abweicht, umso mehr verschleiert dessen empirisch beschreibende Verwendung die gegebene Realität. Und es gibt gerade in unserer Gegenwart genug Anzeichen für erhebliche Abweichungen der Realität vom theoretischen Konstrukt der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Diese Abweichungen der Realität haben zur Folge, dass unzureichende funktionale Differenzierung de facto die sozialen Konflikte nicht so kleinarbeitet, wie es theoretisch postuliert wird, ganz einfach, weil die Anfangsbedingungen für die

Anwendung der Theorie gar nicht gegeben sind. Es existiert mehr teilsystemübergreifende Polarisierung als bei einer voll ausgebildeten funktionalen Differenzierung zu erwarten wäre. Hier stößt das Postulat der funktionalen Differenzierung auf eine widerständige Realität, die ihm zu viel von der rein theoretisch möglichen Überzeugungskraft raubt.

Im Verwendungszusammenhang gerät die ohne empirische Bodenhaftung zu sehr in theoretischen Schablonen gefangene Gesellschaftsdiagnose leicht zur Affirmation beliebiger gesellschaftlicher Verhältnisse. Von der hohen Warte theoretischer Konstrukte wird die gegenwärtige Klage über die gespaltene beziehungsweise polarisierte Gesellschaft zu schnell und ohne genügende empirische Erdung als eine falsche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verhältnisse entlarvt, die sich ganz anders darstellten, wenn man sich nur die richtige soziologische Brille aufsetze. Solche empirisch nicht gedeckten Diagnosen lassen sich im Verwendungszusammenhang allzu leicht für die Erhaltung des Status quo politisch instrumentalisieren. Es kann alles so bleiben, wie es ist, und es kommt nur darauf an, diejenigen ruhig zu stellen, die angeblich fälschlicherweise von einer polarisierten beziehungsweise gespaltenen Gesellschaft sprechen. Diese Gefahr sehe ich bei einer Soziologie, die zu kurzschlüssig an sich hilfreiche theoretische Konstrukte mit der empirischen Beschreibung der tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse verwechselt. Was als Abklärung gedacht ist, wird so unwillentlich zur Verbündeten der herrschenden Eliten.

HK: Im Unterschied zu den systemtheoriegeleiteten Analysen von Nassehi sowie Kaube und Kieserling haben Mau, Lux und Westheuser (2023) eine empirisch fundierte Analyse vorgelegt, die ebenfalls zu dem Schluss kommt, dass die Diagnose einer gespaltenen beziehungsweise polarisierten Gesellschaft nicht zutrifft. Auch diese Art der Zeitdiagnose ordnen Kumkar und Schimank als Abklärung ein. Hier ist die von Ihnen eingeforderte empirische Verankerung gegeben. Müsste Sie das nicht doch zu einer Revision oder zumindest einer weiteren Differenzierung Ihrer Diagnose veranlassen?

RM: Mau, Lux und Westheuser leisten ohne Zweifel einen hilfreichen, empirisch fundierten Beitrag zur Aufklärung in der Debatte über die polarisierte Gesellschaft. Er muss nur richtig interpretiert werden. Da besteht nach meiner Einschätzung Korrekturbedarf. Die Autoren stellen mittels quantitativer Erhebung eine Normalverteilung der Einstellungen zu kon-

troversen Themen in der deutschen Bevölkerung fest. Diesseits bestimmter Triggerpunkte gibt es eine breite Übereinstimmung in kontroversen Themen zwischen den beiden von ihnen angesetzten Polen »konservativ« und »progressiv«. Das ist ein statistisches Konstrukt, das bei Mau, Lux und Westheuser einen ähnlichen Stellenwert hat, wie das jeweilige theoretische Konstrukt bei Nassehi beziehungsweise Kaube und Kieserling. Das statistische Konstrukt spricht jedoch nicht für sich selbst. Es bedarf der Interpretation, die einen Bezug zur sozialen Wirklichkeit der handelnden Subjekte und gesellschaftlichen Verhältnisse herstellen muss. In meinen Augen schließen Mau, Lux und Westheuser zu unvermittelt von einem interpretationsbedürftigen statistischen Konstrukt auf die ganze gesellschaftliche Wirklichkeit. Das Konstrukt wird zu wenig in der konkreten Wirklichkeit der handelnden Subjekte, speziell in der konkreten Wirklichkeit der politischen Arena verankert. Dadurch wird reale Polarisierung verschleiert und damit im Verwendungszusammenhang der politischen Instrumentalisierung einer empirisch nicht ausreichend im realen politischen Geschehen verankerten Diagnose die Tür geöffnet. Mau, Lux und Westheuser (2024) wehren sich zwar heftig gegen eine solche Einschätzung, sie liefern dafür aber selbst eine Steilvorlage, indem sie Polarisierung maßgeblich als ein von »Polarisierungsunternehmern« erzeugtes Zerrbild der gesellschaftlichen Verhältnisse deuten. Dabei setzen sie unzulässigerweise ihr statistisches Konstrukt mit der gesellschaftlichen Realität in eins. Man kann sich mit dieser Diagnose die Bewältigung der tieferen materiellen Ursachen der Polarisierung ersparen und sich allein darauf konzentrieren, die Polarisierungsunternehmer zum Schweigen zu bringen, am besten mit »Faktencheckern« oder gleich mit der Errichtung eines »Wahrheitsministeriums«, das sauber zwischen »Information« und »Desinformation« unterscheidet. Mit den Methoden eines Überwachungsstaates wird man die Polarisierung der Gesellschaft aber nicht überwinden können, zumal derartige Instrumente per se zum Scheitern verurteilt sind. Sie verschärfen Polarisierung, statt sie zu überwinden.

Mit Mau, Lux und Westheuser stimme ich allerdings zunächst einmal darin überein, dass die große Mehrheit der Bevölkerung gemäßigte Positionen zwischen den Extremen vertritt, also eine Normalverteilung von Positionierungen zu wesentlichen Themen öffentlicher Debatten besteht. Wie ich selbst dargelegt habe, trifft beispielsweise die Polarisierung zwischen »Anywheres« in der Stadt und »Somewheres« auf dem Land (Goodhart 2017) auf weite Teile Deutschlands nicht zu, weil Stadt und

Land schon aufgrund der dichten Besiedelung gar nicht scharf voneinander getrennt sind, sondern ineinanderfließen. Ebenso habe ich festgestellt, dass in Deutschland die breite Streuung mittelständischer, auf dem Weltmarkt führender Unternehmen – viele davon Familienunternehmen – über das ganze Land hinweg für eine starke Verbindung von globaler Vernetzung und lokaler Verwurzelung sorgt. Nicht weniger als 1.500 derartige, breit über Stadt und Land verstreute »Hidden Champions« werden gezählt. Des Weiteren hat meine Auswertung von Leserschriften in führenden Tages- und Wochenzeitungen zu Artikeln über kontroverse Themen ergeben, dass die Leser zum Beispiel nicht grundsätzlich gegen Eurorettung, Migration, Klimaschutz, erneuerbare Energien, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Rechte von Minderheiten oder die Respektierung von Identitäten votieren, sondern sich wünschen, dabei die Grenzen der Ausgewogenheit bezüglich widerstreitender Ziele und Interessen und der ökonomischen Tragfähigkeit nicht zu überschreiten, Wohlstandseinbußen zu vermeiden sowie auf eine gerechte Lastenverteilung und die Erhaltung der grundrechtlich garantierten bürgerlichen Freiheiten zu achten. Das sind genau die von Mau, Lux und Westheuser identifizierten »Triggerpunkte«. Innerhalb dieser Grenzen besteht ein Konsens mit gewissen Nuancierungen der Einstellungen, außerhalb dieser Grenzen nimmt die Divergenz der Einstellungen deutlich zu und die Akzeptanz politischer Maßnahmen ab.

HK: Warum halten Sie aber anders als Mau, Lux und Westheuser an der Diagnose einer Polarisierung der Gesellschaft fest? Unterschätzen die genannten Autoren die Positionen an den Rändern, die die Mitte der Gesellschaft, also die gemäßigteren Positionen schrumpfen lassen?

RM: Aus der Tatsache der Normalverteilung von Einstellungen in der Bevölkerung zu wesentlichen Fragen der öffentlichen Debatte in Analogie zu einem Dromedar-Höcker statt dem Doppelhöcker eines Kamels – wie von Mau, Lux und Westheuser veranschaulicht – lässt sich nicht unmittelbar ableiten, dass es keine Polarisierung in der Gesellschaft gibt. Wie der Begriff schon sagt, ist die Normalverteilung von Einstellungen der Normalfall, kann also auch in einer höchst polarisierten Gesellschaft gegeben sein, erst recht deshalb, weil Extrempositionen im Meinungsspektrum in der Regel eine Sache von lautstarken Minderheiten an beiden Enden dieses Spektrums sind. Dieser Antagonismus überstrahlt

dann die mehrheitlich gemäßigten Positionen, sodass diese in der öffentlichen Debatte nicht die nötige Kraft der Vermittlung zwischen den Extremen haben. Dazu bedarf es keiner Verteilung von Einstellungen im Sinne eines Kamel-Doppelhöckers. Was aber die gegenwärtige Verteilung von Positionierungen im Meinungsspektrum kennzeichnet, ist die gewachsene Distanz zwischen den zwei einander entgegengesetzten Polen und die abgeflachte Normalverteilung mit einem niedrigeren Dromedar-Höcker. Es stehen sich an beiden Polen radikalere, weiter voneinander entfernte und unversöhnlichere Positionierungen gegenüber, und die Mitte ist geschrumpft, sodass ihr die Kraft der Vermittlung zwischen den Extremen fehlt. Die Bevölkerung ist außerdem nicht »die Gesellschaft«, vor allem nicht die politische Arena. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden aber maßgeblich durch die politische Arena bestimmt. Was in dieser Arena geschieht, strahlt auf die ganze Gesellschaft und ihre einzelnen Funktionsbereiche aus und besitzt deshalb größte Relevanz für die Verhältnisse, in denen wir leben. Und diese Arena ist in Zeiten des tiefgreifenden Wandels wie in der Gegenwart hochgradig polarisiert, weil viel mehr auf dem Spiel steht als in ruhigeren Zeiten.

HK: Worin äußert sich Ihrer Ansicht nach die Polarisierung in der politischen Arena, und was treibt sie an?

RM: Auch Mau, Lux und Westheuser konstatieren eine erhebliche Polarisierung der politischen Arena, wenn sie auf den Antagonismus zwischen den Grünen und der AfD verweisen, also genau zwei Minderheitspositionen im eben genannten Sinn. Im Anteil ihrer Wahlstimmen zwischen 12 und 20 Prozent zeigen sich dabei überdies zwei recht starke Pole im Meinungsspektrum, die das schöne Bild des Dromedar-Höckers als irreführend erscheinen lassen. In diesen Antagonismus werden auch die anderen Parteien hineingezogen, die dadurch erheblich in ihrem Handlungsspielraum eingeengt werden. Sie müssen sich für die eine oder die andere Seite entscheiden und können deshalb nur noch sehr begrenzt bis überhaupt nicht mehr zwischen den Extrempositionen vermitteln. Sie müssen Positionierungen vermeiden, die sie zu nahe an die andere Seite heranbringen und den Verdacht der Kollaboration mit dem Feind nähren. Infolgedessen werden auf beiden Seiten des Antagonismus vermittelnde Positionen geräumt und Extrempositionen gestärkt. Das führt zur Schwächung der Mitte und zur scharfgeschnittenen Polarisierung in der

politischen Auseinandersetzung. Daraus resultiert das vielfach beobachtete Phänomen, dass sich viele gemäßigt denkende Wähler nicht mehr gut in der Politik repräsentiert sehen. Die Parteien verlieren dadurch erheblich an Vertrauen. Die politische Arena ist polarisierter als die Bevölkerung selbst. Zwischen AfD und Grünen werden die anderen Parteien zerrieben. Die FDP ist massiv in ihrer Existenz bedroht, die SPD ist von einstmalig etwa 40 auf 16,4 Prozent geschrumpft, die CDU von einstmalig deutlich über 40 auf 28,5 Prozent. Die CDU ist in sich zunehmend gespalten und sieht einer höchst ungewissen Zukunft entgegen. Hinzu tritt noch das BSW mit einer Sonderrolle, die vor allem der SPD und der Linken Wahlstimmen wegnimmt, wodurch die Situation noch unübersichtlicher wird. Das heißt, dass die ehemalige politische Mitte zwischen den beiden politischen Polen zerrissen und deshalb nicht handlungsfähig ist. Der Dromedar-Höcker zeichnet demgemäß ein falsches Bild der Realitäten in der politischen Arena. Wir haben die paradoxe Situation, dass sich eine Bevölkerung, deren Meinungsspektrum der Normalverteilung eines Dromedar-Höckers entspricht, von einem Parteiensystem repräsentiert sieht, dessen Meinungsspektrum de facto der Doppelhöcker-Verteilung eines Kamels gleicht. Dass sich das Vertrauen der Bürger in die politischen Repräsentanten und in die Art und Weise, wie sie Demokratie praktizieren, in einer solchen Situation im Keller befindet, ist keine Überraschung.

HK: Wie wirkt denn diese Polarisierung in der politischen Arena auf die Zivilgesellschaft, speziell auf das Verhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Gruppen zurück?

RM: Der Antagonismus zwischen Grünen und AfD wird im politischen Kampf in deren spezifische Milieus hineingetragen, die dadurch selbst polarisiert werden. Wie schon erwähnt, ist das in den Augen von Mau, Lux und Westheuser das Werk von »Polarisierungsunternehmern«. Auch darin stimme ich mit ihnen überein. Das typische Milieu der Grünen ist das im Staatsdienst tätige oder dort hinstrebende, gut und sicher positionierte akademische Milieu. Das typische Milieu der AfD ist das privatwirtschaftlich tätige, mehr dem Wettbewerb ausgesetzte und weniger sicher positionierte Milieu von kleineren Gewerbetreibenden, Handwerkern, Landwirten und Arbeitern. Dementsprechend ist auch in den Ergebnissen der Erhebung von Einstellungen zu kontroversen Themen von Mau, Lux und Westheuser klar erkennbar, dass kulturelle Experten,

Management und technische Experten mehrheitlich stärker zu der Seite neigen, die sich als »progressiv« versteht, einen gesellschaftlichen Führungsanspruch erhebt und als herrschende Elite fungiert. Dagegen vertreten Kleinunternehmer, Dienstleistungsarbeiter und Produktionsarbeiter Positionen, die von den herrschenden Eliten als »konservativ«, das heißt an Normalitäten der Vergangenheit hängend, etikettiert werden. Insofern hat sich die Normalverteilung der Einstellungen mit den genannten Unterschieden, der öffentlichen Diskurshoheit der herrschenden Eliten folgend, insgesamt mehr hin zu der Seite verschoben, die sich selbst als »progressiv« betrachtet. Mau, Lux und Westheuser übernehmen das Begriffspaar »konservativ/progressiv« aus der herrschenden Meinung im öffentlichen Diskurs. Das hindert sie daran, das darin verborgene Herrschaftsverhältnis zwischen »progressiver« Elite und »konservativer« Masse und den darin liegenden Zündstoff ausreichend zur Sprache zu bringen, der schon daraus resultiert, dass ehemals als Mitte verstandene Positionen nach rechts verschoben werden. Die Polarisierung in der politischen Arena transformiert die eher moderaten Unterschiede in der breiten Mitte der Normalverteilung in antagonistische Positionierungen.

HK: Ist also die Polarisierung der Gesellschaft doch nur eine symbolische Konstruktion ohne materielle Basis?

RM: Polarisierungsunternehmer schlagen aus der Polarisierung von Milieus politisches Kapital. Die Polarisierung ist ihr Geschäftsmodell für politischen Erfolg und wirkt auf die Milieus selbst zurück, die sich dadurch unversöhnlicher gegenüberstehen und zur »Hassrede« über die andere Seite motiviert werden. Mit Karl Marx gesprochen transformiert die politische Polarisierung Klassen an sich in Klassen an und für sich. Die politische Polarisierung greift über in die Zivilgesellschaft, wo sie sich als Klassenkonflikt zeigt. Es stehen einander nicht mehr einfach akademisches und nicht-akademisches Milieu gegenüber, sondern zwei, jeweils unterschiedliche Milieus umfassende, antagonistische Klassen, aus der jeweiligen Sicht des Gegners »steueralimentierte Parasiten« auf der einen Seite und »minderbemitteltes Volk«, das für die Demokratie »zu dumm« ist, auf der anderen Seite. Aus der Sicht der »progressiven« Seite erscheinen ehemals konservative Einstellungen als »rechtsextrem«, während die konservative Seite »progressive« zu »regressiven« Einstellungen umdeu-

tet, die zu einem gesellschaftlichen Niedergang mit massiven Wohlstands-, Sicherheits- und Freiheitsverlusten führten. Davon sehen sich die beherrschten Klassen unmittelbar negativ betroffen, während sie den herrschenden Klassen vorhalten, dass sie davon in ihrer privilegierten Position nichts mitbekommen. Der symbolische Antagonismus wird so in einem materiellen Antagonismus verankert. Es geht letztlich um die Ausübung der politischen Herrschaft. Die »demokratischen« Parteien verteidigen »unsere« Demokratie gegen die »Demokratiefeinde« und »Wiedergänger« des »Faschismus«. Aus deren Sicht zeigt sich darin eine »Pervertierung« der Idee der Demokratie zu einer »semi-totalitären« Herrschaft der »Blockparteien« beziehungsweise »Kartellparteien« und des »politisch-medialen Komplexes« sowie eine illegitime Inbesitznahme der Demokratie im schlichten Eigeninteresse des Machterhalts. Die Gesellschaft gerät so in einen massiven Klassenkonflikt und in eine Radikalisierungsspirale auf beiden Seiten, in der im Sinne einer *self-fulfilling prophecy* aus wechselseitigen Zuschreibungen Realitäten werden.

Mit der Verschiebung der Normalverteilung hin zu Positionierungen, die sich als »progressiv« verstehen, hat sich der Triggerpunkt, jenseits dessen auf der konservativen Seite die Etikettierung von Positionen als »extremistisch« beginnt, deutlich hin zur Mitte verschoben. Das bedeutet, dass ehemals in der Mitte zwischen konservativ und progressiv stehende Positionen schon als rechts bis rechtsextrem eingestuft werden können. Das trifft auch im eben angesprochenen Sinn moderate Positionen, die dann als »europafeindlich«, »fremdenfeindlich«, »klimaleugnend«, »rassistisch« und »transphob« gebrandmarkt werden. Im Gegenzug sehen die so Etikettierten den Extremismus auf der Regierungsbank sitzen, das heißt am äußersten Rand des »progressiven« Pols. Je mehr dann die Parteien der Mitte die kontroversen Themen den Parteien überlassen, die am jeweiligen Pol des Meinungsspektrums Extrempositionen vertreten, umso mehr Zulauf können diese auch von Bürgern mit gemäßigten Einstellungen verbuchen. Die mit den kontroversen Themen verbundenen Probleme werden dauerhaft nicht gelöst. Dadurch wird Polarisierung weiter gesteigert.

Die These der Polarisierung der Gesellschaft durch Polarisierungsunternehmer ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Polarisierungsunternehmer können dauerhaft nur dann erfolgreich sein, wenn es für ihre Erzählungen einen fruchtbaren Boden in den materiellen Verhältnissen gibt und wenn sie über genügend Definitionsmacht verfügen. Anderenfalls

erzeugen sie nur heiße Luft, die schnell verdampft. Davon kann aber in der Gegenwart nicht die Rede sein. Um die Ursachen für die Polarisierung in der politischen Arena herauszufinden, bedarf es demnach mehr als des bloßen Verweises auf das Werk von Polarisierungsunternehmern. Wir müssen die gesellschaftlichen Veränderungen unter die Lupe nehmen, die zu einer größeren Divergenz von Interessen führen, Zielkonflikte verschärfen, Ungleichheiten wachsen lassen, Verteilungsspielräume verengen, Gräben vertiefen, neue Probleme erzeugen und Verständigung schwieriger machen. Es bedarf auch einer Analyse der Herrschaftsverhältnisse, die den öffentlichen Diskurs bestimmen und darüber entscheiden, welche Positionierungen zu bestimmten Themen als legitim und welche als nicht legitim gelten. Es müssen die materiellen Verhältnisse hinter den symbolischen Kämpfen aufgedeckt werden.

HK: Worin sehen Sie denn die Hauptkonfliktlinien in der polarisierten politischen Arena der Gegenwart?

RM: Worin ich mich von Mau, Lux und Westheuser unterscheide, ist die größere Aufmerksamkeit, die ich der Polarisierung in der politischen Arena widme. Im Antagonismus zwischen den Grünen und der AfD sind wie unter einem Brennglas gleich mehrere spezielle Antagonismen zu erkennen, die in zunehmender Schärfe hervortreten. Ich sehe zunächst sechs Antagonismen, die einer besonderen Analyse ihrer Eigenart und Dynamik bedürfen: (1) Kosmopolitismus versus Kommunitarismus, Globalismus versus Nationalismus, *Anywheres* versus *Somewheres*, Offenheit versus Geschlossenheit, Heterogenität versus Homogenität; (2) kulturelles versus ökonomisches Kapital, Idealismus versus Materialismus, gebildetes versus gewerbliches Bürgertum und Arbeiterklasse; (3) Links versus Rechts, postmoderne versus altmoderne Linke, postbürgerliche versus altbürgerliche Rechte; (4) Ökologie versus Ökonomie: das Ende der nationalen Wohlfahrtskoalition; (5) Etablierte versus Außenseiter: die Verteilungskonflikte der Identitätspolitik; (6) herrschende versus beherrschte Klassen und Gruppen: von der industriellen Mittelstandsgesellschaft zur postindustriellen Klassengesellschaft und postmodernen Stammesgesellschaft. Diese Antagonismen sind zu vielfältig, um ihnen mit dem Schema »konservativ versus progressiv« von Mau, Lux und Westheuser vollauf gerecht werden zu können. Ich erkenne in den genannten Antagonismen vor allem neue Verteilungskonflikte. Auch diese Diagnose teile ich mit Mau, Lux und Westheuser. Ich unterscheide mich von ihnen in diesem Punkt

aber dadurch, dass es mir darauf ankommt, diese Verteilungskonflikte und die Herrschaftsverhältnisse, unter denen sie ausgetragen werden, auch so scharf wie möglich herauszuarbeiten.

Die sechs Antagonismen erfahren in einem weiteren Antagonismus eine Bündelung und Verschärfung: in dem politisch sichtbarsten siebten Antagonismus zwischen den herrschenden Eliten und dem aufbegehrenden Populismus. Dieser Antagonismus wird umso mehr gesteigert, je weniger die Politik auf die eben genannten Bedingungen Rücksicht nimmt, unter denen die Bürger bereit sind, politische Maßnahmen zu kontroversen Themen mitzutragen. Je weniger das der Fall ist, umso mehr werden auch gemäßigte Wähler in die Arme populistischer Parteien getrieben. Das hat zur Folge, dass sich die genannten Antagonismen nicht überkreuzen und somit nicht ausgleichen und dass der Spielraum für Kompromisse erheblich eingeengt wird. Stattdessen prallen die Antagonismen gebündelt und unversöhnlich aufeinander. Auf der Seite der herrschenden Eliten verbünden sich Kosmopolitismus, umfangreicher kultureller und ökonomischer Kapitalbesitz, postmoderne Linke und postbürgerliche Rechte, die ausgeprägte Sorge um die Ökologie und das Eintreten für Minderheitenrechte. Auf der Seite des aufbegehrenden Populismus verbünden sich Kommunitarismus, geringerer kultureller und ökonomischer Kapitalbesitz, altmoderne Linke und altbürgerliche Rechte, die Sorge um die Erhaltung des erwirtschafteten Wohlstands und der Sicherheit im öffentlichen und privaten Leben sowie die Ablehnung von in seinen Augen zu weit gehenden Minderheitenrechten. Die ersten sechs Antagonismen sind im Antagonismus zwischen den herrschenden Eliten und dem aufbegehrenden Populismus gebündelt und nicht mehr zu überbrücken, weil die an sich zur Vermittlung prädestinierte politische Mitte zwischen den antagonistischen Polen zerrieben wird und dadurch zu schwach ist.

HK: Welche gesellschaftlichen Veränderungen haben denn maßgeblich dazu beigetragen, dass die genannten Antagonismen schärfer als zuvor hervortreten?

RM: Jede Gesellschaft ist durch mehr oder weniger tiefgreifende Spaltungslinien zwischen Klassen, Schichten und Gruppen geprägt. Das Konzept der Spaltungslinien ist von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan 1967 zur Erklärung der Herausbildung von Parteiensystemen in die Politische Soziologie eingeführt worden. Lipset und Rokkan haben die

Hauptspaltungslinien zwischen Arbeit und Kapital, Staat und Kirche, Stadt und Land sowie Zentrum und Peripherie gesehen. Die Überkreuzung der Spaltungslinien und ihre Übersetzung in das Parteiensystem haben dafür gesorgt, dass Konflikte zwischen den Klassen und Gruppen institutionalisiert und zivilisiert in demokratischen Entscheidungsverfahren ausgetragen wurden. Die Entwicklung der CDU und der SPD, letztere nach dem Godesberger Programm von 1959, zu großen Volksparteien hat im Nachkriegsdeutschland die Spaltungslinien überbrückt und zusammen mit dem wachsenden Wohlstand des »Wirtschaftswunders« der sozialen Marktwirtschaft und der breiten Teilhabe an diesem Wohlstand zum Entstehen einer in den Worten von Helmut Schelsky (1965) »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« beigetragen. Ein großer Industrie-sektor, eine enge Kooperation zwischen großen Arbeitgeberbänden und Einheitsgewerkschaften sowie geduldiges Kapital in der engen Verbindung von Industrieunternehmen und Banken in der sogenannten Deutschland AG bescherten große Beschäftigungssicherheit und hohe Lohn Einkommen in der Breite. Die christlichen Großkirchen, eine Vielzahl von Vereinigungen und Vereinen der Zivilgesellschaft und schließlich unangetastet glaubwürdige öffentlich-rechtliche und private Leitmedien haben ebenso zur sozialen Integration und erleichterten Konsensbildung beigetragen.

In dieser Gesellschaft waren die mit den genannten Spaltungslinien einhergehenden Konflikte so weit überwunden, dass sie in institutionalisierten Verfahren friedlich abgearbeitet werden konnten, in Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, in der parlamentarischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition und innerhalb von Parteien und Regierungskoalitionen in der ständigen Kompromissbildung zwischen unterschiedlichen Werthaltungen und Interessen. In dieser Hinsicht war die Nachkriegsgesellschaft selbstverständlich durch maßgebliche Spaltungslinien und ständige Konfliktaus-tragung geprägt, aber eben auch durch die Überbrückung der Spaltungslinien und die friedliche Kompromissbildung durch Volksparteien und die stetig wachsende Teilhabe am Wohlstand durch wirtschaftliches Wachstum. Zugleich ist der nationale Wohlfahrtsstaat so weit gewachsen, dass auch für die aus Alters- und Krankheitsgründen sowie wegen Arbeitslosigkeit nicht erwerbsfähige Bevölkerung eine Teilhabe am erarbeiteten Wohlstand gesichert war.

HK: Und was hat sich an den Eigenarten dieser bundesdeutschen Sozialstruktur inzwischen verändert?

RM: Die beschriebene Konstellation hat sich seit den 1990er Jahren geändert. Die internationale Arbeitsteilung hat den Schwellenländern, insbesondere in Ostasien, eine zunehmende Teilhabe am Weltwohlstand ermöglicht. In China wurde dadurch in den letzten zwanzig Jahren die Armutsquote von 50 Prozent der Bevölkerung auf null gesenkt. Das ist ein unbestreitbarer Erfolg der internationalen Arbeitsteilung. Diese Arbeitsteilung hat die Trennung zwischen Binnen- und Außenmoral aufgehoben, die nämlich die weniger schöne Seite der nivellierten Mittelstandsgesellschaft und des nationalen Wohlfahrtsstaates im wohlhabenden Westen war, nämlich Wohlstand für alle in den reichen Industrieländern und Armut für die breite Masse der Bevölkerung in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Es wird damit klar, dass der umfassend versorgende Wohlfahrtsstaat ein exklusiv nationales Projekt war, das nun seinem Ende entgegengeht. Dieses Projekt war an Bedingungen geknüpft, die sich weder faktisch noch normativ weiterhin aufrechterhalten lassen. In den reichen Gesellschaften des Westens äußert sich diese neue Konstellation in erhöhtem Wettbewerbs- und Innovationsdruck, abnehmendem Wirtschaftswachstum, einer schrumpfenden Mittelschicht, enger gewordenen Verteilungsspielräumen, wachsender sozialer Ungleichheit, Überalterung und drohender Altersarmut sowie in der Ausbreitung neuer Armutsmilieus. Das heißt, der Abstand zwischen oben und unten ist größer geworden und die Mitte zwischen oben und unten ist geschrumpft, sodass es weniger Möglichkeiten der Überbrückung von Extrempositionen gibt. Zusätzlich wird die Konsensbildung im zivilisierten Diskurs durch allseits glaubwürdige öffentlich-rechtliche und private Leitmedien von einem unerbittlichen Kampf um »News« und »Fake News«, »Information« und »Desinformation« abgelöst. Es hat sich eine neue, gespaltene Medienlandschaft gebildet, in der die »Altmedien« einen erheblichen Vertrauensverlust hinnehmen müssen und von neuen »Alternativmedien« herausgefordert werden. Umso unerbittlicher wird nun von beiden Seiten ein Kampf gegen »Desinformation« geführt. Es prallen Extrempositionen ohne vermittelnde Kräfte aufeinander, sodass kein Vertrauen in die Selbstreinigungskräfte des offenen Diskurses besteht.

HK: Letztlich sind es also die ökonomischen Bedingungen der Gesellschaft, die sich weltweit verändert haben und die wohlhabenden Nationalstaaten, eben auch Deutschland, in besonderer Weise treffen.

RM: Ja, zu dieser Diagnose muss man gelangen, wenn man den materiellen Verhältnisse die ihnen gebührende Beachtung schenkt. Dazu kommt noch, dass der weltweit gewachsene Wohlstand sehr ungleich verteilt ist. Auf der einen Seite stehen die Länder, die durch ihre Integration in den Welthandel von der internationalen Arbeitsteilung profitieren, auf der anderen Seite die Länder, die in diese Arbeitsteilung gar nicht integriert sind und deshalb abgehängt bleiben. Dementsprechend ist der Konflikt zwischen dem reichen Norden und dem armen »globalen Süden« zu einem neuen beherrschenden Thema mit einer neuen Welle der »Dekolonisierung« geworden. Durch Migration aus dem globalen Süden in den Norden ist dieser Konflikt in die Gesellschaften des Nordens eingewandert und befeuert dort die wachsenden Identitätskonflikte zwischen etablierten Mehrheiten und ausgegrenzten Minderheiten. Aufgrund der enger gewordenen Verteilungsspielräume werden die »Triggerpunkte« schneller erreicht, jenseits derer Wohlstandseinbußen, ungerechte Lastenverteilung und Freiheitsverluste befürchtet werden, sodass populistische Gegenbewegungen bei kontroversen Themen wie der Eurorettung, der Migrationspolitik, der Klimapolitik oder der Identitätspolitik mehr Zulauf bekommen. Diese verschärften Konflikte werden unter Herrschaftsverhältnissen ausgetragen, die durch eine Verlagerung politischer Entscheidungen von der lokalen, regionalen und nationalen Ebene auf supranationale, demokratisch nur schwach legitimierte Instanzen und durch eine große Distanz der politisch-administrativen Elite zur breiten Masse der Bevölkerung und ihrem alltäglichen Kampf um den Lebensunterhalt gekennzeichnet sind, sinnbildlich repräsentiert in der sogenannten Brüsseler »Eurokratie«. Das impliziert eine starke Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten, die den Nährboden für den populistischen Aufstand gegen die »abgehobenen« Eliten bildet. Hier sehen wir den Kern der politischen Polarisierung der Gegenwart, die Polarisierung zwischen den herrschenden Eliten und der Gegenbewegung des Populismus.

HK: Worin kommt denn die verstärkte Polarisierung der politischen Arena in der Gegenwart im Vergleich zur nivellierten Mittelstandsgesellschaft zum Ausdruck?

RM: Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft wird von einer neuen, in Klassen und Identitätsgruppen gespaltenen Gesellschaft abgelöst. Es treten die genannten Antagonismen verschärft und gebündelt im Antagonismus zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen und Identitätsgruppen hervor. Korrespondierend zu diesen verschärften Antagonismen erodiert das Parteien- und Verbändesystem. Die Volksparteien, die großen Verbände, Gewerkschaften und Kirchen schrumpfen und verlieren damit erheblich an Integrationskraft. Sie werden nun Akteure in einer neu gespaltenen Gesellschaft, die Spaltungslinien nicht mehr überbrücken, sondern vertiefen. Es treten neue Parteien, Verbände, Gewerkschaften, religiöse Gemeinschaften und NGOs auf, die ihre Aufgabe darin sehen, ihre spezifischen Interessen und Wertvorstellungen zu artikulieren und durchzusetzen. Umso härter werden die politischen Kämpfe und umso mehr reichen diese Kämpfe in die Zivilgesellschaft hinein. Letztere ist nicht mehr der Ort der gemeinsamen klassen- und gruppenübergreifenden Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, sondern der Ort der Mobilisierung für eine spezifische politische Agenda und gegen eine konkurrierende politische Agenda. Anders als die Feuerwehr, der Sportverein, der Musikverein oder der Kleintierzüchterverein verfolgen NGOs eine politische Agenda. Dementsprechend findet eine Ausdehnung politischer Kämpfe hinein in einen Sektor der Gesellschaft statt, der in der nivellierten Mittelstandsgesellschaft einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Integration geleistet hatte. Das ist mit der zunehmenden Politisierung der Zivilgesellschaft nicht mehr möglich. Das gutgemeinte Regierungsprogramm »Demokratie leben« kann unter diesen Bedingungen nur Öl ins Feuer gießen. Die Gesellschaft verliert das Fundament der sozialen Integration unter Erhaltung größtmöglicher Heterogenität, genau das, was die moderne pluralistische Zivilgesellschaft ausgezeichnet hat: eine Vielzahl von sich überschneidenden sozialen Kreisen, sodass im Sinne der von Georg Simmel 1908 publizierten »Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung« soziale Integration und größtmögliche Individualität zusammen bestehen konnten (Simmel 1992).

Angesichts dieser neuen und vertieften Spaltungslinien, des schrumpfenden Verteilungsspielraums, des Verschwindens der Volksparteien, des korrespondierenden Aufstiegs von neuen Parteien, der Erosion der Verbände, Gewerkschaften und Kirchen, der Einlagerung des Nord-Süd-Konflikts in die nationalen Gesellschaften und der Politisierung der

Zivilgesellschaft, die NGOs, Kirchen, Vereinigungen und Vereine durchdringt, verschärfen sich Konflikte. Die Konfliktaustragung radikalisiert sich. Es ergibt sich ein Muster des Kampfes zwischen Etablierten und Außenseitern (Elias, Scotson 1990). Die Etablierten sehen ihre Macht schwinden und verteidigen sie mit allen verfügbaren Mitteln um jeden Preis, die Außenseiter finden sich ausgegrenzt und radikalieren sich infolgedessen zunehmend. Das ist der Nährboden, aus dem – wie überall beobachtbar – populistische Parteien emporwachsen und zu neuen Konkurrenten im Kampf um die Macht werden. Die herrschenden Eliten sehen sich verstärkt durch einen Aufstand populistischer Gegenbewegungen herausgefordert, die herrschenden Parteien durch populistische Parteien, die herrschenden Medien durch eine stark wachsende Szene von Alternativmedien. Radikale Positionen gewinnen die Oberhand und verdrängen vermittelnde Positionen. Die Regierungsseite erkennt in der Opposition eine Gefahr für die Demokratie, die Opposition bezichtigt die Regierungsseite des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaat zwecks Machterhalt. Da ist die Grenze der friedlichen Konfliktaustragung längst überschritten und der Tatbestand einer unversöhnlichen Polarisierung gegeben. In dieser Situation einer verschärften Konfliktaustragung findet eine Re-Ideologisierung der Politik statt. Extrem gouvernementalistische, nationalistische und libertäre Positionen, zwischen denen kein Kompromiss möglich ist, stoßen aufeinander und verstärken erst recht die Polarisierung. Für die erste, die gouvernementalistische Position, erfordern die neuen Herausforderungen insbesondere des Klimawandels oder drohender Pandemien supranational, am besten global handlungsfähige Instanzen, zum Beispiel eine Ermächtigung des Weltklimarats zu verbindlichen Empfehlungen für nationale Regierungen beziehungsweise eine Ermächtigung der Weltgesundheitsorganisation zu derartigen verbindlichen Empfehlungen. In beiden Fällen von Ermächtigung heißt es, dass man wegen zu großem Zeitdruck auf langsame und unzuverlässige demokratische Prozesse keine Rücksicht nehmen darf. Für die Vertreter der zweiten Position ist und bleibt der Nationalstaat der Garant von Freiheit, Demokratie, Sicherheit und innerhalb seiner Grenzen allseits geteilter Wohlfahrt, in Deutschland das Programm von Sahra Wagenknecht. Für die Libertären ist der Staat ein gefräßiger Parasit, der zugunsten der Entfesselung der Marktkräfte unter Schließung der meisten Ministerien auf das Allernotwendigste der Garantie von äußerer und innerer Sicherheit zurückgebaut werden muss, aktuell von Javier Milei

in Argentinien in die Tat umgesetzt. In der nivellierten Mittelstandsgesellschaft gab es genügend Bindungskräfte, um diese Extrempositionen in die Bedeutungslosigkeit zu verbannen. In der neuen Klassen- und Stammesgesellschaft beherrschen sie die öffentliche Debatte. Darin ist ohne Zweifel eine neue Qualität der Polarisierung zu erkennen.

HK: Sie sprechen von postindustriellen und postmodernen Kämpfen um Identität und Teilhabe. Was ist damit gemeint?

RM: Man kann die aus den angesprochenen Antagonismen resultierenden Kämpfe in dem Sinne als postindustriell bezeichnen, dass sie in einer Situation auftreten, in der die westliche Moderne ihren Zenit einer »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« mit einem großen Industriesektor im nationalen »Container« des Wohlfahrtsstaates überschritten hat. An deren Stelle ist eine postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft mit stärker fragmentierten Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften mit stark geschrumpfter Mitgliedschaft getreten, ein politischer Sektor mit einem stärker fragmentierten Parteiensystem und eine Zivilgesellschaft mit stärker fragmentierten Gruppierungen. Das impliziert größere Ungleichheit in der Teilhabe am Wohlstand und verschärfte Verteilungskämpfe.

Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft der westlichen Moderne hat einen großen Spielraum für Individualität in dem von Georg Simmel schon Anfang des 20. Jahrhunderts definierten Sinn geboten. Die einzigartige Identität des menschlichen Individuums hat sich jenseits aller angeborenen Klassen-, Schichten- und Gruppenzugehörigkeiten im Schnittpunkt einer Vielzahl sozialer Kreise gebildet. Der Kampf um Anerkennung zielte auf die Loslösung von Gruppenbindungen zwecks Entfaltung der einzigartigen Individualität des Menschen. In der stärker fragmentierten Gesellschaft der Gegenwart werden die Spielräume für Individualität durch die Reduktion des Menschen auf angeborene oder neuerdings gewählte, aber nicht weniger einschränkende Gruppenzugehörigkeiten eingeengt, sodass sich neben einer neuen Klassengesellschaft auch Konturen einer postmodernen Stammesgesellschaft zeigen. In dieser Gesellschaft wird die Identität des Menschen durch angeborene oder gewählte Gruppenzugehörigkeiten dominiert. Der Kampf um Anerkennung wird jetzt um die Geltung von Gruppenidentitäten ausgetragen, unter die das menschliche Individuum subsummiert wird. Dies ist das Thema der so genannten Identitätspolitik. Damit fallen wir hinter wesentliche Errungenschaften der europäischen Aufklärung zurück (vgl. Münch 1986).

HK: Welche Folgen hat nach Ihrer Einschätzung die zunehmende Polarisierung für die politische Konfliktaustragung und für die Gesellschaft insgesamt?

RM: Es verschärfen sich die Auseinandersetzungen in der politischen Arena. An die Stelle der friedlichen Kompromissbildung zwischen politischen Gegnern tritt der unerbittliche Kampf gegen den politischen Feind. Alles Handeln geschieht nach dem Freund/Feind-Schema, wie Carl Schmitt das Politische charakterisiert hat. Entweder bist du mein Freund oder du bist mein Feind. Dazwischen gibt es keinen Platz für Differenzierungen und Nuancierungen. Aus gegensätzlichen Wertvorstellungen und Interessen werden unversöhnliche Antagonismen. Die Politik hat ihre Mitte verloren und polarisiert sich in einander unerbittlich bekämpfende Lager. Die Folge ist sinkende politische Problemlösungsfähigkeit. Politische Entscheidungen befeuern Konflikte, statt sie zu bewältigen. Dabei kommt noch eine affektive Aufladung derart hinzu, dass der Feind zum Hassobjekt wird, was nach Schmitt der politischen Rationalität entgegensteht, die immer einkalkulieren muss, dass der Feind auch einmal Freund, zum Beispiel als Koalitionspartner, sein könnte und dass der Freund auch zum Feind werden könnte, zum Beispiel wenn er eine Koalition aufkündigt.

HK: Wie zeigt sich das denn sonst noch in der Gesellschaft?

RM: Die Polarisierung der Politik strahlt weit über die politische Arena hinaus in alle Funktionsbereiche der Gesellschaft hinein. Entgegen dem oben diskutierten theoretischen Postulat ist eine funktionale Entdifferenzierung der Gesellschaft zu beobachten. Alle Funktionsbereiche werden von einem Maß der Politisierung erfasst, das deren je eigenen Funktionsbedingungen untergräbt. Die Zivilgesellschaft, die Medien, das Recht, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Bildung, die Religion, die Kunst, der Sport, alle werden einer massiven Politisierung unterworfen. Sie verlieren damit die Autonomie, die sie benötigen, um ihre genuinen Leistungen überhaupt erbringen und tatsächlich Konflikte kleinarbeiten zu können. Der Gesellschaft fehlt es dadurch insgesamt an der Fähigkeit, hohe Komplexität verarbeiten zu können, weil über allem der politische Code von Macht haben versus Macht nicht haben steht. Statt Komplexität unter Erhaltung von Komplexität zu verarbeiten, wird Komplexität vernichtet. Das ist nicht weniger als eine Regression in der Entwicklung der Gesellschaft. Niklas Luhmann (unter anderem: 1986) würde sich angesichts dieser Wirklichkeit der Postmoderne im Grabe umdrehen. In

meinem Buch »Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen« habe ich das am Beispiel der Corona-Politik dargelegt (Münch 2022).

HK: Ich finde, dass das eine sehr dramatische Diagnose ist, weil sich damit unsere Gesellschaft ja grundsätzlich wandelt und in gewisser Weise ihre Modernität einbüßt. Wie könnten wir denn aus der von Ihnen beschriebenen Polarisierung der Bevölkerungsgruppen wieder herauskommen?

RM: Erforderlich ist eine Rückbesinnung auf das, was ich eingangs festgestellt habe. Das einmalige Fundament der Vermittlung zwischen globaler Vernetzung und lokaler Verwurzelung durch die vielen, breit über Stadt und Land verstreuten mittelständischen Unternehmen müsste gepflegt werden wie ein Goldschatz. Das verlangt eine unternehmensfreundliche Mittelstandspolitik. Dazu zählen insbesondere Bürokratieabbau, Gewinnung von Fachkräften, konkurrenzfähige Energiepreise und die Kooperation von Unternehmen und Startups. In der Bevölkerung herrscht viel weniger Polarisierung von Positionen vor als in der politischen Arena. Bei kontroversen Themen wie Eurorettungspolitik, Migrationspolitik, Klimapolitik und Identitätspolitik teilt die ganz große Mehrheit moderate Positionen, die all diese Politiken unterstützen, sofern die Grenzen der Ausgewogenheit bezüglich widerstreitender Ziele und Interessen, ökonomischer Tragfähigkeit, gerechter Lastenverteilung und Erhaltung der bürgerlichen Freiheiten eingehalten werden. Je weniger das der Fall ist, umso mehr Zulauf bekommen populistische Parteien auch von moderat eingestellten Wählern und umso mehr wird die Polarisierung der Gesellschaft gesteigert. Statt einer offenen Konfliktaustragung zwischen gegensätzlichen Positionen, aus der allein allseits akzeptierte und als legitim anerkannte politische Entscheidungen hervorgehen können, dominiert dann weiterhin die Verdrängung von Problemen zwecks Distanzierung vom politischen Feind, sodass die einander entgegengesetzten Positionen weiterhin unversöhnlich aufeinanderprallen. Die populistische Gegenbewegung gegen die herrschenden Eliten wird man durch Einschüchterung und Ausgrenzung nicht zum Schweigen bringen können. Man wird die Polarisierung nur überwinden und politische Handlungsfähigkeit wiederherstellen können, indem man die populistische Gegenbewegung in die offene Konfliktaustragung einbindet und dadurch dazu zwingt, radikale Positionen aufzugeben, Kompromisse einzugehen und mitzutragen.

HK: Heißt das, dass Sie beispielsweise auch dafür plädieren würden, die AfD nicht durch »Brandmauern« aus der politischen Verantwortung auszugrenzen, sondern sie bei entsprechenden Wahlergebnissen mit in die Verantwortung zu nehmen?

RM: Für mich ist die Soziologie eine Reflexionswissenschaft, die sich mit keiner politischen Seite gemein macht. Letzteres verlangt immer ein Stück weit »Opfer des Intellekts«, wie Max Weber (1973: 611) gesagt hat. Ich gebe grundsätzlich keine Empfehlungen, da ich meine Rolle ausschließlich in der politisch unabhängigen, distanzierten soziologischen Analyse sehe. Das gilt auch für die Frage, ob die Brandmauer stehen bleiben oder abgebaut werden soll. Soziologisch kann ich nur mit einer gewissen – immer auch mit Unwägbarkeiten behafteten – Plausibilität prognostizieren, welche Folgen aufgrund welchen Umgangs mit der AfD zu erwarten sind. Bei der Frage der Brandmauer ist das soziologische Thema nicht, ob die AfD in normativer Hinsicht berechnete Interessen vertritt oder nicht und ob sie das in angemessener Form tut oder nicht. Auch die normative Demokratietheorie, die diskutieren könnte, ob die Brandmauer normativ gerechtfertigt ist oder nicht, gehört nicht zum Instrumentarium einer Soziologie, die sich als Wissenschaft begreift. Soziologisch interessiert die AfD allein als ein Faktum, und es stellt sich die Frage, welche Folgen welcher Umgang mit diesem Faktum für Politik und Gesellschaft hat.

Die Brandmauer ist mit Gewissheit eine kurzfristig effektive Strategie, um die AfD von der Macht fernzuhalten. Ob das auch langfristig und ohne Kollateralschäden gelingt, ist weit weniger gewiss. Die Brandmauer erzeugt eine Polarisierung zwischen den Parteien diesseits der Brandmauer und der AfD jenseits der Brandmauer. Die Parteien diesseits der Brandmauer präsentieren sich dadurch unvermeidlich als ein einheitlicher herrschender Block und zwingen sich zu einer Zusammenarbeit, bei der vor allem Parteien, die sich traditionell als politische Mitte verstehen, ihr eigenständiges Profil verlieren. Sie sehen sich außerdem mit der Etikettierung als »Kartellparteien« konfrontiert, was ihre Glaubwürdigkeit untergräbt. Die AfD kann die Opferrolle spielen und damit ohne eigene Leistung Extragewinne bei allen Unzufriedenen einstreichen. Jegliche Unzufriedenheit mit den regierenden Parteien unterstützt dann zwangsläufig die AfD, die dadurch stärker wird, sich bestätigt sieht, für relevante Teile der Bevölkerung zu sprechen, und sich aufgrund der Ausgrenzung radikalisiert. Sie hat ein Monopol in der Oppositionsrolle

inne, sodass Opposition nur noch in radikalisierter Form auftritt, was die Polarisierung zusätzlich anheizt. Da alle Unzufriedenheiten der Wähler von der AfD aufgesogen werden, sind den Parteien diesseits der Brandmauer die Hände gebunden, sich diesen Unzufriedenheiten zu widmen. Die Parteien diesseits der Brandmauer können die von den unzufriedenen Wählern artikulierten Probleme nicht angehen, weil sie sich damit unzulässigerweise mit der Partei jenseits der Brandmauer gemein machen würden. Das ist das Dilemma insbesondere der CDU, die dadurch massive Glaubwürdigkeitsverluste hinnehmen muss. Infolgedessen häufen sich Unzufriedenheiten der Wähler weiter an, die weiterhin der AfD Auftrieb geben. Die Polarisierung wird weiter gesteigert und impliziert, dass gravierende politische Probleme nicht gelöst werden können. Die Parteien diesseits der Brandmauer zerreißen sich zwischen der Erhaltung des Status quo und der Öffnung für Veränderungen. Das führt zu einer Erosion des Parteiensystems, etablierte Parteien schrumpfen, neue Parteien entstehen. Insgesamt ergibt sich eine wachsende Fragmentierung des Parteiensystems, die Parteien zerfleischen sich gegenseitig, sodass die Brandmauer am Ende mangels Zusammenhalts fällt. Dann ist eine neue Situation eingetreten, in der die Karten neu gemischt werden. Das Parteiensystem bewegt sich aktuell auf diese Situation zu. So sieht meine Prognose aus, für die ich – wie gesagt – aber nur eine gewisse, mit Unwägbarkeiten behaftete Plausibilität beanspruchen kann.

Was die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Prozesse betrifft, kann man prognostizieren, dass mit der Beseitigung der Brandmauer zwangsläufig eine Entzauberung des Populismus unter dem Druck der gesellschaftlichen Wirklichkeit stattfindet. Umgekehrt wird die herrschende politisch-administrative Elite dadurch gezwungen, die Lebenswirklichkeit der breiten Masse der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen, was durch die Brandmauer verhindert wird. Das ist eine erste soziologische Gesetzmäßigkeit, nämlich die Konfliktabsorption mittels Legitimation durch Verfahren, wie sie von Niklas Luhmann (1983) paradigmatisch herausgearbeitet wurde. Ausgrenzung befördert Radikalisierung, Einbindung erzwingt Mäßigung. Das ist eine zweite soziologische Gesetzmäßigkeit, die schon Georg Simmel 1908 in seiner klassischen Schrift über den Streit formuliert hat. Herabsteigen vom Thron der Überheblichkeit sorgt für Bodenhaftung und Begegnung auf gleicher Augenhöhe. Es entsteht dann gesellschaftliche Integration durch offene Konfliktaus-

tragung, eine ebenso von Georg Simmel (1992) formulierte dritte soziologische Gesetzmäßigkeit. Das bedeutet, dass Oligopole der Machtausübung in der Politik genauso unterbunden werden müssten wie auf dem ökonomischen Markt. Nur im offenen Wettbewerb gibt es ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage und die bestmögliche Befriedigung der artikulierten Bedürfnisse. Wenn das nicht möglich ist, suchen sich die Bedürfnisse andere Wege der Befriedigung, vor allem den Weg der Radikalisierung und des populistischen Aufstandes gegen die herrschenden Eliten. Das ist eine vierte soziologische Gesetzmäßigkeit, die aus der ökonomischen Theorie der Demokratie von Anthony Downs (1957) abgeleitet werden kann. Von Karl Popper (1957) kennen wir eine fünfte soziologische Gesetzmäßigkeit: Demokratie bedeutet, aus Fehlern zu lernen. Offene demokratische Verfahren lösen Konflikte so weit, dass Fehler im Zusammenspiel zwischen Regierung und Opposition jederzeit korrigiert werden können. Jede Regierung macht Fehler. Das ist ein unumstößliches Faktum. Opposition ist dafür da, dass Fehler entdeckt und zur Sprache gebracht werden. Jede Einschränkung der Oppositionsarbeit hat zwangsläufig mangelndes Lernen aus Fehlern zur Folge.

Eine Überwindung der politischen Polarisierung kann durch die Ausgrenzung politischer Gegenbewegungen nicht gelingen, es geht allein durch die institutionalisierte, offene Konfliktaustragung. In einer modernen Gesellschaft kann es soziale Integration nur durch offene, institutionalisierte Konfliktaustragung geben. In einer dezidiert auf normative Begründungen verzichtenden soziologischen Perspektive zeigt sich die Qualität demokratischer Institutionen und Verfahren in einem Höchstmaß der Überführung von Interessengegensätzen in die friedliche Konfliktaustragung und -bewältigung und in einem Höchstmaß des Lernens aus Irrtümern. Um das zu erreichen, bedarf es der größtmöglichen Offenheit für die Artikulation von Interessen und des fairen Umgangs mit dem politischen Gegner. Jede Ausgrenzung von artikulierten Interessen untergräbt die Fähigkeit der demokratischen Institutionen und Verfahren zur friedlichen Konfliktbewältigung und damit den Glauben in ihre Legitimität. Sie verfestigt die beschriebene Zerrissenheit der Politik zwischen zwei Extrempositionen zu einem Dauerzustand, sie zerreißt die politische Mitte und macht sie dadurch handlungsunfähig. Das Ergebnis ist ein Zustand der totalen politischen Paralyse. Das ist ein politisches System, das nicht mehr über die nötige Kapazität zur Lösung der sich immer mehr aufhäufenden politischen Probleme verfügt, ein seit 1945 in

diesem Ausmaß noch nie dagewesenes Politikversagen. Umso mehr ist die Soziologie aufgerufen, sich dieser Thematik in aller gebotenen Ernsthaftigkeit zuzuwenden, als Verbündete, Schlichterin oder Abklärerin, wie auch immer die Motivlage sein mag. Am Ende muss ohnehin der kritische Diskurs im Begründungszusammenhang entscheiden, auf welchen Erkenntnissen wir weiterhin aufbauen können.

HK: Das finde ich sehr spannend, wie Sie aus der Soziologie politische Empfehlungen ableiten. Damit bekommt diese Disziplin eine tatsächlich gesellschaftsverändernde Note.

RM: Ja, genau, die Politik sollte von der Soziologie lernen, um sich nicht dauerhaft in unlösbare Konflikte und Probleme zu verstricken und im Politikversagen zu enden. Das geht nicht auf der Vorderbühne der Talkshowrituale und der reflexhaften Kommunikation in den sozialen Medien mit ihren Zwängen der Selbstdarstellung zwecks Machterhalt. Es verlangt das Heraustreten aus der politischen Rolle und die von diesen Zwängen befreite Reflexion über das eigene Handeln auf der Hinterbühne. Das ist die sechste, hier relevante soziologische Gesetzmäßigkeit, deren Formulierung wir Erving Goffman (1959) verdanken. Die Fähigkeit zur Selbstreflexion wird allerdings im politischen Alltagsgeschäft auf der Vorderbühne verlernt, erst recht im Zeitalter von Twitter-X. Das habe ich schon weit vor Twitter-X vor über dreißig Jahren in meinem Buch zur Dialektik der Kommunikationsgesellschaft diagnostiziert (Münch 1991).

HK: Herr Münch, danke für das spannende Gespräch! Ich hoffe, dass die Politik sich darauf besinnt, dass die aktuellen Polarisierungen nicht durch Ausgrenzung, sondern eher durch passende Formen der Integration und Beteiligung beziehungsweise durch die Nutzung demokratischer Verfahren überwunden werden können.

Literatur

- Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc 2006: *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Downs, Anthony 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Elias, Norbert / Scotson, John L. 1990: *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goffman, Erving 1959: *The Presentation of Self in Everyday Life*. New York: Anchor.
- Goodhart, David 2017: *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Kaube, Jürgen / Kieserling, André 2022: *Die gespaltene Gesellschaft*. Berlin: Rowohlt Berlin.
- Kleve, Heiko / Münch, Richard 2024: Die polarisierte Gesellschaft. *Zeitschrift für Konfliktmanagement*, 27. Jg., Heft 2, 65–68.
- Kumkar, Nils / Schimank, Uwe 2025: Gesellschaftliche Polarisierungen und soziologische Positionierungen. *Theoretische Reflexionen erhellenden Widerstreits. SOZIOLOGIE*, 54. Jg., Heft 1, 7–33.
- Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein 1967: Cleavage structures, party systems, and voter alignments: An introduction. In Seymour M. Lipset / Stein Rokkan (eds.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press, 1–67.
- Luhmann, Niklas 1983: *Legitimation durch Verfahren*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 1986: *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus 2023: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus 2024: »Ja, aber«: Gesellschaftliche Konflikte verstehen. Eine Replik. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 76. Jg., Heft 2, 207–220.
- Münch, Richard 1968: Ein fiktives Ghetto der Wertfreiheit? *Forum Academicum*, 19. Jg., Heft 2, 16–18.
- Münch, Richard 1986: *Die Kultur der Moderne*. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, Richard 1991: *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münch, Richard 2022: *Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen. Regieren in den Fallstricken des Szientismus*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- Münch, Richard 2023: *Polarisierte Gesellschaft. Die postmodernen Kämpfe um Identität und Teilhabe*. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.

-
- Nassehi, Armin 2021: Unbehagen: Theorie der überforderten Gesellschaft. München: C.H. Beck.
- Popper, Karl R. 1957 [engl. Original 1945]: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. 2 Bände. Bern: Francke.
- Schelsky, Helmut 1965: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Düsseldorf, Köln: Diederichs.
- Schmidt, Volker H. 2005: Die Systeme der Systemtheorie. Stärken, Schwächen und ein Lösungsvorschlag. Zeitschrift für Soziologie, 34. Jg., Heft 6, 406–424.
- Simmel, Georg 1992 [1908]: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Weber, Max 1973 [1922]: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen: Mohr Siebeck.

Einige Bemerkungen zur Entwicklung der Wirtschaftssoziologie¹

Jens Beckert

Vor genau vierzig Jahren erschien Mark Granovetters Artikel *Economic Action and Social Structure*, der gemeinhin als Gründungsmanifest der neuen Wirtschaftssoziologie gilt (Granovetter 1985). Diesen runden Geburtstag nehme ich zum Anlass für Reflexionen zum heutigen Stand wirtschaftssoziologischer Forschung und zu den Perspektiven des Feldes. In dem Beitrag schildere ich Aspekte der historischen Entwicklung der neuen Wirtschaftssoziologie, erläutere den gegenwärtigen Stand des Feldes und zeige, worin eine Perspektive für die Weiterentwicklung wirtschaftssoziologischer Forschung bestehen könnte.

1.

Die neue Wirtschaftssoziologie ist eine außerordentliche Erfolgsgeschichte, die ihren Ursprung in den 1980er Jahren vornehmlich in den USA hat. Die aus der Netzwerkanalyse hervorgegangenen Arbeiten von Harrison White, Mark Granovetter und Ronald Burt, aber auch die eher kultursoziologisch und historisch angelegten Forschungen von Viviana Zelizer und die sich aus der Organisationssoziologie entwickelnden Studien etwa von Paul DiMaggio, Neil Fligstein und Frank Dobbin waren Innovationen, die das Nachdenken der Soziologie über wirtschaftliche Phänomene grundlegend verändert und erweitert haben.

¹ Dieser Text basiert auf einem Vortrag bei der Tagung »Zur Zukunft der Wirtschaftssoziologie« der Sektion Wirtschaftssoziologie der DGS am 14. und 15. November 2024 im Hamburger Institut für Sozialforschung.

Der Erfolg der neuen Wirtschaftssoziologie lässt sich jedoch nicht allein aus den kongenialen Beiträgen dieser ForscherInnen verstehen. Er muss vielmehr auch in seinen institutionellen Voraussetzungen und historischen Verankerungen gesehen werden. Institutionell entstand, mit Ludwik Fleck gesprochen, durch den Zusammenschluss heterogener Forschungsrichtungen ein »Denkkollektiv«, dessen Hauptakteure sich nicht nur gegenseitig intellektuell befruchteten, sondern auch gemeinsam aktives *institution building* betrieben: sei es durch Konferenzen und Workshops, sei es durch die Gründung der Sektion Wirtschaftssoziologie in der American Sociological Association, sei es durch die Herausgabe einer Vielzahl von Kompendien, wofür insbesondere der Name von Richard Swedberg steht (Granovetter, Swedberg 1992; Smelser, Swedberg 1994).² Gleiches gilt um etwa zehn Jahre zeitversetzt auch für Deutschland, wo die Sektion Wirtschaftssoziologie nach 2006 neu ausgerichtet wurde, vermehrt Konferenzen in dem Themenbereich stattfanden und ebenfalls Überblicksbände publiziert wurden (Beckert, Deutschmann 2010; Maurer 2007).

Zeithistorisch entstand die neue Wirtschaftssoziologie in einer Phase des Wandels zu einem neuen wirtschaftspolitischen Paradigma, eines Wandels von einer stark staatlich organisierten Ökonomie hin zu einer marktliberalen Wirtschaftsweise. Wenn die wirtschaftliche Koordination vom Staat auf Märkte übergeht, dann wird es bedeutsam zu fragen, wie Märkte tatsächlich funktionieren, welche Voraussetzungen im Sozialen sie haben und wie Wirtschaft und Gesellschaft miteinander verbunden sind. Die ökonomische Theorie befasste sich natürlich ebenfalls mit Marktprozessen, doch waren die ökonomischen Standardtheorien aus der Perspektive der Soziologie unbefriedigend. Nichtsdestoweniger wurden diese Theorien von Wirtschaftswissenschaftlern in immer mehr Bereiche des Sozialen getragen. Man denke hier an die Arbeiten von Gary Becker (1964) und Oliver Williamson (1985), die gerade in den 1980er und 1990er Jahren besonders einflussreich waren.

Die neue Wirtschaftssoziologie war insofern auch eine Antwort auf die wahrgenommene Bedrohung durch einen ökonomischen Imperialismus, gegen den die Soziologie ihren Platz behaupten wollte. Das Konzept der Ein-

² Bemerkenswert ist, dass kein eigenes wirtschaftssoziologisches Fachjournal gegründet wurde. Stattdessen erschienen die Forschungsartikel in den führenden allgemeinen Fachzeitschriften, insbesondere der American Sociological Review (ASR) und dem American Journal of Sociology (AJS). Dies verhinderte, dass sich die neue Wirtschaftssoziologie in einer, vom Rest des Fachs isolierten Nische entwickelte.

bettung fungierte quasi als soziologischer Gegenbegriff zu individualistischen Theorien, die meist in *Rational-Choice*-Annahmen verankert waren. Noch nicht einmal die Wirtschaft selbst funktioniert so, wie wirtschaftswissenschaftliche Lehrbücher behaupteten, ganz zu schweigen von Familie, Religion oder Bildung – so der Grundtenor der neuen Wirtschaftssoziologie. Zugleich bestand das Angebot der neuen Wirtschaftssoziologie darin, gerade nicht eine marxistische oder funktionalistische Makrosoziologie zu verfolgen, was Ansätze waren, die sich nach den Debatten der 1960er und 1970er Jahre vor allem in den USA erschöpft hatten.

Zum Erfolg der neuen Wirtschaftssoziologie trug schließlich bei, dass sie sich international verankern konnte. Mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten institutionalisierte sich in Frankreich, in Großbritannien, in Deutschland und in Italien ebenfalls eine neue Wirtschaftssoziologie, in der oft auf die amerikanischen Autoren stark Bezug genommen, zugleich aber jeweils eigene Theorietraditionen prominent eingebracht wurden. Zu denken ist hier etwa an die *économie des conventions* in Frankreich (Diaz-Bone 2018; Salais, Thévenot 1986), die Konsumsoziologie in Großbritannien (Warde 1994) oder die starke geldsoziologische und gesellschaftstheoretische Tradition in Deutschland (Deutschmann 2008; 2019; Ganßmann 2011; Maurer 2021; Paul 2012),³ bei der die Systemtheorie von Niklas Luhmann eine wichtige Rolle spielte (Baecker 1991; Luhmann 1988; Schimank 2008).

Ein Beispiel kann verdeutlichen, welche Fortschritte für das soziologische Wissen in der neuen Wirtschaftssoziologie gemacht wurden. Betrachtet man, wie wir heute über das Problem von Wert und Preis in ökonomischen Kontexten aus soziologischer Perspektive nachdenken können, und vergleicht dies mit dem Wissensstand von vor dreißig Jahren, wird dieser Fortschritt augenfällig (Beckert 2020; Beckert, Aspers 2011; Callon, Méadel, Rabeharisoa 2002). Dabei ließ sich immer auch an den reichen Fundus wirtschaftssoziologischen Wissens aus der Gründerzeit des Fachs anschließen. Im Feld der Erforschung von Wert und Preis sind dies etwa die Arbeiten von Georg Simmel, Émile Durkheim und Thorstein Veblen. Ähnliche Erkenntnisfortschritte gab es beim Verständnis der Rolle von Netzwerken, dem Funktionieren des Geldwesens, dem Konsum und etlichen anderen Bereichen wirtschaftssoziologischer Forschung.

³ Im internationalen Kontext sind bei der Geldsoziologie besonders die Arbeiten von Nigel Dodd (1994) und Geoffrey Ingham (2004) zu nennen, in der neueren deutschen Forschung die Arbeiten von Aaron Sahr (2017).

2.

Trotz ihres unbestreitbaren Erfolgs ist die neue Wirtschaftssoziologie, wie sie sich zwischen 1980 und ca. 2010 entwickelt hat, heute Geschichte. Und erneut ist es ein Zusammenspiel von wissenschaftsinternen und gesellschaftlichen Entwicklungen, das hierzu geführt hat. Wissenschaftsintern hatte sich das Paradigma der Einbettung erschöpft. Die grundlegenden Befunde konnten zwar in empirischen Studien mit einer großen Variantenbreite immer wieder gezeigt werden, doch entstanden daraus kaum noch grundlegend neue Einsichten. Zwar spielen soziale Netzwerke, kulturelle Ordnungen und das institutionelle Gefüge eine herausragende Rolle für wirtschaftliche Prozesse – das steht außer Frage. Doch welche neuen Erkenntnisse ergeben sich aus den weiteren Studien über die konkret untersuchten empirischen Gegenstände hinaus? Was sich zunächst als Stärke der neuen Wirtschaftssoziologie gezeigt hatte – die Fokussierung auf das, was Mark Granovetter als den »rather proximate level of causal analysis« (1985: 506) bezeichnet hatte –, wurde in der weiteren Entwicklung zu einem eher einengenden Korsett.

Eine besonders prägnante Kritik formulierte Greta Krippner, die schon 2001 gegen Granovetter einwandte, dass dessen Verständnis von Einbettung dazu führe, über Märkte so nachzudenken, als ob die Welt der Märkte jenseits der Gesellschaft existiere: »The world of the market exists apart from society« (Krippner 2001: 798). Ein Ansatz, der sich auf die konkreten Interaktionsbeziehungen auf Märkten beschränkt, würde, so Krippner, die viel breiteren institutionellen und politischen Dimensionen von Märkten auslassen. Es rächte sich gewissermaßen, dass die neue Wirtschaftssoziologie – trotz der zentralen Stellung des Konzepts der Einbettung – den Begründer dieses Konzepts, Karl Polanyi, quasi vergessen hatte.

Vollends deutlich wurde dies aber erst infolge eines realen ökonomischen Ereignisses, nämlich der Finanzkrise von 2007. In dieser Krise wurde klar erkennbar, dass es für eine Soziologie von Märkten nicht nur um die Beschreibung der sozialen Voraussetzungen des Funktionierens von Märkten gehen kann – so bedeutsam dies ist –, sondern dass Märkte mit makrosozialen Phänomenen der ökonomischen Regulierung und mit akuten Verteilungsfragen verbunden sind, die viel prominenter berücksichtigt werden müssen (Beckert 2009). So ist es kein Zufall, dass nach 2007 nicht nur Finanzmärkte eine herausragende Bedeutung in der wirtschaftssoziologischen

Forschung erlangten,⁴ sondern dass sich das Forschungsinteresse in Richtung auf Fragen der politischen Ökonomie und der sozialen Ungleichheitsforschung verschob.

Dies heißt nicht, dass die neue Wirtschaftssoziologie zuvor völlig blind gegenüber Fragen von politischer Regulation und Verteilungswirkungen von Marktarrangements gewesen wäre. Insbesondere Neil Fligstein (2001) hatte in seinem politisch-kulturellen Ansatz ein klares Sensorium für die Rolle des Staates und politischer Macht in der institutionellen Regulierung der Wirtschaft. Und Marion Fourcade (2011) zeigte etwa in ihren kultursoziologischen Analysen der Schadensregulierung nach Tankerunglücken in Amerika und in Frankreich die Verteilungskonsequenzen unterschiedlicher kognitiver Technologien der Schadensfeststellung. Doch insgesamt spielte die Untersuchung institutioneller Arrangements im Hinblick auf ihre makrosoziale Relevanz eine nur untergeordnete Rolle, was sich nach 2007 als weit offene Flanke der neuen Wirtschaftssoziologie erwies und die Stunde der Hinwendung zu stärker makrosoziologischen Fragen und der politischen Ökonomie einläutete. Wichtig wurden in dieser Situation der wirtschaftlichen Krise etwa die finanzsoziologischen Arbeiten von Greta Krippner (2011) und vor allem von Wolfgang Streeck (2013), die in der Tradition des historischen Institutionalismus von Karl Polanyi und der politischen Ökonomie stehen. Dagegen spielten die zuvor entstandenen (spärlichen) Forschungen der neuen Wirtschaftssoziologie zu Finanzmärkten, die oft aus den *science and technology studies* kamen und sich auf die Untersuchung von Finanzmarktpraktiken konzentrierten (Knorr Cetina, Bruegger 2002; Preda 2006), für die Beantwortung der mit der Finanzkrise virulent werdenden Fragen nach Regulierung und sozialer Ungleichheit quasi keine Rolle. Etwas anders verhält es sich mit den Studien zu Techniken der Risikokalkulation auf Finanzmärkten, wobei hier vor allem die Arbeiten von Donald MacKenzie (2011) zu den *Black-Scholes*-Modellen hervorzuheben sind.

⁴ Erstaunlicherweise spielten Finanzmärkte in der Anfangsphase der neuen Wirtschaftssoziologie in den USA kaum eine Rolle. Ausnahmen bilden die Arbeiten von Wayne Baker (1984) und Mitchel Abolafia (1996).

3.

Diese deutliche Akzentverschiebung wirtschaftssoziologischer Forschung hat jüngst Marion Fourcade (2023) prägnant in der Überschrift eines in der *Socio-Economic Review* veröffentlichten Beitrags zum Ausdruck gebracht, in dem sie den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftssoziologie diskutierte. In Anspielung auf ein berühmtes Zitat von Richard Nixon wählt sie den Titel: »We are all political economists now.«

Diese Formulierung ist zweifelsohne eine Überspitzung und gibt sicherlich nicht den Stand des Feldes in seiner Gänze wieder. Doch die dahinterstehende Frage ist bedeutsam: Wird die Wirtschaftssoziologie quasi von der politischen Ökonomie aufgesogen? Worin besteht zukünftig der eigenständige Beitrag der Wirtschaftssoziologie, nicht nur im Verhältnis zu den Wirtschaftswissenschaften, sondern eben auch gegenüber dem Feld der politischen Ökonomie? Dabei ist klar, dass die soziologische Beschäftigung mit Wirtschaft unbedingt auch makrosoziale Phänomene wie wirtschaftliches Wachstum, Wirtschaftskrisen, die Stabilität des Geldsystems oder auch die sozialen Verteilungswirkungen bestehender wirtschaftlicher Arrangements zum Gegenstand haben muss. Aber sie sollte sich nicht damit begnügen, Makrophänomene aus anderen Makrophänomenen oder mithilfe reduktionistischer Handlungsmodelle zu erklären, wie es in der makroökonomischen Forschung üblich ist, von der die politische Ökonomie starke Anleihen nimmt.

Vielmehr geht es genau um die Verknüpfung von Analysen auf der Mikroebene mit Phänomenen auf der Makroebene, also um das Zusammenspiel von Erkenntnissen, die in der neuen Wirtschaftssoziologie während der letzten vier Jahrzehnte erlangt wurden, mit solchen der politischen Ökonomie oder auch der soziologischen Ungleichheitsforschung. Eine vollständige Hinwendung zur politischen Ökonomie wäre kontraproduktiv, weil es spiegelbildlich den von der neuen Wirtschaftssoziologie in den 1980er Jahren gemachten Fehler wiederholen würde, sich in Abgrenzung zu einem vorherigen Paradigma auf nur eine und zwar die genau entgegengesetzte Analyseebene zu beschränken. Es geht also darum, soziale Interaktionsbeziehungen, die Rolle von kognitiven Technologien und kulturellen Sinnstrukturen in ihrem Zusammenhang mit dem Geflecht institutioneller Strukturen und wirtschaftlicher Makroentwicklung zu analysieren, also – mit Max Weber gesprochen – die jeweiligen Wirtschaftsformen zum Gegenstand zu machen.

Dies lässt sich als Mikrofundierung einer Theorie des Kapitalismus bezeichnen (Beckert 2023). Präziser formuliert sollte man vielleicht von einer

Theorie der kapitalistischen Wirtschaftsform sprechen, die sich auf der gesamten Spannweite von Mikro bis Makro entfaltet und die wechselseitige Konstitution dieser Analyseebenen in den Fokus rückt. In der deutschen Soziologie hat zweifelsohne Christoph Deutschmann (2019; 2008) den bedeutendsten Beitrag zu einer solchen Weiterentwicklung der Wirtschaftssoziologie geleistet. Deutschmann verdeutlicht, dass es bei der Verknüpfung von Mikro- und Makroebene nicht bloß um eine sonst folgenlose Ergänzung der politischen Ökonomie geht, sondern dass gerade die Dynamik des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses gar nicht ohne den kreativen Umgang der Akteure mit der jeweils vorgefundenen Handlungssituation erklärt werden kann.

Was meine ich damit? Eine Theorie des Kapitalismus kann einerseits auf höchstem Abstraktionsniveau den kapitalistischen Akkumulationsprozess in der Formel $M-C-M'$ darstellen. Etwas konkreter können Phänomene wie Arbeitslosigkeit, wirtschaftliches Wachstum oder Innovationsraten aus dem Zinsniveau, dem Bildungsniveau, dem Streikrecht und so weiter erklärt werden. Allerdings bleiben solche Erklärungen, wie sie in der politischen Ökonomie geläufig sind, unvollständig, weil sie die Konkretisierung, das Umsetzen und Entstehen von Strukturen im sozialen Handeln entweder außen vor lassen oder in nur reduktionistischer Form berücksichtigen. Hiergegen kann man Randall Collins anführen, für den Makrostrukturen aus nichts anderem als einer großen Anzahl von Mikrobegegnungen bestehen, die sich über Zeit und Raum wiederholen und dabei auch verändern können (Collins 1987: 195). Damit kommt in den Blick, dass wirtschaftliche Strukturen sich erst in kontingenten Interaktionsbeziehungen sozial realisieren (Beckert, Streeck 2008). Institutionen, Netzwerkstrukturen und Interessen bedürfen der Interpretation. Ihre Sinnhaftigkeit entsteht dabei vor dem Hintergrund bestehender Ideen, Werte und Vorstellungen über zukünftige Entwicklungen (Stoltz 2024). Zum Gegenstand wird, wie der Prozess der Kapitalakkumulation durch die konkreten Handlungen von Akteuren bewerkstelligt wird, mit denen die unstrukturierten Versprechungen des Kapitalismus und die abstrakte Anforderung der Kapitalakkumulation (die Erwirtschaftung von Profiten) in konkrete Formen überführt werden und wie darin soziale Macht, rechtliche oder technische Vorgaben, kulturelle Selbstverständlichkeiten, soziale Netzwerke und normative Überzeugungen eingehen und in Konflikt miteinander geraten.

Dabei wird dann einerseits offenkundig, ganz im Sinne der neuen Wirtschaftssoziologie, wie unabdingbar »das Soziale« für den wirtschaftlichen Reproduktionsprozess ist. Denn die Ungewissheit, die im Kern der Dynamik der kapitalistischen Wirtschaftsweise steht (Schumpeter, Hayek), kann

ja nur durch soziale Institutionen, Strukturen der sozialen Interaktion und der Erzeugung von als sinnhaft wahrgenommenen Interpretationen der Situation in intentional rationales Handeln umgesetzt werden. Um noch einmal auf das Beispiel der soziologischen Sichtweise auf ökonomischen Wert zurückzukommen: Einem Objekt einen Wert beizumessen, setzt die Konstitution von Sinnstrukturen voraus, die sozialen Prozessen entstammen und ohne die weder Konsum- noch Investitionsentscheidungen getroffen werden könnten, wie jüngst etwa Sophie Mützel (2022) anhand von Innovationsprozessen in der pharmazeutischen Industrie gezeigt hat.

Die Wirtschaftssoziologie setzt mit der Untersuchung von Sinnstrukturen, sozialen Netzwerken, Institutionen, kognitiven Technologien und imaginierten Zukünften richtig an. Allerdings erklären die AutorInnen häufig nicht hinreichend, wie diese Aspekte mit dem Makrophänomen der kapitalistischen Dynamik und ihren Folgen für soziale Ungleichheit zusammenhängen.⁵ Säge wirtschaftssoziologische Forschung ihre Aufgabe stärker in der Herstellung dieser Verknüpfung, würde sie sich mit der politischen Ökonomie verbinden, ohne darin verlorenzugehen. Ein solcher Ansatz würde auch der zentralen Rolle von Ungewissheit gerecht werden, was für mich nach wie vor der bedeutendste theoretische Ansatzpunkt einer soziologischen Erforschung wirtschaftlichen Handelns und wirtschaftlicher Strukturen ist (Beckert 2018; 1996). Ungewissheit repräsentiert zum einen die prinzipielle Offenheit kapitalistischer Ökonomien, zum anderen verweist sie auf die unabdingbare und zugleich sozial folgenreiche Einhegung der Kontingenz und Kreativität des Handelns durch soziale Strukturen.

In den Blick kommt so auch, dass die Einbettung wirtschaftlichen Handelns nicht nur für die Koordination wirtschaftlicher Prozesse bedeutsam ist, sondern auch ein unhintergebares Spannungsverhältnis beinhaltet, zwischen Anforderungen aus dem ökonomischen Reproduktionsprozess einerseits und andererseits den lebensweltlichen Ansprüchen und normativen Vorstellungen von Individuen und sozialen Gruppen, die sich eben nicht auf das ökonomische Prinzip reduzieren lassen. Die im wirtschaftlichen Handeln relevanten Sinnstrukturen, institutionellen Regeln und normativen Überzeugungen erschöpfen sich nicht darin, das Räderwerk der kapitalistischen Re-

⁵ Ein gelungenes Beispiel ist die Untersuchung von Scoring-Systemen bei der Kreditvergabe. Diese wurden nicht nur hinsichtlich ihrer Technologien (Algorithmen) untersucht, sondern auch bezüglich der durch die Algorithmen verursachten sozialen Ungleichheit bei der Kreditvergabe (Fourcade, Healy 2024; Rona-Tas, Guseva 2014).

produktion anzutreiben. Vielmehr muss auch die lebensweltliche Widerständigkeit gegen die systemischen Anforderungen der kapitalistischen Wirtschaftsform berücksichtigt werden. Gesellschaften sind keine Ökonomien. Die verschiedenen Wege, in denen eine Wirtschaftsform sich realisiert, sind ständig umkämpft. Dies spiegelt verteilungspolitische Präferenzen wider, aber auch die Verteidigung von tradierten Lebensweisen, die zumindest in der kapitalistischen Wirtschaftsform ständig durch die der Wirtschaftsform inhärenten Dynamik unterminiert werden. Hierfür gibt es unzählige Beispiele aus der soziologischen Literatur. Max Weber (1922) und E.P. Thompson (1987) etwa haben die Bedeutung des Traditionalismus in der Entstehungsgeschichte des Kapitalismus gezeigt, und zwar anhand der Widerständigkeit der Arbeiter, sich dem rationalisierten Fabrikablauf unterzuordnen. Arbeiter erschienen nicht zur Arbeit oder hörten mit der Arbeit auf, sobald sie ein als auskömmlich definiertes Einkommen erzielt hatten. Dieser Grundkonflikt der Arbeitskraftextraktion, den Johannes Berger (1995) vor dreißig Jahren in dem herausragenden Aufsatz »Warum arbeiten die Arbeiter?« analysiert hat, spielt auch in heutigen Diskussionen um die Vier-Tage-Woche, die Heimarbeit, die Erwerbstätigkeit von Frauen, Migration oder technische Systeme zur Kontrolle der erbrachten Arbeitsleistung eine bedeutende Rolle. Auch hier manifestiert sich, dass kapitalistische Akkumulation sich in konkreten Interaktionsbeziehungen vor dem Hintergrund sozialer Normen, Machtasymmetrien, Technologien und institutionellen Festlegungen vollzieht. Allerdings geht es um die Konflikthaftigkeit dieser Arrangements und deren Verteilungswirkung und nicht allein um deren Rolle für das effiziente Funktionieren von Marktprozessen.

4.

Wirtschaftssoziologische Forschung hat seit den 1980er Jahren in den verschiedenen Ausprägungen des Feldes eine Vielzahl bedeutender Einsichten hervorgebracht, die unser Bild von Wirtschaftsprozessen nachdrücklich verändert und erweitert haben. Zugleich blieben in der Neukonstitution des Feldes in den 1980er Jahren blinde Flecken, auf die sich nun die Aufmerksamkeit richtet. Dies gilt zum einen für den deutlicheren Bezug zur Makrosoziologie. Wirtschaftssoziologie als Analyse der sozialen Voraussetzungen der effizienten Funktionsweise von Märkten greift zu kurz. Zugleich trat aufgrund des

effizienztheoretischen Fokus in den Hintergrund, dass Märkte und andere ökonomisch relevante Strukturen gesellschaftlich umkämpft sind. Es fehlte häufig die konflikttheoretische Perspektive auf wirtschaftliche Phänomene.

Die Hervorhebung dieser blinden Stellen der Wirtschaftssoziologie läuft aber nicht darauf hinaus, die Wirtschaftssoziologie quasi in der politischen Ökonomie aufgehen zu lassen. Es geht vielmehr darum, dass die Wirtschaftssoziologie auf das umfassendere Ziel ausgerichtet wird, Wirtschaftsformen gleichzeitig auf unterschiedlichen Analyseebenen zu verstehen, und genau dadurch innovative Einsichten in dem so wichtigen Feld des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft zu gewinnen. Damit zur Mikrofundierung einer Theorie des Kapitalismus und dessen Dynamik beizutragen, wäre eine bedeutende Leistung zukünftiger wirtschaftssoziologischer Forschung. Wenn dies auch noch im thematischen Zusammenhang mit bedeutenden Kulturfragen (Max Weber) geschieht, also etwa der Frage des Klimawandels,⁶ der sozialen Ungleichheit oder der zunehmenden Dominanz weltumspannender Technologiekonzerne und der sozialen Kontrolle durch digitale Technologien,⁷ kann die Wirtschaftssoziologie sich weiterentwickeln und weiterhin eine zentrale Position in der soziologischen Analyse gesellschaftlicher Prozesse einnehmen.

Literatur

- Abolafia, Mitchel Y. 1996: *Making Markets: Opportunism and Restraint on Wall Street*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Baecker, Dirk 1991: *Womit handeln Banken? Eine Untersuchung zur Risikoverarbeitung in der Wirtschaft*. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Baker, Wayne 1984: The Social Structure of a National Securities Market. *American Journal of Sociology*, vol. 89, no. 4, 775–811.
- Becker, Gary S. 1964: *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education*. 2nd edition. New York: Columbia University Press.

⁶ Siehe etwa die Artikel von Anita Engels (2006) zu Marktmechanismen in der Energietransformation und Georg Rilinger (2024) zum Marktdesign in der amerikanischen Elektrizitätswirtschaft.

⁷ Siehe das Buch von Marion Fourcade und Kieran Healy (2024), das sowohl die Funktionsweise von Scoring-Systemen detailliert untersucht als auch die (verteilungs-)politischen Konsequenzen dieser Technologien analysiert.

- Beckert, Jens 1996: Was ist soziologisch an der Wirtschaftssoziologie? Ungewißheit und die Einbettung wirtschaftlichen Handelns. *Zeitschrift für Soziologie*, 25. Jg., Heft 2, 125–146.
- Beckert, Jens 2009: Koordination und Verteilung: Zwei Ansätze der Wirtschaftssoziologie. In Sylke Nissen / Georg Vobruba (Hg.), *Die Ökonomie der Gesellschaft*. Festschrift für Heiner Ganßmann. Wiesbaden: VS, 17–34.
- Beckert, Jens 2018: *Imaginierte Zukunft: Fiktionale Erwartungen und die Dynamik des Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Beckert, Jens 2020: Markets from Meaning: Quality Uncertainty and the Intersubjective Construction of Value. *Cambridge Journal of Economics* vol. 44, no. 2, 285–301.
- Beckert, Jens 2023: Economic Sociology as Microfoundation of a Theory of Capitalism. *Socio-Economic Review*, vol. 21, no. 2, 706–714.
- Beckert, Jens / Aspers, Patrik (eds.) 2011: *The Worth of Goods: Valuation and Pricing in the Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Beckert, Jens / Deutschmann, Christoph (Hg.) 2010: *Wirtschaftssoziologie*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderhefte, Band 49. Wiesbaden: VS.
- Beckert, Jens / Streeck, Wolfgang 2008: *Economic Sociology and Political Economy: A Programmatic Perspective*. MPIfG Working Paper 08/4, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.
- Berger, Johannes 1995: Warum arbeiten die Arbeiter? Neomarxistische und neodurkheimianische Erklärungen. *Zeitschrift für Soziologie*, 24. Jg., Heft 6, 407–421.
- Callon, Michel / Méadel, Cécile / Rabeharisoa, Vololona 2002: The Economy of Qualities. *Economy and Society*, vol. 31, no. 2, 194–217.
- Collins, Randall 1987: Interaction Ritual Chains, Power and Property: The Micro-Macro Connection as an Empirically Based Theoretical Problem. In Jeffrey Alexander / Bernhard Giesen / Richard Münch / Neil J. Smelser (eds.), *The Micro-Macro Link*. Cambridge: Cambridge University Press, 193–206.
- Deutschmann, Christoph 2008: *Kapitalistische Dynamik: Eine gesellschaftstheoretische Perspektive*. Wiesbaden: VS.
- Deutschmann, Christoph 2019: *Disembedded Markets: Economic Theology and Global Capitalism*. London, New York: Routledge.
- Diaz-Bone, Rainer 2018: *Die »Economie des Conventions«*. Wiesbaden: Springer VS.
- Dodd, Nigel 1994: *The Sociology of Money: Economics, Reason and Contemporary Society*. Cambridge, MA: Polity Press.
- Engels, Anita 2006: Market Creation and Transnational Rule Making: The Case of CO₂ Emissions Trading. In Marie-Laure Djelic / Kerstin Sahlin-Andersson (eds.), *Transnational Governance: Institutional Dynamics of Regulation*. Cambridge: Cambridge University Press, 329–348.
- Fligstein, Neil 2001: *The Architecture of Markets: An Economic Sociology of Twenty-First-Century Capitalist Societies*. Princeton: Princeton University Press.

- Fourcade, Marion 2011: Cents and Sensibility: Economic Valuation and the Nature of ›Nature‹. *American Journal of Sociology*, vol. 116, no. 6, 1721–1777.
- Fourcade, Marion 2023: We are all political economists now. *Socio-Economic Review*, vol. 21, no. 2, 703–706.
- Fourcade, Marion / Healy, Kieran 2024: *The Ordinal Society*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Ganßmann, Heiner 2011: *Doing Money: Elementary Monetary Theory from a Sociological Standpoint*. London: Routledge.
- Granovetter, Mark 1985: Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. *American Journal of Sociology*, vol. 91, no. 3, 481–510.
- Granovetter, Mark / Swedberg, Richard (eds.) 1992: *The Sociology of Economic Life*. Boulder: Westview Press.
- Ingham, Geoffrey 2004: *The Nature of Money*. Malden, MA: Polity Press.
- Knorr Cetina, Karin / Bruegger, Urs 2002: Global Microstructures: The Virtual Societies of Financial Markets. *American Journal of Sociology*, vol. 107, no. 4, 905–950.
- Krippner, Greta 2001: The Elusive Market: Embeddedness and the Paradigm of Economic Sociology. *Theory and Society*, vol. 30, no. 6, 775–810.
- Krippner, Greta 2011: *Capitalizing on Crisis: The Political Origins of the Rise of Finance*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Luhmann, Niklas 1988: *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- MacKenzie, Donald 2011: The Credit Crisis as a Problem in the Sociology of Knowledge. *American Journal of Sociology*, vol. 116, no. 6, 1778–1841.
- Maurer, Andrea 2007: *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS.
- Maurer, Andrea 2021: Social Factors in the Economy: New Economic Sociology and the Mechanism Approach. In Andrea Maurer (ed.), *Handbook of Economic Sociology for the 21st Century: New Theoretical Approaches, Empirical Studies and Developments*. Cham: Springer International Publishing, 47–61.
- Mützel, Sophie 2022: *Making Sense: Markets from Stories in New Breast Cancer Therapeutics*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Paul, Axel 2012: *Die Gesellschaft des Geldes: Entwurf einer monetären Theorie der Moderne*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Preda, Alex 2006: Socio-Technical Agency in Financial Markets: The Case of the Stock Ticker. *Social Studies of Science*, vol. 36, no. 5, 753–782.
- Rilinger, Georg 2024: *Failure by Design: The California Energy Crisis and the Limits of Market Planning*. Chicago: Chicago University Press.
- Rona-Tas, Akos / Guseva, Alya 2014: *Plastic Money: Constructing Markets for Credit Cards in Eight Postcommunist Countries*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Sahr, Aaron 2017: *Das Versprechen des Geldes: eine Praxistheorie des Kredits*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Salais, Robert / Thévenot, Laurent (eds.) 1986: *Le Travail: marchés, règles, conventions*. Paris: INSEE-Economica.

- Schimank, Uwe 2008: Kapitalistische Gesellschaft: differenzierungstheoretisch konzipiert. Hagen: Fernuniversität Hagen.
- Smelser, Neil / Swedberg, Richard (eds.) 1994: The Handbook of Economic Sociology. 1st edition. New York, Princeton: Russell Sage Foundation and Princeton University Press.
- Stoltz, Dustin S. 2024: Imaginative Labor and Embodied Cognition: Economic Sociology as a Cognitive Science. *Current Sociology*, doi: 10.1177/00113921241272779.
- Streeck, Wolfgang 2013: Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Thompson, Edward P. 1987: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Warde, Alan 1994: Consumption, Identity-formation and Uncertainty. *Sociology*, vol. 25, no. 4, 878–898.
- Weber, Max 1922: Grundriss der Sozialökonomik, Abt. III: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr.
- Williamson, Oliver 1985: The Economic Institutions of Capitalism. New York: Free Press.

Symposion

Antisemitismus und / in der Soziologie Teil 1

Einleitung

Paula-Irene Villa Braslavsky

Antisemitismus ist ein akutes (und zunehmendes) Problem – weltweit, in Deutschland, auch an den Hochschulen und in Forschungseinrichtungen. Nach dem abscheulichen Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023, den die DGS in aller Eindeutigkeit scharf verurteilt hat, und dem darauf reagierenden Krieg Israels einschließlich des immensen Leids, der Zerstörung und massenhaften Tötung in Gaza, wirkt sich der ›Nahost-Konflikt‹ auch hierzulande intensiv aus. An den Universitäten gibt es Proteste und Gegenproteste rund um die Chiffren ›Palästina‹ oder ›Antisemitismus‹, es gab und gibt weiterhin Polizeieinsätze an den Hochschulen, zum Teil massive Besetzungen von Hochschulgebäuden. In den Medien, aber auch in academia selbst, werden dabei unter anderem wissenschaftliche Aspekte debattiert, mehr oder minder polemisch, mehr oder minder reflexiv, mehr oder minder produktiv. Dazu gehört nicht zuletzt die Frage, ob ganze Wissensgebiete – post-colonial oder gender studies zum Beispiel – inhärent antisemitisch seien. Dies wird im Feuilleton vielfach behauptet, vielfach ohne Belege oder gründliche Argumentation. Doch wird dies auch ernsthafter innerhalb der scientific communities diskutiert, die sich die gebotene Mühe machen, solche Behauptungen am tatsächlichen Text und den komplexen Rezeptionen fest zu machen. Die Soziologie ist davon unmittelbar tangiert, denn viele der als antisemitisch verfemten Theoriestränge und Perspektiven sind wesentlicher Teil der Disziplin und ihrer multidisziplinären Verbindungen. Auch die internationale Verflochtenheit der hiesigen Soziologie ist unmittelbar rele-

vant für diese Auseinandersetzungen; Begriffe wie zum Beispiel »postcolonial« bedeuten je nach regionalem Kontext etwas Spezifisches, und selbstverständlich ist die Auseinandersetzung um Antisemitismus in Deutschland zwischen historischer Verantwortung, »nie wieder«, »Staatsräson«, jüdischem Pluralismus und migrationsbedingter Superdiversität so einzigartig wie absolut notwendig.

Als Vorsitzende der DGS – *und* als jüdische Soziologin, die zudem selber, auch von Kollegen im Fach, bisweilen des Antisemitismus bezichtigt wird – habe ich mit Uta Karstein vom Vorstand diese Gemengelage zum Anlass genommen, soziologische Selbstaufklärung im Lichte gesellschaftlicher und politischer Dynamiken zu generieren. Wir haben ab dem Sommer 2024 zunächst im SozBlog und darauf basierend nun in einem längeren Symposium um soziologische Beiträge zum Thema gebeten. Unser Anliegen war es ausdrücklich *nicht*, Einlassungen zum so genannten Nahostkonflikt zu versammeln. Vielmehr wollen wir zur fachlichen (Selbst-)Kritik beitragen. Dabei erhoffen wir uns Einsichten zu allen Bereichen der Soziologie als Wissenschaft sowie als organisierte und institutionalisierte Form akademischer Praxis einschließlich Lehre, Gutachten, Forschungsförderung und so weiter. Ich hoffe sehr, dass die Texte in diesem und im nächsten Heft der SOZIOLOGIE zur soziologischen (!) Aufklärung beitragen. Es ist dringend geboten.

Selbstbild und Funktion.

Fortschreiben der Kritischen Theorie des Antisemitismus

Klaus Holz

Antisemitismus ist in der Soziologie ein Thema am Rande. In kaum einer der großen gesellschaftstheoretischen Traditionen ist der Gegenstand »Antisemitismus« wesentlich. Angesichts der gesellschaftsgeschichtlichen Bedeutung des Antisemitismus seit den Kreuzzügen ist das nicht plausibel. Die Soziologie bringt ihre Kernkompetenz nicht ein – das ist nach meiner Auffassung die Gesellschaftstheorie –, während umgekehrt die Antisemitismusforschung nichts dringender brauchen würde, als das Begriffs- und Abstraktionsvermögen der Soziologie.

Um sichtbar zu machen, dass »Antisemitismus« gesellschaftstheoretisches Nachdenken herausfordert, erinnere ich an das Erklärungsmodell der

frühen Kritischen Theorie, der einzigen Gesellschaftstheorie, in der Antisemitismus wesentlich war. Spätere Generationen der Kritischen Theorie haben den Antisemitismus aus ihren Grundfragen entfernt. Mein Einspruch ist kein Plädoyer, die alte Kritische Theorie nachzubeten (das gibt es schon genug), sondern sie fortzuschreiben. In deren Zentrum steht die scheinbar schlichte These: Die Funktion des feindlichen Judenbildes ist die Konstruktion eines positiven Selbstbildes. Was heißt »Funktion«, was »Selbstbild«?

Die Grundidee der frühen Kritischen Theorie ist, Ideologie als Zusammenhang von drei relativ unabhängigen, nicht von einander abzuleitenden Prozessen – der Psyche, der Kultur und der Ökonomie – zu rekonstruieren. Die Autoritarismus-Studien setzen diese Grundidee für die Analyse von Faschismus und Antisemitismus um (Horkheimer 1996; Adorno 1973: 175).

Unter der Kapitelüberschrift »Antisemitismus – wozu?« heißt es in den Studien zum autoritären Charakter: »Eine grundlegende Hypothese der Psychoanalyse lautet, Symptome seien »sinnvoll, soweit sie eine besondere Funktion im psychischen Haushalt des Individuums erfüllen«. Deshalb seien wir »berechtigt, die Frage des cui bono? zu stellen: welchen Zwecken dient das antisemitische Denken im Leben eines Individuums?« (Adorno 1973: 122). Ein Symptom ist sinnvoll, weil es für ein Problem im psychischen Haushalt etwas leistet. So kann zum Beispiel ein zwanghaftes Verhalten einen inneren Konflikt besänftigen. »Funktion« bezeichnet diesen Zusammenhang von Problem und Lösung, wobei »Lösung« nicht normativ als gute, gelungene Behebung, sondern als Behandlung eines Problems zu verstehen ist, die eine gewisse (vielleicht letztlich desaströse) Leistung bezüglich des Problems erbringt.

In der älteren Kritischen Theorie ist die Lösung in der kulturellen, die Probleme sind in der psychischen und gesellschaftlichen Dimension verortet. Das ist der herkömmliche ideologiekritische Ansatz: Ideologie als ein Komplex von Ideen wird jenseits der kulturellen Dimension auf gesellschaftliche und psychische Probleme, Widersprüche und Herrschaftsinteressen zurückgeführt, die in der Ideologie verzerrt bearbeitet und legitimiert werden. In diesem ideologiekritischen Ansatz ist »Ideologie« Wirkung und Lösung, die eigentlichen Ursachen und Probleme liegen in der Gesellschaft und Psyche. Allerdings setzt die Kritische Theorie die psychologische Funktion sekundär. Im Subjekt vermittelt sich die irrationale gesellschaftliche Herrschaft in eine irrationale Charakterstruktur, einen Mangel an Empfinden, Denken und Subjektivität. Die psychologische Funktion des Antisemi-

tismus ist, den Subjekten eine Projektionsfläche für die Kosten ihrer verstümmelten Vergesellschaftung zu bieten. Deshalb ist die psychologische Funktion abgeleitet aus der gesellschaftlichen. Das Grundmodell der funktionalen Analyse also ist ganz klassisch ideologiekritisch: Ideologie als gesellschaftlich notwendiger Schein einer auf Herrschaft und Ausbeutung beruhenden Gesellschaft, ergänzt in der Kritischen Theorie durch die psychoanalytische Deutung der Vergesellschaftung der Subjekte.

Ich gehe statt von einer dominanten von drei eigenlogischen Funktionen des Antisemitismus aus. Erst das bringt das dreidimensionale Erklärungsmodell voll zur Geltung. Die gesellschaftliche Funktion des Antisemitismus ist die verkehrte Erklärung und Legitimation von Ökonomie, Staat, Herrschaft. Die psychologische Funktion ist die Spaltung unbewusster Konflikte und ambivalenter Begehrensstrukturen in die Konstruktion von Eigenem und Fremden. Die kulturelle Funktion des Antisemitismus ist, den Subjekten wie der Gesellschaft eine positive Selbstbeschreibung anzubieten. Die kulturelle Formierung »Wir/Juden« stiftet ein Selbst- und Weltverständnis, in dem »unser« gesellschaftliches, psychisches und kulturelles Unbehagen »dem Juden« in Rechnung gestellt wird. Die Einheit in der Konstellation differenter Funktionen des Antisemitismus liegt in der Formierung der Unterscheidung »Wir« gegen »die Juden«. »Wir/Juden« ist die »nuclear idea«, in der die Lösungen der gesellschaftlichen, psychischen und kulturellen Probleme zusammenstimmen. Von diesem Kern aus werden die Individuen empfänglich »to a great variety of other ideas. That is, once the central or nuclear ideas are formed, they tend to »pull in« numerous other opinions and attitudes and thus to form a broad ideological system.« (Adorno et al. 1964: 92 f.). Selbst/Judenbild ist der Kern eines »ideologischen Gesamtschemas« (Adorno 1973: 176), zu dem Antisemitismus gehört, weil »Selbst/Judenbild« kulturell, psychisch und gesellschaftlich als Lösung funktioniert, obgleich diese drei Funktionen different sind.

Es lohnt sich, den Begriff der Funktion genauer zu bestimmen. Er taucht zwar in der Antisemitismustheorie häufig auf, wird dort aber kaum theoretisch gefasst. Insbesondere fällt auf, dass häufig bei der Angabe der Funktion tatsächlich nur die »Lösung« benannt, das Problem aber nicht analysiert wird. Dementsprechend ist die Antisemitismusforschung auf das Judenbild fokussiert und betrachtet das Selbstbild nur en passant. Damit aber wird dem ideologiekritischen und funktionalen Ansatz, mithin der Kritischen Theorie der Boden entzogen.

»Die Ergiebigkeit der funktionalen Methode und der Erklärungswert ihrer Resultate hängen davon ab, wie die Beziehung zwischen Problem und möglicher Problemlösung spezifiziert werden kann. Spezifizieren heißt: engere Bedingungen der Möglichkeit angeben, und für empirische Wissenschaft heißt dies: Rekurs auf Kausalität.« (Luhmann 1984: 84).

Im Unterschied zur kausalen Analyse geht die funktionale Analyse davon aus, dass es für ein Problem mehrere Lösungen gibt. Sie sind funktional äquivalent. »Funktionen sind immer Synthesen einer Mehrzahl von Möglichkeiten. Sie sind immer Gesichtspunkte des Vergleichs der realisierten mit anderen Möglichkeiten« (ebd.: 405). Realisierte Lösungen werden in einem Raum von möglichen Lösungen ausgewählt, wofür spezifischere Bedingungen dieser Selektion verantwortlich sind. Funktionen sind also »Ausdruck von Einheit und Differenz« (ebd.), Einheit der möglichen Problemlösungen und Differenz der realisierten zu den bloß möglichen.

Antisemitismus ist eine Lösung von Problemen in einem Raum möglicher Lösungen. Diese Feststellung ist in drei Hinsichten wichtig. Erstens, Antisemitismus ist nicht zwingend, anderes wäre möglich. Nicht alle werden antisemitisch, obwohl alle in derselben Gesellschaft leben. Zweitens, Antisemitismus kann als realisierte Lösung nur im Raum anderer Möglichkeiten (zum Beispiel Rassismus) zureichend bestimmt werden. Was ist das Spezifische am Antisemitismus, wo doch auch anderes möglich wäre? Für die ältere Kritische Theorie hieß dies: Antisemitismus blockiert die Abschaffung des Kapitalismus und die vernünftige Einrichtung der Lebensverhältnisse. Wie ist Antisemitismus am Ausschluss dieser alternativen Möglichkeit beteiligt? Drittens, wo ist nach dem »Spezifizieren« zu suchen, wo sind die engeren Bedingungen der Möglichkeit zu vermuten, die die Selektion des Antisemitismus als Lösung begünstigen? Dieser dritte Punkt ist für die theoretische Anlage der Kritischen Theorie besonders wichtig.

Die ältere Kritische Theorie postulierte einen Vorrang der gesellschaftlichen, »objektiven Faktoren« (Adorno 2019). Das ist weder für die psychische (Quindeau 2025) noch die kulturelle (Holz 2001) oder gesellschaftliche (Weyand 2016) Dimension zu bestätigen. Es ist erfolgversprechender, von drei eigenlogischen Funktionen des Antisemitismus in Kultur, Psyche und Gesellschaft auszugehen. Die Lösung des gesellschaftlichen Problems wird limitiert, das heißt orientiert, durch die psychologische und die kulturelle Problemstellung. Und das gilt ebenso, wenn man die psychologische oder kulturelle Problemstellung an den Anfang setzt und die beiden jeweils anderen Funktionen als Spezifikationen in Betracht zieht. Es ist mit anderen

Worten eine Konstellation von drei Funktionen des Antisemitismus, die ihn als Lösung mehrerer, getrennter, eigenlogischer Problemstellungen formiert. Dementsprechend gibt es mehrere Wege zum Antisemitismus und unterschiedliche Grade der Verfestigung. Wo jedoch die einhellige Lösung der unterschiedlichen Probleme gelingt, erscheint nicht weniger als das Heil der Welt im Licht des Antisemitismus. Es bildet sich jene Hermetik des Antisemitismus, der keine Erfahrung und Kritik mehr beikommt, und die zu allem, selbst zum Massenmord, berechtigt. Der voll entwickelte, sprich alle drei Funktionen integrierende Antisemitismus kennt, das zeigen die Quellen seit Jahrhunderten überdeutlich, nur eine Lösung: die »Entfernung der Juden«.

Die Betonung der Eigenlogik der drei Dimensionen heißt, sie zu unterscheiden, um ihrer Konstellation auf die Spur zu kommen. Funktionen drücken »Einheit und Differenz« (Luhmann 1984: 405) aus: Die Einheit des Problembezugs und die Differenz funktional äquivalenter Lösungen. Für meine Fragestellung muss man Luhmanns Theorem umkehren: Drei eigenlogische Problembezüge und eine ideologische Antwort sind als Differenz und Einheit zu fassen. Einheit und Differenz liegen darin, dass eine Antwort auf drei Fragen passt. Die »nuclear idea« ist so gut, dass sie gesellschaftliche Versagungen, kulturelle Ungewissheiten und abgewehrtes Unbewusstes zu einem Feind veräußern kann.

Die Einheit liegt nicht nur in der kulturellen Lösung Antisemitismus als Ideologie, sondern auch in einem Zusammenstimmen der drei Problembezüge, die wie in einem Chor einen Sound erzeugen. Dieses Zusammenstimmen kann mit dem zentralen Begriff Leo Löwenthals gefasst werden, auf den auch Horkheimer und Adorno immer wieder zurückgreifen: Unbehagen. Kultur, Gesellschaft, Psyche sind unbehaglich. Antisemitismus ist ein »Mittel zur Bewältigung dieses unbehaglichen Zustandes« (Adorno 1973: 123). Löwenthal interpretiert in seinem Beitrag zu den »Studies in Prejudice« die Themen des faschistischen Agitators als sinnvolle Symptome. Die Gefühle, die der Agitator aufbauscht, stellen

»eine in der Sozialstruktur verwurzelte Konstante [dar ...]. Diese Gefühle können weder als willkürlich noch als gekünstelt ignoriert werden, sie sind grundlegend für die moderne Gesellschaft. Mißtrauen, Abhängigkeit, Ausgeschlossenheit und Enttäuschung vermischen sich zu einem Grundzustand des modernen Lebens: der Malaise, des Unbehagens.« (Löwenthal 1990: 29)

Löwenthal benennt viele weitere Aspekte dieses Grundzustandes. Es geht ihm nicht darum, diesen Begriff eng zu fassen. Er soll offen bleiben für eine Vielzahl an Symptomen, die »einem chronischen Leiden, einem nicht genau

definierbaren ständigen Unbehagen« Ausdruck verleihen (ebd.: 30). Er umfasst das »für den modernen Menschen charakteristische Bewußtsein der Isolation, seine sogenannte geistige Heimatlosigkeit, seine Verwirrung angesichts der scheinbar unpersönlichen Mächte und Kräfte, als deren hilfloses Opfer er sich erlebt« (ebd.: 29).

Die faschistische Agitation ist »Mißbrauch des Unbehagens« (ebd.: 34). Der Begriff des Unbehagens ist ein Schlüsselbegriff, um die Formierung von Ideologien zu verstehen. Einerseits erfasst der Begriff des Unbehagens, dass es sich nicht um Wut- und Protestbürger, sondern um existenziell, gesellschaftlich-psychisch-kulturell verunsicherte und verängstigte Menschen handelt. Der Begriff des Unbehagens soll die Symptome dieser *conditio humana* in der ungerechten Gesellschaft erfassen. Andererseits unterstreicht Löwenthals Rekonstruktion die Bedeutung der Agitation. Das Unbehagen findet nicht von sich allein seine ideologische Formierung. Sie wird ihm rassistisch, sexistisch, klassistisch und eben auch antisemitisch permanent von faschistischen Ideologen im Besonderen und einer ideologischen Politik- und Kulturindustrie im Allgemeinen angedient. Die »Meinungen der Demagogen« finden sich »unverkennbar, nur nicht ebenso kompakt und so aggressiv formuliert, in ungezählten Äußerungen sogenannter respektabler Politiker« (Adorno 1969: 732). Ihr gemeinsames Fundamt ist der Nationalismus, die permanente Agitation, »Wir« seien ein Volk, ein Staat, eine Nation. Der Nationalismus ist die Schlüsselideologie des »Wir«, die nur in Abgrenzungen zu Anderen formiert werden kann.

Löwenthals Studie ist von einer beeindruckenden Aktualität. »Unverändert bildet der innere Zusammenhang zwischen Nationalismus und Antisemitismus die Achse der »ideologischen Syndrome« (Stender 2010: 9; inneres Zitat Adorno 1955: 283). Die faschistische Ideologie in den USA der 1940er Jahre, deutsche Mitläufer ebenso wie Himmler, Faschismus in der postnazistischen Bundesrepublik der 1960er Jahre und neue Rechtsextreme im heutigen Deutschland und den USA ähneln sich nicht am Rande, sondern sind von derselben »nuclear idea« besessen: Eine Wir-Gruppe als Volk/Staat/Nation, die sich durch »den Fremden« und »den Juden« konstituiert. Dieser ideologische Kern öffnet die »Mitte« der Gesellschaft für die faschistische Aggression. Die Unterschiede zwischen den diversen (potentiellen) Faschismen können nur im Verhältnis zu diesem Grundmuster erfasst werden. Sonst übersieht man vor lauter Bäumen, dass man im Mischwald ist.

Zeitgeschichtlich angepasst beweist Kultur, was sie ist: Auf Dauer gestellter, permanent gepflegter Sinn, der Jahrhunderte überdauern kann,

wenn er im Bedingungsgefüge mit Psychen und Gesellschaft seine Funktion erfüllt: Sinn zu stiften, den Subjekten in Gesellschaft adäquate Selbstbilder zu vermitteln. Seit wenigstens 200 Jahren, mit Wurzeln in der anfänglichen Formierung des Christentums, ist die Konstruktion von Volk/Nation gegen die Juden ein rational absurdes und brutal erfolgreiches Angebot an Sinn. Die kulturelle Dauer des nationalen Antisemitismus ist ein starkes Argument, dass dessen Funktionen und spezifische Bedingungsgefüge tief liegen müssen. Gängige Phaseneinteilungen – liberale, autoritäre, narzisstische und so weiter Persönlichkeit, frühkapitalistische, monopolistische, postfordistische, neoliberale und so weiter Gesellschaft – sind zu oberflächlich. Solche Wandlungen in den letzten 200 Jahren haben dem Antisemitismus nicht das Wasser abgegraben. Wie kann das sein?

Damit sind wir zurück beim Begriff der Funktion: Unbehagen ist nicht das Problem, nicht die Lösung, Unbehagen vermittelt zwischen Problem und Lösung. Unbehagen ist das Scharnier zwischen unverstandener Psyche, Gesellschaft und Kultur und deren ideologischem Verständnis. Unbehagen ist bloß das »Symptom einer bedrückenden Situation« (Löwenthal 1990: 30). Ideologie wird aufgepfropft auf dieses Unbehagen, das auch andere Lösungen wie zum Beispiel Alkoholismus oder Depression findet. In der Kritischen Theorie ist das Unbehagen dominant auf die kapitalistische Ausbeutungs- und Klassengesellschaft als Ursache bezogen. Löwenthals feine Hermeneutik der Agitation aber legt vielfältige Sinngehalte frei, die über ein ökonomisch induziertes Unbehagen hinausweisen: sei es psychisch durch verstelltes Begehren und verdrängte Ambivalenz, kulturell durch Deutungszwang und Orientierungslosigkeit bestimmt. Wenn das erste Moment der Einheit der differenten Funktionen des Antisemitismus in der Kernidee »Wir/Jude« liegt, ist das zweite das Unbehagen, in dem die Subjekte der gesellschaftlichen, kulturellen und psychischen Probleme unverstanden gewahr werden. »Unbehagen« begehrt eine Lösung, »Wir/Jude« gibt eine Lösungsperspektive.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1955: Schuld und Abwehr. In Theodor W. Adorno, *Gesammelte Schriften*, Band 9.2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 121–324.
- Adorno, Theodor W. 1969: Wissenschaftliche Erfahrungen in Amerika. In Theodor W. Adorno, *Gesammelte Schriften*, Band 10.2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 702–738.

- Adorno, Theodor W. 1973 [1950]: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. 2019 [1948]: Bemerkungen zu ›The Authoritarian Personality‹ und weitere Texte, herausgegeben von Eva-Maria Ziege. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. / Frenkel-Brunswik, Else / Levinson, Daniel J. / Sanford, R. Nevitt 1964 [1950]: The Authoritarian Personality. New York: Wiley.
- Holz, Klaus 2001: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg: Hamburger Edition.
- Horkheimer, Max 1996 [1931]: Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung. In Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Band 3. Frankfurt am Main: Fischer, 20–35.
- Löwenthal, Leo 1990 [1949]: Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation. In Leo Löwenthal, Schriften Band 3, herausgegeben von Helmut Dubiel. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Quindeau, Ilka 2025: Psychoanalyse und Antisemitismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stender, Wolfram 2010: Konstellationen des Antisemitismus. In Wolfram Stender / Guido Follert / Mihri Özdogan (Hg.), Konstellationen des Antisemitismus. Wiesbaden: VS, 7–38.
- Weyand, Jan 2016: Historische Wissenssoziologie des modernen Antisemitismus. Göttingen: Wallstein.

Intersektionalität, Antisemitismus und der 7. Oktober

Karin Stögner

In feministischen Reaktionen auf die antisemitischen Massaker des 7. Oktober und den darauffolgenden Krieg in Gaza wird häufig ein intersektionales Grundverständnis bemüht, nach dem Feministinnen nicht die Augen vor anderen Unterdrückungsformen verschließen dürfen, insbesondere vor jenen, die durch unterschiedliche Rassismen und durch die koloniale Vergangenheit bedingt sind. Auffällig ist, dass der Antisemitismus in solchen Bekundungen nur selten Berücksichtigung findet. Daraus und aus weitreichender Unkenntnis der Geschichte des Nahen Ostens resultiert, dass im Rahmen zahlreicher Kontextualisierungen des 7. Oktober Israel als vorgeblicher Siedlerkolonialstaat delegitimiert und die antisemitisch-misogynen Taten der

Hamas als Widerstandshandlung zumindest implizit legitimiert werden.¹ Meine Frage ist, was ein intersektional-feministischer Zugang braucht, um die Ereignisse des 7. Oktober angemessen in ihrer antisemitischen und misogynen Dimension zu analysieren und kritisieren.

Zunächst besteht das Problem, dass mit der klassischen intersektionalen Trias *race – class – gender* zwar Rassismus und Sexismus in gegenseitiger Verkopplung analysiert werden können, nicht aber der Antisemitismus. Grund dafür ist, dass er nicht so konkret auf Dynamiken der Ausbeutung rückführbar ist wie Rassismus. Analytisch gilt es, grundlegende Unterschiede zwischen Antisemitismus und Rassismus zu berücksichtigen, um beide in Relation zueinander erkennen zu können. Während sich im Rassismus das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis auf die Spitze getrieben manifestiert – er legitimiert die Überausbeutung rassifizierter Menschen jenseits bürgerlicher Arbeitsvertragsverhältnisse (Marz 2023) –, geht es im Antisemitismus nicht um die Ausbeutung von Juden:Jüdinnen, sondern darum, sie für alle Übel des Kapitalismus und der Moderne verantwortlich zu machen. Der moderne Antisemitismus projiziert das Unrecht der kapitalistischen Gesellschaft auf Juden:Jüdinnen – sie stünden als Strippenzieher hinter der Ausbeutung (rassifizierter) Menschen und würden davon profitieren.

Diese falsche Kapitalismuskritik des modernen Antisemitismus wiederholt sich heute über den Umweg der pauschalisierenden »Israelkritik«, die die jüdische Souveränität ablehnt und dem Staat der Holocaustüberlebenden und ihrer Nachkommen, aber auch der aus den arabischen Staaten emigrierten oder geflüchteten Juden:Jüdinnen und ihrer Nachkommen, das Existenzrecht abspricht. Israel wird von Nachkommen der Nazis ebenso wie von jenen der ehemaligen Kolonialmächte als Siedlerkolonialstaat, Apartheitsstaat und rassistisches Projekt delegitimiert. Ähnlich wie beim antisemitischen Slogan, dass Zionisten Nazis seien, hat auch die falsche Kolonialismus- und Apartheitsanschuldigung eine entlastende Funktion. Israel wird alle Schuld aufgebürdet, die die ehemaligen Kolonialstaaten historisch auf sich geladen, jedoch nicht aufgearbeitet haben.

Verschwörungsdenken ist dem Antisemitismus zentral, wovon die Ideologie vom großen Austausch im identitären Milieu zeugt, nach der Juden:

¹ Exemplarisch seien hier genannt: »All out for Palestine. Palestine Digital Action Toolkit 3.0« (Palestinian Feminist Collective 2023), »Statement by the AG Intersectional Anti-Discrimination UdK« (Student Working Group 2023) und »Open Letter to the Israeli and U.S. Governments and others weaponizing the issue of rape« (<https://stopmanipulatingsexualassault.org>, letzter Aufruf am 11. Februar 2025).

Jüdinnen beziehungsweise Israel die Migrationsbewegungen vom Nahen Osten nach Europa steuern würden, um die Kultur des Abendlandes zu zerstören. Solche Verschwörungsmymen sind Kernbestandteil des Antisemitismus, dem Rassismus hingegen sind sie fremd. An dieser Ideologie wird deutlich, wie Antisemitismus und Rassismus sich gegenseitig verstärken, ohne aber in eins zu fallen.

Dieser Unterschied ist auch ein Grund für die Leerstelle Antisemitismus im Intersektionalitätsparadigma. Intersektionalität erklärt, warum und wie Menschen in die gesellschaftliche Position der Minderwertigkeit gedrückt werden und welche Auswirkungen das auf ihre Lebenssituation und ihre Identität hat. Antisemit:innen aber sehen Jüdinnen:Juden nicht als minderwertig, sondern als übermächtig. Auch in intersektionalen Zusammenhängen werden sie häufig nicht als sozial und ethnisch diverse, aber gleichwohl global verfolgte Minderheit mit *special interests* gesehen, sondern als Vertreter:innen einer hegemonialen westlichen Ordnung, die den Globalen Süden unterdrückt. Insbesondere ein gegen Israel gerichteter Antisemitismus kann daher sogar als ein legitimer Aufschrei der Unterdrückten, mithin als Opposition gegen globalen Kapitalismus und Imperialismus missverstanden werden.

Damit zusammenhängend ist ein Opferwettbewerb, der unterstellt, dass der Holocaust andere Formen rassistischer Gewalt wie den Kolonialismus überdecken würde. Dass der Kolonialismus in Teilen europäischer Gedenkkultur nach wie vor ein Schattendasein führt, wird gegen Juden:Jüdinnen und gegen Israel gewendet. Ihre Vernichtung im Nationalsozialismus wird selbst zu einer Quelle von Ressentiment (Illouz 2024: 34). Hier zeigen sich Überschneidungen von sekundärem Antisemitismus, der mit Opfer-Täter-Umkehrungen und Holocaust-Relativierungen die Schuld am Nationalsozialismus abwehrt (Rensmann 2007), mit einem neuen Antisemitismus (Heilbronn, Rabinovici, Sznajder 2019), der Israel nicht als ein reales Land behandelt, das in reale Konflikte verwickelt, von realen Mängeln geprägt und durch die üblichen Unterscheidungen von Staat und Zivilgesellschaft gekennzeichnet ist, sondern in eine Projektionsfläche für alles Schlechte in der Welt verwandelt (Cousin, Fine 2012: 177).

Seit dem 7. Oktober rückt diese ideologisch aufgeladene Gemengelage an westlichen Universitäten lautstark in den Vordergrund und gefährdet die Sicherheit jüdischer Studierender und Lehrender. In diesem Kontext wird Intersektionalität zunehmend als politisches Schlagwort zur Delegitimierung jüdischer und israelischer Identitäten instrumentalisiert. Die Debatte, wie darauf

angemessen zu reagieren ist, sorgt nicht nur an Hochschulen für Kontroversen, sondern hat längst eine breitere gesellschaftliche Dimension erreicht.

Deutlich wird dabei die Notwendigkeit einer präzisen, aber zugleich offenen Definition von Antisemitismus. Die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA 2016) versucht, der Vielfalt antisemitischer Ausdrucksformen gerecht zu werden, wird jedoch häufig wegen ihrer Vagheit kritisiert. Eine allzu enge Bestimmung würde den Antisemitismus aber auf eine einzige Form reduzieren. Dass Antisemitismus schwer eindeutig zu fassen ist, liegt in seiner über zweitausendjährigen Geschichte begründet. Nach Nietzsche ist klar definierbar nur, was keine Geschichte hat, und Adorno betonte, dass gerade die Offenheit eines Begriffs notwendig ist, um gesellschaftliche und historische Phänomene in ihrer Vielschichtigkeit zu erfassen (Adorno 1993). Was vage erscheint, ermöglicht es, verschiedene – mitunter widersprüchliche – Dimensionen eines Problems zu beleuchten. Die Antisemitismusdefinition der Jerusalemer Erklärung (JDA 2021) vermag dies nicht zu leisten. Ihre mangelnde Offenheit für historische Veränderungen reduziert Antisemitismus auf ein Vorurteil gegen »Juden als Juden« (Klug 2013) und ignoriert weitgehend camouflierte Formen nach 1945, die mit Umwegkommunikation operieren. Sekundärer oder israelbezogener Antisemitismus kann so nicht voll erfasst werden.

Antisemitismus als intersektionale Ideologie

Während viele Zugänge zu Intersektionalität beim Antisemitismus einen blinden Fleck aufweisen und ihn also selten in ihre Analyserahmen integrieren, ist das nicht auf Intersektionalität per se zurückzuführen. Denn der Antisemitismus ist selbst eine intersektionale Ideologie, indem er sich insbesondere mit sexistischen und homophoben Momenten vermischt. Für solche Analysen bedarf es einer veränderten Perspektive auf Intersektionalität – einer, die ich »Intersektionalität von Ideologien« genannt habe (Stögner 2017). Dabei folge ich der frühen Kritischen Theorie, insbesondere Adorno und Else Frenkel-Brunswik, die Ideologien als miteinander verbunden erkannt haben. In den Studien zur Authoritarian Personality (Adorno et al. 2019), durchgeführt in den 1940er Jahren in den USA, wurde die von Black Feminists in den 1970er Jahren formulierte Idee des intersektionalen Ineinanderwirkens von Herrschafts- und Diskriminierungsmomenten (CRC 1978) auf gewisse Weise vorweggenommen. Die Studien kamen zu dem Schluss, dass Ideologien nicht getrennt von

einander auftreten, sondern innerhalb des autoritär-antidemokratischen ideologischen Einstellungssyndroms aufeinander verwiesen sind. Dieser Erkenntnis folgend betrachte ich Ideologien als intersektional: Sie durchdringen und verstärken sich gegenseitig und reformulieren und reaktivieren sich in diesem Prozess beständig neu (Stögner 2014). Der Antisemitismus erscheint als intersektionale Masterideologie, da er ein Weltbild beinhaltet, das mit sexistischen, homophoben, nationalistischen oder auch postnationalistischen Momenten operiert und kapitalistische und koloniale Ausbeutung in Juden:Jüdinnen personifiziert.

Das Ineinandergreifen von Antisemitismus und Sexismus lässt sich am Beispiel des Islamismus verdeutlichen. Wie im europäischen Antisemitismus stehen auch im Islamismus Jüdinnen:Juden und Zionist:innen für jene Transformationen der Moderne, die abgelehnt werden, weil sie traditionelle, religiös verwurzelte Lebensweisen auflösen (Marz 2014). Dazu gehören zentral die traditionellen Geschlechterverhältnisse, die durch Frauenemanzipation und das Streben nach individueller sexueller Selbstbestimmung im Kern erschüttert werden (Mernissi 1987) – auch dafür wird der Zionismus verantwortlich gemacht. In der Islamischen Republik Iran bilden eliminatorischer Israelhass und Geschlechterapartheid den Kern der Ideologie. Es ist ebenso wenig vorstellbar, dass das Mullahregime das Existenzrecht Israels anerkennt, wie dass es den Kopftuchzwang aufgibt (Maani 2024).

Auch die Hamas (1988) betont in den Artikeln 17 und 18 ihrer Charta die Bedeutung streng islamischer Geschlechterverhältnisse für den Jihad und sieht im Zionismus eine zersetzende Kraft. Er würde muslimische Frauen durch Geld und Medien, durch Informationskampagnen, Filme und Lehrpläne manipulieren und vom Islam abbringen. Daher müssten zionistische Organisationen, das heißt auch Israel, als Feinde des Islam vernichtet und die Sexualität von Frauen und ihre Lebensbereiche strikt kontrolliert werden (Gerdes 2025).

In der Ideologie der Hamas hängt die Rettung der Welt von der Auslöschung Israels und vom sexistisch-homophoben Sexualitäts- und Geschlechterregime ab. Das manifestiert sich in den Vergewaltigungen der Hamas als Ausdruck eines dreifachen Hasses: auf Jüdinnen:Juden, auf Israel und auf Frauen.

Die Verschmelzung von Sexualität, rigiden Männlichkeitskulten und nihilistischer Todesverehrung ist ein zentrales ideologisches Muster in Sexismus, Antifeminismus, Homophobie oder Transphobie. Diese Ideologien verschränken sich regelmäßig mit Antisemitismus. Der Hass der Hamas

richtet sich gegen individuelle Freiheit, sexuelle Selbstbestimmung, Gleichberechtigung der Geschlechter und den Wunsch und das Streben nach Emanzipation und Glück der Einzelnen. Dieser Hass drückt sich in der Ermordung von Jüdinnen:Juden ebenso aus wie in der Ermordung von emanzipierten Frauen und LGBTIQ – sie stehen für diese verhassten, insgeheim begehrten Ideale von Freiheit und Glück. Im Antisemitismus, Antifeminismus und in Homophobie wird der Wunsch nach Freiheit und Emanzipation selbst ausgerottet. Intersektionale Ideologiekritik macht dies deutlich.

Eine intersektionale Ideologiekritik kann zum Ausgangspunkt einer feministischen kritischen Theorie werden, die patriarchal-islamistische Geschlechterverhältnisse nicht kulturell relativistisch idealisiert und weder den Antisemitismus der Hamas noch das Grauen ignoriert, das Palästinenserinnen und Palästinenser durchleben. Wir brauchen eine feministische kritische Theorie, die wirklich intersektional ist, damit Antirassismus, Antisexismus und der Kampf gegen Antisemitismus nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Das wäre ein wichtiges Signal sowohl für die israelischen Opfer des Hamas-Terrors als auch für die Palästinenser:innen, die selbstbestimmt und frei, auch vom islamistischen Terror der Hamas, leben wollen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1993: Einleitung in die Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. / Frenkel-Brunswik, Else / Levinson, Daniel J. / Sanford, R. Nevitt 2019 [1950]: *The Authoritarian Personality*. London/New York: Verso.
- Cousin, Glyn/ Fine, Robert 2012: A Common Cause. Reconnecting the Study of Racism and Antisemitism. *European Studies*, vol. 14, no. 2, 166–185.
- CRC 1978: The Combahee River Collective Statement. <https://www.blackpast.org/african-american-history/combahee-river-collective-statement-1977/>, letzter Aufruf am 11. Februar 2025.
- Gerdes, Gesche 2025: Inceldom meets Jihadism. Antisemitismus und Misogynie in anti-modernen Rebellionen gegen die Moderne. In Stephan Grigat / Karin Stögner (Hg.), *Israelbezogener Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober*. Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen).
- Hamas Covenant 1988: The Covenant of the Islamic Resistance Movement. https://avalon.law.yale.edu/20th_century/hamas.asp, letzter Aufruf am 15. Juli 2024.
- Heilbronn, Christian / Rabinovici, Doron / Sznajder, Natan 2019: Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- IHRA 2016: Working definition of antisemitism. <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism>, letzter Aufruf am 11. Februar 2025.

- Illouz, Eva 2024: *Le 8-Octobre. Généalogie d'une haine vertueuse*. Paris: Gallimard.
- JDA 2021: Jerusalem Declaration on Antisemitism. <https://jerusalemdeclaration.org>, letzter Aufruf am 11. Februar 2025.
- Klug, Brian 2013: What Do We Mean When We Say »Antisemitism«. https://www.jmberlin.de/sites/default/files/media/documents/antisemitism-in-europe-today_2-klug.pdf, letzter Aufruf am 11. Februar 2025.
- Maani, Sama 2024: »What Israelis should know about Iranians«. *Die iranische Gesellschaft und der Antisemitismus des Regimes*. In Vojin Saša Vukadinović (Hg.), *Siebter Oktober Dreiundzwanzig*. Berlin: Querverlag, 111–119.
- Marz, Ulrike 2014: *Kritik des islamischen Antisemitismus. Zur gesellschaftlichen Genese und Semantik des Antisemitismus in der Islamischen Republik Iran*. Berlin: LIT.
- Marz, Ulrike 2023: *Wut auf Differenz. Kritische Theorie und die Kritik des Rassismus*. Bielefeld: transcript.
- Mernissi, Fatima 1987: *Geschlecht, Ideologie, Islam*. München: Frauenbuchverlag.
- Palestinian Feminist Collective 2023: *All out for Palestine. Palestine Digital Action Toolkit 3.0*. <https://palestinianfeministcollective.org/>, letzter Aufruf am 11. Februar 2025.
- Rensmann, Lars 2007: *Zwischen Kosmopolitanismus und Ressentiment: Sekundärer Antisemitismus in der deutschen und europäischen Linken*. In Matthias Brosch / Michael Elm / Norman Geißler / Brigitta Elisa Simbürger / Oliver von Wrochem (Hg.), *Exklusive Solidarität? Antisemitismus in der deutschen Linken*. Berlin: Metropol, 165–190.
- Stögner, Karin 2014: *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen*. Baden-Baden: Nomos.
- Stögner, Karin 2017: »Intersektionalität von Ideologien« – Antisemitismus, Sexismus und das Verhältnis von Gesellschaft und Natur. *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 41. Jg., Heft 2, 25–45.
- Student Working Group 2023: *Statement by the AG Intersectional Anti-Discrimination UdK*. <https://synthmeetfilms.wixsite.com/udkpsg>, letzter Aufruf am 11. Februar 2025.

Soziologie des Antisemitismus

Jan Weyand

Antisemitismusdefinitionen gelten in der politischen Öffentlichkeit der Gegenwart vielen als probates Mittel, Antisemitismus zu bezeichnen. Die beiden prominentesten Vorschläge, die IHRA-Definition, benannt nach ihrer Verfasserin, der International Holocaust Remembrance Alliance, und die Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA) unterscheiden sich jedoch deutlich in der Einschätzung, inwiefern Kritik an der israelischen Palästinenser-Politik als antisemitisch zu gelten hat (vgl. dazu unter anderem Jensen 2022; Ullrich 2024). Gemeinsam ist beiden Definitionen, dass sie Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden verstehen. Das ist sicher richtig. Doch ist dieses Verständnis verkürzt und soziologisch unreflektiert. Antisemiten sind nicht alleine; sie sehen nicht sich von Juden bedroht, sondern »uns«. Deshalb ist »die einfachste wie allgemeinste Bestimmung von Antisemitismus: abwertende Dichotomie »wir/Juden«, nicht: Anfeindung der Juden als Juden« (Holz, Haury 2021: 355 f.; vgl. auch Holz 2001 und hier auf S. 178 ff.; Weyand 2016). Das abwertende Judenbild profiliert das kollektive Selbstbild einer Gruppe, der sich ein Antisemit zuordnet. In einem soziologischen Verständnis von Antisemitismus geht es daher nicht nur um ein Feindbild, sondern um die soziale Konstruktion kollektiver Handlungseinheiten – nicht weniger als eine Kernfrage der Soziologie. Wie auch immer sie im Detail beantwortet werden mag, klar ist, dass kollektives Handeln nur möglich ist, wenn sich Akteure als Angehörige von Handlungseinheiten wissen (vgl. Koselleck 1989). Ein solches Verständnis von Antisemitismus eröffnet Fragehorizonte, deren soziologische Ausleuchtung zu einem begrifflich klareren Verständnis des Phänomens beitragen kann: Der erste Fragehorizont betrifft den sozialen und psychischen Sinn des Antisemitismus, der zweite den historischen Wandel von Judenfeindschaft.

(1) Das Judenbild, das der moderne Antisemitismus zeichnet, weist bis 1945 ein spezifisches Muster auf, aus dessen Analyse sich der soziale und psychische Sinn des Antisemitismus verständlich machen lässt: Während im modernen Antisemitismus die eigene und alle anderen Gruppen als ethnisch und kulturell homogene Abstammungsgemeinschaften, »Völker«, verstanden werden, werden Juden als »Volk« verstanden *und* von allen »Völkern« unterschieden. Bei Jakob Fries etwa sind Juden eine »Völkerkrankheit« (Fries 1816: 10), bei Treitschke gibt es »Völker«, Deutsche, Franzosen und so weiter, und einen »jüdischen Charakter« (von Treitschke 2003: 11 f.). Dieses

– auch als »Figur des Dritten« (Holz 2004) bezeichnete – Muster führt dazu, dass die antisemitischen Zuschreibungen paradox werden: Juden gelten als »Volk«, das sich nicht wie ein »Volk« verhält. »Völker« bilden Staaten, Juden »Staaten in Staaten«, »Völker« erhalten sich durch Arbeit, Juden hingegen arbeiten »nicht, sie säen nicht, sie erndten nicht [...] – Sie leben im Müßig-gange« (Grattenauer 1791: 32). Dies lässt sich auf jedes soziale Phänomen beziehen und wird von Antisemiten auf jedes bezogen. Für Richard Wagner etwa macht »der Jude« im Unterschied zum Deutschen nicht Musik um der Musik, sondern um des Effekts willen (Wagner 1975: 96). Nach Weininger sind Geschlechterrollen binär codiert, Juden jedoch »weibisch«, »sexuell weniger potent«, aber »lüsterner, geiler« (Weininger 1997: 417). Juden sind als »Volk« nicht nur anders als andere »Völker«, von ihnen geht nach Auffassung der Antisemiten eine fürchterliche Gefahr aus, es droht nicht weniger als Zersetzung und Überwältigung des eigenen und aller anderen »Völker«. Für Friedrich Rühs zum Beispiel sind Juden die »schädlichste [Kaste, J. W.] von allen, denn sie selbst lebt ohne eigne Mühe von fremder Arbeit, gibt weder materiell, noch geistig eine productive Arbeit, schmiegt sich also nur als Schmarotzerpflanze oder Blutsauger an ein fremdes Leben an und entkräftet dieses« (Rühs 1816: 16). Der moderne Antisemitismus erzählt Geschichte als einen – sich in der Gegenwart zuspitzenden – Kampf zwischen einem eigenen und allen anderen »Völkern« auf der einen und Juden auf der anderen Seite. Wegen dieser umfassenden Deutung der sozialen Welt ist er auch als Weltanschauung (exemplarisch Sartre 1966: 113) bezeichnet worden.

Neben der basalen Funktion der sozialen Herstellung kollektiver Handlungseinheiten – die kollektive Handlungseinheit »Volk« gibt es nur, wenn sich ihre Angehörigen als »Volk« wissen – haben solche Erzählungen kognitive, identitätsbezogene und normative Funktionen. Kognitiv ordnen sie die soziale Welt als eine Welt von »Völkern« und Antisemiten der Gemeinschaft eines »Volkes« zu. Sie stiften nicht nur Gemeinschaft, sondern eine normativ ausgezeichnete, von antivölkischen Akteuren bedrohte Gemeinschaft, weshalb die Angehörigen der eigenen Gruppe aufgefordert und legitimiert sind, sich gegen die Juden zugeschriebene Bedrohung zu wehren. Diese manichäische Konstruktion ermöglicht Antisemiten, »schlecht zu sein und sich dabei für gut zu halten« (Horkheimer 1985: 196), Hass zu predigen und gleichzeitig moralisch auf der richtigen Seite zu stehen. Anders als im Rassismus etwa ist die Bedrohung existentiell, da Juden angeblich die innere Einheit der Gemeinschaft und ihre materiellen reproduktiven Grundlagen

durch Internationalismus, Kommunismus, »Volksverrat«, Geldkapital zersetzen – alles Zuschreibungen, die auf das Gegenteil von »Volk« verweisen. Antisemitismus macht die soziale Welt nicht nur als Welt von »Völkern« verständlich und ordnet sie, er erklärt durch das Zerrbild eines jüdischen »Volksfeindes« auch, was das ist, ein »Volk«. Entsprechend aggressiv und bössartig sind die antisemitischen Forderungen zum Umgang mit Juden seit dem frühen 19. Jahrhundert – auch wenn die Nationalsozialisten Vertreibung und Massenmord praktisch realisiert haben, waren sie lange nicht die ersten, die dazu aufgefordert haben (dazu früh und gut: Bergmann, Erb 1989). Emotional bindet Antisemitismus Antisemiten in eine nicht nur kognitiv gewusste, sondern auch gefühlte Gemeinschaft, er stiftet Zugehörigkeit und damit Identität, normativ legitimiert er Praktiken des Zusammenlebens, indem er andere (»ohne eigene Mühe von fremder Arbeit« leben und so weiter) verdammt.

(2) Nimmt man ernst, dass ein kollektives Feindbild ohne ein kollektives Selbstbild, auf das es verweist, nicht zu haben ist, lässt sich nicht nur der Sinn von Antisemitismus besser verstehen, sondern auch sein geschichtlicher Wandel. Dessen Dynamik zehrt von einer durch die geschichtliche Entwicklung veranlassten Veränderung kollektiver Selbstbilder. Ich kann das an dieser Stelle nicht im Detail entwickeln (dazu: Weyand 2016), indes lassen sich in dieser Perspektive drei sich überschneidende Phasen von Judenfeindschaft unterscheiden, die Phase eines religiös geprägten Judenhasses, eine Phase des modernen Antisemitismus, und eine Phase des sekundären, auf die Ermordung der Juden bezogenen Antisemitismus: Eine lange Phase der christlichen Judenfeindschaft bis ins späte 18. Jahrhundert, in der kollektive Selbstbilder christlich geprägt sind und judenfeindliche Zuschreibungen, auch sozioökonomische, religiös konnotiert sind. Mit dem Wandel kollektiver Selbstbilder, in denen religiöse Zugehörigkeiten sukzessive in den Hintergrund und Gleichheitsvorstellungen sowie die Überordnung der Staatszugehörigkeit über religiöse Zugehörigkeiten in den Vordergrund rücken, stellen sich neue Fragen, auf die neue Antworten gefunden werden müssen, etwa im 18. Jahrhundert die Frage nach einer rechtlichen Gleichstellung der Juden. Mit dieser Frage wird der Judenhass modern, weil eine antisemitische Antwort darauf nicht mehr dominant religiös argumentieren kann. Juden können nach Auffassung von Antisemiten keine gleichen Staatsangehörigen sein, weil sie nicht dem »Volk« angehören, das sich im Staat regiert. Nach der Ermordung von sechs Millionen Juden im Nationalsozialismus verschwindet die antisemitische Weltanschauung nicht, aber sie ist in westlichen politischen Öffentlichkeiten deutlich weniger präsent. Wieder sind

durch gesellschaftliche Entwicklungen veranlasste Veränderungen in den kollektiven Selbstbildern für Veränderungen im Feindbild verantwortlich: War es bis 1945 sozial nicht verpönt, sich öffentlich antisemitisch zu äußern, wird – wesentlich auf Druck der Alliierten – nach 1945 die Distanz zu Nationalsozialismus und Antisemitismus zu einem zunehmend wichtigen Element des kollektiven Selbstbilds. Nach Außen ermöglichte diese Distanz Westintegration, nach Innen ermöglichte sie einem Staat, dessen Eliten sich weitgehend und in allen Bereichen aus NS-Eliten rekrutierten, den Übergang zu einer Demokratie ohne Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – »wir« haben ja »aus der Geschichte« gelernt. Der Anti-Antisemitismus, Produkt einer Distanzierung ohne Aufarbeitung, prägt seither die Auseinandersetzung um Antisemitismus. Das Kommunikationsgebot des Anti-Antisemitismus und das Kommunikationsverbot des Antisemitismus drängen offenen Antisemitismus in der politischen Öffentlichkeit weitgehend in die Latenz (vgl. dazu Bergmann, Erb 1986) und in extremistische politische Gruppen ab. In der politischen Öffentlichkeit verschwindet Antisemitismus nicht, aber er hat keine öffentlichen Träger mehr, die sich dazu bekennen, es ist ein »Antisemitismus ohne Antisemiten« (Marin 2000). Der Anti-Antisemitismus wird zusehends sakralisiert, zu einem heiligen Objekt im Sinne Durkheims – ein Kernbestand bundesdeutschen Selbstverständnisses, der nicht in Frage gestellt werden darf. Entsprechend ist, wo Antisemitismus vermutet oder offen geäußert wird, eine hoch emotionalisierte, skandalisierende öffentliche Debatte die Folge, die in den allermeisten Fällen mit einem Reinigungsritual abgeschlossen wird, das einen Rücktritt (wie bei der Findungskommission zur documenta 2027) oder eine öffentliche Buße (wie im Fall der HU-Präsidentin Geraldine Rauch) einschließt. Auch wenn das Zurückdrängen von Antisemitismus im öffentlichen Raum eine auf den ersten Blick erfreuliche Entwicklung zu sein scheint, hat sie mit Aufklärung nichts zu tun. Eine Aufklärung der sich durch viele Jahrhunderte ziehenden jüdenfeindlichen Geschichte des (christlichen) Europa, das heißt ein Verständnis für den Niederschlag dieser Geschichte in »unserer« Kultur, Voraussetzung für einen angemessenen Umgang damit, wird dadurch verhindert, dass im bundesdeutschen Selbstbild des Anti-Antisemitismus in aller Regel »die anderen« (Linke, Muslime, Neonazis und so weiter) Antisemiten sind, auf die ein vorgeblich geläutertes »wir« mit dem Finger zeigen kann (vgl. dazu Quindeau 2025). Aufklärung würde nicht Abwehr, sondern Auseinandersetzung mit dem kollektiven Selbstbild des Anti-Antisemitismus und seinen historischen Gründen bedeuten.

Zu diesen Veränderungen im antisemitischen Selbst- und Feindbild kommt mit der Gründung des Staates Israel eine Entwicklung hinzu, die die Konfliktlage deutlich verändert: Die weit überwiegende Mehrzahl von Antisemitismustheorien geht davon aus, dass Antisemitismus nichts mit realen Konflikten zwischen Juden und Nichtjuden zu tun hat, sondern ein Zerrbild, »das Gerücht« (Adorno 1980: 123) der Antisemiten über Juden ist, weshalb man Antisemiten untersuchen muss, wenn man den Antisemitismus verstehen will. Mit der Gründung des Staates Israel kommt ein realer Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern um Land und Staatlichkeit hinzu. Kritik, auch überzogene Kritik an der Politik der israelischen Regierung in den besetzten Gebieten und in Gaza und Antisemitismus mischen sich seitdem zu einem manchmal schwer zu entwirrenden Amalgam. Viele der gegen die israelische Politik vorgebrachten Anwürfe mögen bössartig sein, aber sind sie deshalb auch antisemitisch oder ist es der überdrehte Sound nationalistischer Konflikte, der hier zum Tragen kommt? An diese Frage schließen sich in der Gegenwart ungeklärte Fragen nach dem Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus, von Antisemitismus und Rassismus und zur Singularität des Holocaust an. Bisher hat die soziologische Antisemitismusforschung zu ihrer Beantwortung wie auch zu einer Untersuchung der Gegenwart eines kulturell tradierten Antisemitismus wenig beigetragen. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil das Verständnis der Bildung und Veränderung kollektiver Handlungseinheiten nicht nur Fragen der Gegenwart betrifft, sondern Grundfragen der Soziologie.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1980: *Minima Moralia*, Gesammelte Schriften, Band 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Bergmann, Werner / Erb, Rainer 1986: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38. Jg., Heft 2, 223–246.
- Bergmann, Werner / Erb, Rainer 1989: *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860*. Berlin, Metropolis.
- Fries, Jakob Friedrich 1816: *Ueber die Gefährdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden*. Heidelberg, Mohr und Winter.
- Grattenauer, Carl W. F. 1791: *Ueber die physische und moralische Verfassung der heutigen Juden*. Stimme eines Kosmopoliten. Germanien [Leipzig]: Voss.

- Holz, Klaus 2001: Nationaler Antisemitismus. Hamburg: Hamburger Edition.
- Holz, Klaus 2004: Die antisemitische Konstruktion des »Dritten« und die nationale Ordnung der Welt. In Christina von Braun / Eva-Maria Ziege (Hg.): »Das »bewegliche« Vorurteil«. Aspekte des internationalen Antisemitismus. Würzburg, Königshausen & Neumann, 43–62.
- Holz, Klaus / Haury, Thomas 2021: Antisemitismus gegen Israel. Hamburg: Hamburger Edition.
- Horkheimer, Max 1985: Über das Vorurteil. In Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Band 8, Frankfurt am Main: Fischer, 194–200.
- Jensen, Uffa 2022: Gefährlich nah an einer Korrespondenztheorie. Der problematische Definitionsversuch der IHRA-Definition zum Antisemitismus. *conflict & communication online*, 21. Jg., Nr. 1, https://cco.regener-online.de/2022_1/pdf/jensen2022_dt.pdf.
- Koselleck, Reinhart 1989: Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe. In Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 211–259.
- Marin, Bernd 2000: Antisemitismus ohne Antisemiten. Frankfurt am Main: Campus.
- Quindeau, Ilka 2025: Psychoanalyse und Antisemitismus. Berlin: Suhrkamp.
- Rühs, Friedrich 1816: Die Rechte des Christenthums und des deutschen Volkes, vertheidigt gegen die Ansprüche der Juden und ihrer Verfechter. Berlin: Real-schulbuchhandlung.
- Sartre, Jean-Paul 1966: Betrachtungen zur Judenfrage. In Jean-Paul Sartre, *Drei Essays*. Frankfurt am Main, Berlin: Ullstein, 108–190.
- von Treitschke, Heinrich 2003: Unsere Aussichten. In Karsten Krieger (Hg.), *Der »Berliner Antisemitismusstreit« 1879–1881*, Band 1. München: K. G. Saur, 6–16.
- Ullrich, Peter 2024: Arbeitsdefinition Antisemitismus, Jerusalem Erklärung, Nexus-Dokument. In Peter Ullrich / Sina Arnold / Anna Danilina / Klaus Holz / Uffa Jensen / Ingolf Seidel / Jan Weyand (Hg.), *Was ist Antisemitismus?* Göttingen: Wallstein, 68–79.
- Wagner, Richard 1975 [1865/1878]: Was ist deutsch? In Richard Wagner, *Die Kunst und die Revolution. Das Judentum in der Musik. Was ist deutsch?* Herausgegeben von Tibor Kneif. München: Rogner & Bernhard, 79–104.
- Weininger, Otto 1997: *Geschlecht und Charakter. Eine prinzipielle Untersuchung*. München: Matthes & Seitz.
- Weyand, Jan 2016: *Historische Wissenssoziologie des modernen Antisemitismus*. Göttingen: Wallstein.

Soziologie als Verschwörungstheorie?

Der manipulative Überhang an Fiktionalität über die Faktizität in der allgemeinen Soziologie

Markus Holzinger

1 Einleitung

Die Begriffe Verschwörung und Verschwörungstheorie begegnen uns inzwischen nahezu überall. In einem kürzlich erschienen Text in der SOZIOLOGIE geht auch Georg Vobruba grundsätzlichen Merkmalen des Verschwörungsdenkens auf den Grund. Dabei klärt er, was Verschwörungstheorien sind und wie sie funktionieren. Vobruba darüber hinausgehenden Überlegungen zielen jedoch noch auf etwas anderes. Er möchte in seiner Skizze, auf Spuren beziehungsweise »auf gewisse Ähnlichkeiten zwischen Soziologie und Verschwörungsdanken aufmerksam machen« (Vobruba 2024: 283). Gemeinsamkeiten zwischen Soziologie und dem Verschwörungsdanken gebe es beispielsweise bei Sachverhalten, die mit der Frage der Kausalität zusammenhängen. Beide Erklärungsweisen etwa »setzen bei der Beobachtungen der sozialen Verhältnisse an«. Vor allem tendierten Soziologie und Verschwörungstheorien in diesem Kontext dazu, Gesellschaft als Ganze oder als »Totalität« zu erfassen (ebd.: 300). Des Weiteren findet man im Verschwörungsweltbild, wie in der Soziologie in puncto Rollenbegriff eine Vorliebe für Theatermetaphern (ebd.: 290 f.). Auch könnte man sowohl in Verschwörungsnarrativen, wie auch in der Soziologie, Adaptionen von Kernideen des (radikalen) Konstruktivismus (ebd.: 293 ff.) identifizieren und so weiter. Es gebe zwischen soziologischen Erklärungsstrukturen und dem Verschwörungsdanken deutliche Schnittmengen.

Ich will die Analysen Vobruba hier nicht direkt traktieren und kann ihnen leider nicht allen Punkten gerecht werden, möchte aber die Chance ergreifen, auf einen Aspekt näher einzugehen, der mir aus Vobruba weiteren Erörterungen von besonderer Relevanz zu sein scheint. Vobruba Text eröffnet eine Diskussion, bei der viel auf dem Spiel steht, da sie am Fundament der Soziologie selbst rührt. Aber was sich zunächst wie eine kritische Eröffnung des Gesprächs über den Zusammenhang von Verschwörungstheorie und Soziologie anhören mag, wird von ihm sofort wieder zugedeckt. Vobruba kommt zu dem Schluss, dass die herausgearbeiteten Analogien nur scheinbare wären. Tatsächlich würden in den beiden Logiken zwei grundsätzliche Modi zum Ausdruck kommen, »in denen Warum-Fragen beantwortet werden« (ebd.: 284). Die Logik des Verschwörungsweltbildes ist simpel. Verschwörungstheorien würden sich »im Rahmen der absolutistischen Logik des vormodernen Weltbildes« (ebd.: 285) bewegen, während die Soziologie auf dem Weltbild der Moderne aufruhet. Sie verabschiede sich von vormodernen Denkmustern, in dem sie diese aus ihren transzendenten Angeln hebt. Soziologie ginge von komplexen Zusammenhängen aus. In der modern-relationalen Logik führten Warum-Fragen daher in Verweisungszusammenhänge. Kurzum:

»Die Differenz zwischen der Soziologie und dem Verschwörungsdenken ist im Kern die Differenz zwischen dem Denken auf moderner Grundlage und einem Denken, das sich gegen die Moderne richtet. Das Verschwörungsweltbild erklärt alles, was der Fall ist, durch den Verweis auf ein mächtiges Handlungszentrum. Soziologisches Erklären ist relational und führt genau nicht zu einem absoluten Ausgangspunkt zurück.« (ebd.: 302)

Wenn es auch zu Beginn der Soziologie, etwa bei Comte, noch einen metaphysischen Restgehalt gab, wurde dieser, so Vobruba, von den Klassikern Durkheim, Tönnies, Weber und Mannheim zunehmend abgeschüttelt. Im fortgeschrittenen, modernen Stadium begründe die Soziologie »ihre Wissenschaftlichkeit auf Beobachtungen« (ebd.: 284). Die vormodernen, metaphysischen Restbestände lagerten sich als »soziologische Spuren« im Verschwörungsdenken ab (ebd.: 283).

Mit der Soziologie ist also letztendlich alles in Ordnung. Kritik an ihr ist überflüssig, denn in ihrer modernen Gestalt haben wir schon alles, was wir brauchen, um sie dem Dunstkreis von Verschwörungstheorien zu entreißen. Das ist ein für die Soziologie typischer, aber für einen kritischen Denker wie Vobruba dann doch überraschender Gestus. Vobruba Argumentation provoziert aber auch da zu Irritationen und fordert zu kritischer Intervention

heraus, wo er Autoren zitiert, die in ihren Überlegungen im Verhältnis zu ihm, zu genau gegenteiligen Schlüssen kommen. Die Kernthesen des von ihm zitierten Buches von Luc Boltanski »Rätsel und Komplotte« (2013) und bestimmter Texte von Karl R. Popper sind grundlegend anders diskutierbar. Popper und Boltanski kommen am Ende nämlich zu dem Ergebnis, dass der von Vobruba skizzierte, angebliche Rückbau metaphysischer Dogmen in der Soziologie gerade nicht stattgefunden hat. Gerade weil bei den von Vobruba nur angerissenen Thesen von Boltanski oder Popper eine Reihe sehr interessanter Kritik- und Diskussionspunkte in Bezug auf das Verhältnis von Verschwörungstheorie und Soziologie ans Licht kommen, sollen an dieser Stelle einige Thesen rekapituliert werden. Der Hauptakzent der weiteren Überlegungen liegt dabei auf den letztgenannten Punkten. Die inhaltlichen Grundpfeiler der Überlegungen von Boltanski und Popper seien zunächst ausführlicher (auch an adäquaten Beispielen) skizziert, bevor dann einige daraus resultierende Schlüsse gezogen werden, in welchem Verhältnis die Soziologie zu Verschwörungstheorien steht.

2 »Poppers Fluch«: Zur Kritik an Kollektivbegriffen und universalistischen Entwicklungsmustern

Den ersten Aspekt in vielen sozialwissenschaftlichen Erklärungsmustern, der unmittelbar auf das Feld der Verschwörungstheorie verweist, bezeichnet Boltanski (2013: 425) als »Poppers Fluch«, weil es Popper gewesen ist, der besonders in »Die offene Gesellschaft und ihre Feinde« und »Das Elend des Historizismus« eine Reihe interessanter Einsichten über den Aufbau und die theoretischen Strukturmerkmale von Verschwörungstheorien in der Soziologie geliefert hat. Eine erste Bestimmung des Status von soziologischen Verschwörungstheorien, so Boltanski, hat nun mit der Frage zu tun »welchen Entitäten die soziologische Analyse in ihren Beschreibungen Rechnung tragen soll und welche Größe sie haben« (ebd.: 402). Diese Frage stellt sich mit besonderer Schärfe, weil die Soziologie häufig dazu bereit ist »Kollektiven« Kausalität zuzuweisen. Sie entwickelt Konzepte bei denen kollektive Entitäten »an die Position eines vollwertigen Handlungsobjekts« (ebd.: 406) gesetzt würden. Poppers Ziel war es nun, derartige theoretische Konzepte als »Verschwörungstheorien der Soziologie«, ja als reinen Aberglaube zu identifizieren oder, wie es Boltanski ausdrückt: Der Kern des Popperschen

Arguments besteht »in der Herstellung eines notwendigen Zusammenhangs zwischen der Bezugnahme auf kollektive Entitäten und der Bezugnahme auf eine Verschwörung« (ebd.: 424).

Wie argumentiert Popper? Bei Verschwörungstheorien steht ja immer die Frage im Raum, welche kausalen Kräfte die Geschichte und die Gegenwart bestimmen. Und was Popper nun an den kollektivistischen Strömungen der Soziologie kritisierte, war deren häufig anzutreffender geschichtsphilosophischer Gestus. Die Repräsentanten des Historizismus gingen gemäß Popper davon aus, dass die Gegenstände der Soziologie, »nie als bloße Aggregate von Personen betrachtet werden« dürften (Popper 1987: 14). Kausalität müsse auch kollektiven Entitäten, wie Staaten, Gruppen, Organisationen und ganzen Gesellschaften zugeschrieben werden. Der tiefere Grund für diese Annahme liegt Popper gemäß darin, dass (Makro-) Soziologinnen *erstens* von zu beobachtenden allgemeinen Struktur- und Ordnungsinstanzen ausgehen, die gewissermaßen über den Köpfen der Akteure wirken. Nur so ist es möglich, *musterhafte* Handlungsgefüge auf ein einheitliches Schema zu bringen, das Prognosen erlaubt. Denn derartigen Formen kollektiven Handelns haftet notwendig eine Regelmäßigkeit an. Das individuelle Handeln einzelner Person muss somit notwendigerweise auf soziale Bedingungen oder kollektiv entwickelte Praxisformen bezogen sein. Diese Sachverhalte stellen daher eine eigenständige, emergente kollektive Ebene dar, die nicht auf deren Bestandteile, wie etwa relationierte Akteure/Individuen, reduzierbar beziehungsweise mit diesen identisch ist. Die Einzelinteressen der tätigen Subjekte werden, gemäß dieser Ansätze, in der Regel von dem größeren Zusammenhang modelliert. »Die Werkzeuge wissen nichts von dem »Höheren, das sie bewußtlos« vollbringen« (Bubner 1984: 116).

Die Aufgabe der Sozialwissenschaften bestünde in diesem Modell *zweitens* darin, die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes« (Popper 1987: 59) nach dem Modell eines »feststehenden Gesamtplan(s)« (ebd.: 54) zu konzipieren. Gerade diesen sozialwissenschaftlichen Ansätzen ging es, so Popper, immer auch um die »Entdeckung des *Entwicklungsgesetzes der Gesellschaft*« (ebd.: 83, Herv.i.O.). Man müsse den »Organismus-Charakter« der Geschichte ins Zentrum rücken. Mit anderen Worten: Bestimmte Soziologinnen subsumieren die Wirklichkeit, ähnlich wie Verschwörungstheorien, unter einen Masterplan – »ihr verborgenes historisches Geschick« (Popper 1980: 49) – um sie so »den Fängen des Zufalls« zu entreißen, wie Karl Hepfer kommentiert (2015: 107). Sie gehen generell davon aus, dass nichts durch Zufall geschieht,

dass also alles einem (evolutionären) Plan folgt (Butter 2018: 22 f.). »Verschwörungstheorien [...] ordnen durch ihre Interpretation der Ereignisse die Wirklichkeit (oder Teile davon) zu einem sinnvollen Ganzen, das einem Plan folgt« (ebd.: 147).¹ Da solche Perspektiven für den Historiker »ungreifbar« sind (Bubner 1984: 114), summiert sich all dies zu einer Art Perspektivenwechsel von den empirisch historischen Fakten auf Weltgeschichte oder evolutionistische Entwicklungstheorien. Die Teilnehmerperspektive weicht einer Außenperspektive des Beobachters im Modus einer funktionalistischen Systembegrifflichkeit, die allein die Richtung erfassen kann »in die sich die Weltgeschichte bewege« (Popper 1987: 60).

3 Historische Prophezeiungen und universalistische Entwicklungsmuster

In der Regel waren es natürlich die großen geschichtsphilosophischen Entwürfe seit Hegel und Marx, die die Historie oft als eine Art Agens mit eigener Entwicklungslogik betrachteten. Ebenso sind es in den Sozialwissenschaften die Differenzierungs- und Evolutionstheorien, die sich in Form von Theorien des Wandels dem Typus »moderne Gesellschaften« widmeten und eine Art Fortschrittsrichtung, zumindest eine modernistische Entwicklungslogik unterstellten (Müller, Schmid 1995: 16 ff.). In »Großprognosen« sollten die »großen Tendenzen« als »Gesetze der Sozialentwicklung« ersichtlich werden (Popper 1987: 31, 37). Und in der Tat: So unterschiedlich die Annahmen verschiedener Modernisierungstheoretiker auch sein mögen, diesen Theoriestrang eint die Vermutung,

¹ Die historischen Versatzstücke, die dem Selbstbild des Narrativs widersprechen, müssen eben ausselektiert werden. Stattdessen wandert die Makrotheorie in der Regel mit »Siebenmeilenstiefeln« über die Geschichte hinweg und subsumiert alle historischen, singulären Einzelheiten, in ein »hoch komplexes, aber durchgängiges Muster« (Bubner 1984: 115). Geschichtsphilosophisch gesprochen heißt das: »Die Individualitäten und Besonderheiten arbeiten sich vielmehr solange aneinander ab, bis der größere Zusammenhang vor Augen tritt.« (ebd.: 117) Wie Verschwörungstheoretiker erzählen auch diese Chronisten »Geschichte immer vom Ende her« (Butter 2018: 59).

»daß Modernisierung ein Prozeß ist, der in einem genau lokalisierbaren Teil der Welt zu einem benennbaren Zeitpunkt seinen Ausgang nahm und von dort aus sich unaufhaltsam über die ganze Welt verbreitet. Im Verlauf dieses Prozesses werden alle traditionellen Gesellschaften in moderne umgewandelt.« (Berger 2006: 204)

Zwar seien die verschiedenen Länder oder Regionen der Welt in unterschiedlichem Maße entwickelt, aber wenn ein Land oder eine Region dem Pfad der Modernisierung folgt, so lautete die These, »strebt es (sie) mehr oder weniger dem gleichen Ziel zu« (ebd.: 202 ff.). Denn: »Alle nichtmodernen Kulturen und Sozialstrukturen müssen letzten Endes modernen weichen. Dies ist ihr unvermeidliches Schicksal.« (ebd.: 204)

Es besteht kein Zweifel daran, dass auch in den heutigen, insbesondere deutschen, Gesellschaftstheorien die »organische Metapher« der Gesellschaft (Nassehi 2023: 101) regen Zuspruch erhält. Albrecht Koschorke hat darauf hingewiesen, dass sich, wenn man beispielsweise die sozialwissenschaftlichen Modernisierungs- und Globalisierungstheorien der letzten Jahrzehnte betrachte, der Eindruck aufdränge, dass bis auf Einzelfälle die Sozialwissenschaft nach wie vor in großem Stil »das Erbe der Geschichtsphilosophie« antrete (2015: 145). Die Globalisierungstheorie, die seit den 1990er Jahren die Modernisierungstheorie beerbte, las sich dementsprechend wie die Wiederkehr der orthodoxen Theorie des sozialen Wandels (Knöbl 2007: 28ff.; 2020). Auch hier wurden geradezu euphorische Erwartungen an den Horizont projiziert, was Zusammenarbeit und Solidarität, Kommunikationsmöglichkeiten, Wohlstand und Weltfrieden in jeweils globalem Maßstab angeht. Wie auch schon in den frühen Tagen der Modernisierungstheorie, standen geschichtsphilosophische Schönwetterkonstellationen im Brennpunkt des Interesses. Dazu zählten beispielsweise die universelle Ausbreitung der Menschenrechte als »umfassende Inklusionssemantik« (Albert 2002: 89) oder die Gleichzeitigkeit einer westlichen »Weltkultur« (Stichweh 2000: 43; Meyer 2005). Zu nennen wären in diesem idyllischen Fortschrittsnarrativ ebenso die »globale Verfassung« des Weltrechts, die transnationale, liberale politische Ordnung, Nationalstaatlichkeit als »weltweite Standardisierung« (Stichweh 2000: 41), oder westlich geprägte Beschreibungsformeln, die von einer isomorphen »Welteinheitszivilisation« ausgehen (Werron 2012: 104). Auch hier ging es stets um eine »Entwicklungsrichtung« oder die »Logik einer Entwicklung« (Habermas 2004: 132). Lokale Akteure in den Weltregionen sollten demnach ihre regionalen Identitäten zugunsten global verbreiteter Skripte aufgeben, die für die globale institutionelle Vereinheitlichung sorgten (Stichweh 2000: 41).

Popper sah es bekanntlich als einen »intellektuellen Betrug« an (1980: 101), sich überhaupt im Stile des Hegelianismus oder der »vulgärmarxistischen Verschwörungstheorie« (Popper 2009: 525) zu versuchen, die für sich in Anspruch nehmen eine Art Bauplan des Weltprozesses im Ganzen zu konzipieren.

»Die Idee einer Bewegung der Gesellschaft selbst, die Vorstellung, daß sich die Gesellschaft wie ein physikalischer Körper *als Ganzes* auf einer bestimmten Bahn und in eine bestimmte Richtung bewegen kann, ist nichts als ein verworrenes, holistisches Hirngespinnst.« (Popper 1987: 90, Herv.i.O.)

Nach Popper könne es überhaupt keine »historischen Gesetze« geben. Schon gar nicht sei »Evolution« gerichtet oder führe automatisch in eine segensreiche Zukunft. Über globale Entwicklungen gebe es keine Prognosen. Hinter der Organismus Metapher steckt für Popper in Wirklichkeit eine biologische Geschichtsmetaphysik. Ähnlich wie Max Weber, der angetreten war, »dem immer noch spukenden Betrieb, der mit Kollektivbegriffen arbeitet, ein Ende zu machen«, war es Popper darum zu tun, einen »naiven Kollektivismus« in die Schranken zu weisen. Kollektives Handeln ist, gemäß Popper, eine Suggestion, denn was stattfindet sind soziale Handlungen, die von einzelnen/individuellen Personen realisiert werden. Der Geschichte als Kollektivsingular, so meinte Popper, kann man weder Sinn noch irgendeine Richtung unterstellen (1980: 344 ff.).

Obgleich in der Soziologie oft andere Ansichten verbreitet sind, kann man die Thesen Poppers gefahrlos als plausibel bezeichnen. Die Vorhersagen und Analysen der Theorien sozialen Wandels trafen nur selten zu, waren häufig empirisch falsch oder gehaltlos (zum Beispiel Müller, Schmid 1995: 21; Knöbl 2001). Auch der in der Modernisierungstheorie postulierte intrikate »Verflechtungszusammenhang« (Pollack 2016: 224) zwischen Wirtschaft, Politik, Recht und Kultur et cetera erwies sich als falsch (zum Beispiel Menzel 1992: 37 ff.). In der Regel konnten neben den empirischen Evidenzen, die zum Beispiel für die »moderne Gesellschaft« sprachen, auch eine Fülle von Prozessen benannt werden, die man als *gegenteilige* Prozesse bezeichnen musste.² Aber warum sollten so *widersprüchliche* Vorgänge alle mit

² Der atlantische Sklavenkomplex erreicht beispielsweise seinen Höhepunkt in einer Epoche, die in den sozialwissenschaftlichen Geschichtswerken, als »Blütezeit des Liberalismus« gilt (Osterhammel 2000: 36). An die Stelle des für moderne Gesellschaften vielbeschworenen Postulats der »Inklusionsgleichheit« (Nassehi 2004: 114; Stichweh 2000: 88) treten rassistische Vorstellungen einer Rasseordnung, die die Dichotomie von Eingebore-

ein und demselben Begriff gefasst werden? Die »Fanfarenstöße der optimistischen Ideologien« der soziologischen Globalisierungs- beziehungsweise Modernisierungstheorien seien, wie Trutz von Trotha schreibt, »nicht nur ahistorisch, sondern seltsam unwirklich« (2004: 86). Unter der Hand würden solche Ansätze versuchen, der empirischen Welt geschichtsphilosophische Tiefenstrukturen unterzuschieben, »weil sie Tendenzen langfristigen historischen Wandels immer schon zu kennen vorgeben oder heterogene und widersprüchliche Veränderungen homogenisieren und vereindeutigen« (Joas 2017: 356). Die Moderne erscheint hier als empirisch haltlos und noch nicht einmal deskriptiver »Idealtypus« (Mayntz 2015: 273). Häufig gebe es noch nicht einmal, so Frank Hillebrandt, »eine trennscharfe Unterscheidung zwischen einem deskriptiv-analytischen und einem sozialphilosophisch-normativen Begriff der Modernität« (2010: 159).

Diese nur angerissenen Einsichten lassen folgenden Schluss zu: Unleugbar war auf jeden Fall, dass die empirischen Widersprüche der Theorien des globalen Wandels (vor allem der Modernisierungstheorie) »nur schwerlich mit dem postulierten benevolenten Entwicklungsziel einer konsensuell rechtlich integrierten Gesellschaft und dem bisweilen unterstellten Ideal eines kontinuierlichen und geordneten Wandels vereinbar war« (Müller, Schmid 1995: 23). Schon bald wurde gemutmaßt, dass es sich bei den Modernisierungstheorien um bloße Narrative der »imaginierten Moderne« (Plaggenborg 2006: 15) handeln würde. Aus Mangel an Empirie bezieht man sich in diesem Kontext heutzutage oftmals auf die »reine« Ideengeschichte oder die »historische Semantik« der europäischen Moderne: das heißt auf »relativ situationsunabhängig verfügbaren Sinn« (Luhmann 1998: 19). In diesem gewählten Bezugsrahmen wird freilich vor allem die empirische, alltägliche »institutionelle Praxis umgangen« (Busse 1987: 66). Sie spiegelt bestenfalls die »theoretischen Reflexionen in abgeschlossenen Zirkeln« eines regionalen Kontextes wider (Busse

renen und nicht Eingeborenen aufrechterhielt. Die meisten verwestlichten Reformen wurden in diesen Regionen durch eine brutale Kolonialherrschaft und durch Zivilisierungsmissionen ins Leben gerufen. Europa nahm an, es »sei zivilisatorisch die Nummer eins; nur wer sich europäisiere, habe Chancen, in den Club der »zivilisierten Welt« aufgenommen zu werden« (Osterhammel 2023: 21). »Das Konzept der »Rasse« hat während der gesamten Moderne im lokalen wie im globalen Rahmen als eine Art Brandmal fungiert, das über Inklusion und Exklusion [...] entschied« (McCarthy 2015: 46). Dass man »Inklusionsgleichheit« heute immer noch unkritisch als die »normative Signatur der Moderne« (Naschi 2023: 116) interpretiert, scheint im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts merkwürdig aus der Zeit gefallen.

1987: 66; Stockhorst 2013: 376). Dass dann diesen westlichen »modernistischen Idealisierungen« (Hirschauer 2014: 178) zugleich noch mit großer Geste ein empirischer Repräsentations-Anspruch zugeschrieben wird, gewissermaßen die moderne, globale (!) »Gesamtgesellschaft« (Kieserling 2004: 24) zu beschreiben, offenbart eine merkwürdige Nachlässigkeit in der Theoriebildung, weil sie die pragmatische Wende in der Ideengeschichte nicht zu Kenntnis genommen hat (Busse 1987), die zeigt, dass Ideen »durch die Praxis beherrscht« werden (Brandom 2000: 58). Ganz zu schweigen von dem eklatanten Eurozentrismus dieser Theoriekonstruktion (zum Beispiel bei Nassehi 2023), die in einen »transnationalen Horizont« überführt werden müsste (Stockhorst 2013: 379; siehe auch Schlichte 2023).

4 Soziologie des Komplotts

Kommen wir noch zu einem weiteren Kriterium, worin sich Verschwörungstheorien und soziologische Ansätze annähern. Verschwörungstheorien behaupten, dass mächtige Akteure hinter den Kulissen einen Plan verfolgen und deshalb die Geschehnisse manipulieren. Hinter allem steckt das Paradigma des Komplotts. Das Verschwörungsdenken, so hatte es ja auch Vobruba formuliert, fasst Gesellschaft insgesamt in den Blick, »indem es sie von einem bösen Handlungszentrum aus interpretiert, das die sozialen Verhältnisse völlig im Griff hat« (Vobruba 2024: 300). Davon habe sich die Soziologie aber gerade verabschiedet, in der sie einer solchen Logik »zu entwinden trachtete« (ebd.: 301). Aber auch bei diesem Sachverhalt springt Vobruba meines Erachtens entschieden zu kurz. Das wird klar, wenn wir erneut auf ein Argument Poppers verweisen. In diesem konspirationistischen Argumentationszusammenhang kommentierte Popper auch eine Theorie,

»die weit verbreitet ist, die aber das genaue Gegenteil dessen annimmt, was ich für das richtige Ziel der Sozialwissenschaften halte; ich nenne sie die *Verschwörungstheorie der Gesellschaft*.« Hier werde behauptet, »daß die Erklärung eines sozialen Phänomens in dem Aufweis der Menschen und Gruppen besteht, die am Eintreten dieses Phänomens ein Interesse haben (dieses Interesse ist manchmal verborgen und muß erst enthüllt werden) und die zum Zwecke seiner Herbeiführung Pläne gemacht und konspiriert haben.« (Popper 1980: 119, Herv.i.O.).

Es soll demnach um absichtsvolle Handlungen von Personen gehen – Popper nennt in diesem Zusammenhang beispielsweise die »Monopolisten«, die »Kapitalisten«, die »Imperialisten« – die dazu eine geheime und verschwörerische Zielsetzung entwickelt hätten.

Auch hier muss man in der sogenannten Gesellschaftsdiagnostik nicht lange nach Referenzmodellen für Poppers These suchen. Ein typisches Beispiel ist in diesem Kontext das Thema Neoliberalismus und seine Manifestation in Form einer gouvernementalen »Regierungstechnik«, die Foucault bekanntlich analysiert hatte. Was die Foucaultgemeinschaft am Begriff der »Gouvernementalität« elektrisierte, war des französischen Philosophen Prognose eines Funktionswandels politischer Strukturen durch den Neoliberalismus der 1970er Jahre. Foucault nahm sehr früh, vor den Wahlerfolgen von Thatcher und Reagan, zur Kenntnis, dass sich der Wohlfahrtsstaat mit seinem zentralen Instrument der Sozialversicherung im aufkommenden neoliberalen Projekt transformieren müsse. Die Entstehung des Ordoliberalismus manifestiere eine Strukturveränderung der Gouvernementalität, die schließlich in einen umfassenden sozialen Strukturwandel der Gesellschaft einmündete. Das ökonomische Weltbild ergreife die Herrschaft im Modus einer Politik der »Ökonomisierung des ganzen gesellschaftlichen Bereichs« (Foucault 2004: 335). Relativ schnell wurden Brücken von Foucaults Studien zu Luc Boltanskis und Ève Chiapellos (2006) Buch über den »neuen Geist des Kapitalismus« geschlagen, in dem die projektbasierte (Netzwerk-)Polis eine Schlüsselstellung einnimmt. Mit dieser Metapher und Boltanskis und Chiapellos Vorstellung einer Inkorporierung der sogenannten »Künstlerkritik« in die Systematik der neuen Netzwerkökonomie konnten Parallelen zu Foucaults programmatischer These vom »unternehmerischen Selbst« (Bröckling 2000; 2007) über Andreas Reckwitz' (2018: 376 ff.) Ideen zum Verhältnis von Neoliberalismus und Singularisierung beziehungsweise zur »creative economy« als singularistische Arbeitskultur des Sozialen bis hin zu Überlegungen zum »Arbeitskraftunternehmer« (Voß, Pongratz 1998) gezogen werden. Gleichzeitig hatte man eine Theoriefolie und Semantik an der Hand, wie der vor unseren Augen sich vollziehende organisationsstrukturelle wie auch kulturelle Umbruch des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts auf den Begriff gebracht werden könnte. Hatte man doch nun eine Art zeitgemäße Kritische Theorie in Händen, die das »finanzkapitalistische Regime der Gegenwart« enttarnt (Fraser 2023: 105).

Wie im ersten Fall des von Popper analysierten Typs soziologischer Verschwörungstheorien (»Poppers Fluch«) zeigt sich auch an diesem soziologischen Narrativ die Tendenz zu einer »Soziologie des Verdachts« und der Paranoia (Boltanski 2013: 400). Mit dem Schlagwort des »unternehmerischen Selbst« hatte man vermeintlich eine neue Form der Regierung identifiziert, über deren Hebel der Neoliberalismus seine Programmatik tief in die Subjekte selbst hinein implantieren konnte. Man musste nur *hinter* die kapitalistische Fassade blicken, um zu erkennen, was *wirklich* in puncto Subjektivität geschieht. Soziologie wird auch hier als Entlarvung gedacht, die hinter die Dinge blickt und über verborgene Absichten aufklärt (Brichzin, Schindler 2018).³ Der Clou bestünde darin, die noch für den Taylorismus geltende »Störgröße« des Subjektiven produktiv in die Zwecksysteme des Kapitalismus umzulenken. Am Ende dieses Weges stünde die biopolitische Transformation des Menschen in den homo oeconomicus. Die getreuen »Unternehmer ihrer Selbst« wären danach nichts anderes als die »nützlichen Idioten« (Lenin) des Kapitalismus.

Indes, auch diesem Paradigma des Komplotts wurde bald widersprochen: Erste kritische Stimmen warnten bereits sehr bald davor, man würde bei der Vorstellung eines »neuen gesellschaftlichen Leittypus« wie etwa dem »Arbeitskraftunternehmer« einer »Spektakelsoziologie« (Urban 2001) oder »Mythen« (Deutschmann 2001) aufsitzen. Bröckling wurde vorgeworfen, er gerate in die Fallstricke eines »linguistischen Idealismus, indem er auf einer bloß diskursiven Ebene verbleibt« (Bührmann 2005: 5). Denn Bröckling (2007: 10) lehnte es ab, die These vom unternehmerischen Selbst empirisch anhand der tatsächlichen Verhaltensweisen in entsprechenden Kontexten zu überprüfen. Er lieferte nur eine Analyse der wichtigsten öffentlich zugänglichen Konzepte der Beraterliteratur.⁴ In ähnlicher Weise wurde an Reckwitz' zeitdiagnostischen Kategorisierungen zum Beispiel von Schlaudt (2024: 69),

³ Auch dieser Aspekt ist geradezu paradigmatisch in Verschwörungstheorien: »Der meist kleinen Gruppe von Verschwörern [...] steht die große Gruppe der Opfer gegenüber, die bis auf wenige Erleuchtete gar nicht begreift, was passiert.« (Butter 2018: 60) Ein Paradebeispiel bietet Nancy Fraser: So seien die »Trumps, Bolsonaros, Modis, Erdogans« in Wirklichkeit »Alleinunterhalter[]], die vor dem Vorhang mit großen Sprüchen herumstolzieren, während sich die wahre Macht dahinter verbirgt. Die wahre Macht ist natürlich das Kapital: die Megakonzerne, Großinvestoren, Banken und Finanzinstitute« (2003: 218).

⁴ In neueren Arbeiten geht Bröckling (2017: 10) ebenso davon aus, dass sich der Fokus seiner Einzelanalysen gerade nicht darauf richtet, »welchen Regeln und Regelmäßigkeiten die Menschen in ihrem Verhalten tatsächlich folgen«, was die Frage nach dem Problem des »linguistischen Idealismus« und der Fiktionalisierung in seinen Analysen erneut aufkommen lässt.

sowie von Kumkar und Schimank bemängelt, dass sie (s)eine »Projektion« seien. »Gegenstand der Diagnose ist – anders als in der Rezeption oft unterstellt – nicht die gesellschaftliche Wirklichkeit, sondern die gesellschaftlichen Selbstbeobachtung« (2022: 23).⁵ Insbesondere dem für die Diagnose des Arbeitskraftunternehmers wohl wichtigsten Eckpfeiler, nämlich der These einer zunehmenden Transformation des verberuflichten Arbeitnehmers in unternehmerorientierte »Arbeitskraft-Betriebe« (Voß, Pongratz 1998: 144) wurde weitestgehend widersprochen. Allemaal dominiert bei dem Großteil der Beschäftigten – auch (und gerade!) unter den skizzierten Unsicherheitsbedingungen – nach wie vor eine Absicherungsmentalität und starke Orientierung an Normalerwerbsverhältnissen.⁶ Der Arbeitskraftunternehmer oder der Intrapreneur, mit denen als Leitbilder experimentiert wurde, haben sich weder im Großbetrieb (Kotthoff, Wagner 2008: 296; Faust 2002) noch in der IT-Branche durchgesetzt. Deutschmann (2001: 61) hat gar die desillusionierende Vermutung geäußert, der »Arbeitskraft-Unternehmer« sei ein ideologisches Konstrukt. »Vor allem wenn sie kritisch ausgerichtet ist«, so Boltanski, »läuft der Soziologe bei der Konstruktion des Gegenstandes seiner Analysen immer Gefahr, dass man ihn bezichtigt, ein Artefakt erzeugt zu haben, weil er einer nicht existierenden Gruppe Substanz verliehen« habe (2013: 415).

5 Wie weit Reckwitz selbst »zum Komplizen eines ideologischen Diskurses wird« (Schlaudt 2024: 69), zeigt sich erneut in seinen neueren Texten zum Thema »Verlust« (Reckwitz 2022; 2024). Reckwitz übernimmt fraglos das seit langem in die Jahre gekommene modernisierungstheoretische Ammenmärchen vom »Fortschrittsimperativ«, der uns angeblich bis heute in seinen Bann schlägt. Dieser Griff in die modernisierungstheoretische Ideengeschichte dient ihm freilich dazu, argumentativ den gegenwärtigen (!) signifikanten Strukturwandel in Richtung neuer »Verlustschübe« zu plausibilisieren. Aber wieso sollte beispielsweise erst die gegenwärtige »Spätmoderne« von Verlustpotenzierung gekennzeichnet sein, wenn das Bild der Moderne als linearer Fortschrittsimperativ *schon immer* eine ideologische (naive) Zuspitzung des »selbstreferentiell gesteuerten Diskurs(es) über Moderne« (Plaggenborg 2006: 13) gewesen ist? Reckwitz geht es in Wirklichkeit auch in diesem Text nur wieder um eine Zeitdiagnose aus der Perspektive der »gesellschaftlichen Mittelklasse« (Schlaudt 2024: 70), vor allem »ihrer Sprachrohre im Feuilleton« (Kumkar, Schimank 2022: 30).

6 Kotthoff und Wagner konstatieren in einer Wiederholungsstudie über Führungskräfte: »Das Bild der Hochqualifizierten von sich als Arbeitsperson (Arbeitsidentität) ist nach wie vor der »beitragsorientierte Leistungsträger.« (2008: 296)

5 Kein Ende der Spektakelsoziologie

Kommen wir zu einem Fazit: Der Boom der neueren Beschäftigung mit Verschwörungstheorien hat zahlreiche Texte und Manifeste hervorgebracht. Georg Vobruba ist es zu danken, dass er den spezifischen Zusammenhang zwischen Soziologie und Verschwörungstheorien erneut ins Zentrum seiner Reflexionen gestellt hat. Nach Vobruba liegt einer Gleichsetzung von Soziologie und Verschwörungstheorie eine falsche Analogie zu Grunde. Während sich das Verschwörungdenken nämlich im Rahmen der absolutistischen Logik des vormodernen Weltbildes bewegt, bestand das Spezifische des Zugangs der Soziologie zur Gesellschaft von ihren Anfängen an darin, »dass sie ihren Gegenstand der traditional-absolutistischen Logik zu entwenden trachtete, sich also bemühte, ihn nachmetaphysisch zu fassen« (Vobruba 2024: 301). Soziologie nimmt »die beobachtete Wirklichkeit, um ihre Behauptungen zu überprüfen« (ebd.:302). Zieht man die Untersuchungen von Boltanski und Popper zu diesem Thema heran und bezieht sie auf eine Auswahl grundlegender soziologischer Theoriekonstruktionen, die in den letzten Jahren in der Soziologie diskutiert wurden, kommt man freilich zu anderen Schlüssen. Wenn es, gemäß dieser beiden Autoren, doch so etwas wie eine Spezifik soziologischer Verschwörungstheorien gibt, dann zeichnet diese sich durch eine doppelte Stoßrichtung aus:

Erstens: Ganz im Gegensatz zu Vobrubas Darstellung könnte man mit Popper und Boltanski argumentieren, dass etliche soziologische Ansätze einem naiven kollektivistischen Glauben »an Ganzheiten, die wie Subjekte des sozialen Handelns behandelt würden« (Boltanski 2013: 421), aufsäßen, die noch dazu das Vertrauen an eine »notwendige historische Entwicklung« wecken würden (ebd.: 420). Popper lehnte jedes soziologische Konzept der »evolutionistischen Modephilosophie« ab (Popper 1987: 83), das sich an »historischen Prophezeiungen« abzuarbeiten versuchte (Popper 1980: 104). Und in der Tat: Während in den globalhistorischen Disziplinen die »Kritik an universalistischen Entwicklungsmustern« (Conrad 2013: 81) seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung steht, kulminieren in zahlreichen soziologischen Theorien die wichtigsten Erzähllinien in einem *mächtigen Handlungszentrum*, nämlich »im großen Epos der europäischen Moderne« (Koschorke 2015: 24). Dem Evolutionismus oder der Geschichtsmetaphysik, insbesondere wenn sie in Form einer gerichteten Fortschrittstheorie der Moderne auftraten, wurde hingegen auch in der Soziologie zunehmend widerspro-

chen: Bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren wurde bezweifelt, dass Modernisierung und die moderne Gesellschaft stets als Endpunkt gesellschaftlicher Entwicklung betrachtet werden müssten (siehe nur Bhambra 2011: 655; Knöbl 2001; 2012; Menzel 1992). Obwohl bis heute in den meisten (deutschen) Gegenwartsdiagnostiken ganz einfach weiterhin von *der* Moderne gesprochen wird (zum Beispiel Reckwitz 2018; Nassehi 2023), gibt es schlichtweg keinen Konsens über eine präzise Bedeutung des Begriffs der Modernisierung oder der »globalen Moderne« (Knöbl 2012: 14; Plaggenborg 2006: 10).⁷ Der derzeit wieder in Mode gekommene Versuch, alle Abweichungen des westlichen Modernisierungsprozesses als »multiple modernities« (Nassehi 2023: 62) oder »Varianten der Moderne« (Holzer 2006: 262) zu bezeichnen, erhärtet den Verdacht, dass in diesem Kontext »das Attribut »modern« lediglich das Fehlen präziser Aussagen verdecken soll« (Knöbl 2012: 68; Bhambra 2011: 655). Denn es wird nicht ersichtlich, was an diesen verschiedenen »Modernen« der spezifisch substantielle, moderne Kern sein soll. Jürgen Osterhammel verwarf – durchaus aus ähnlichen Gründen – den Begriff der Moderne vollständig. Es gäbe »kein Konzept von Moderne, das alle diese Aspekte (und andere) in neutraler Ausgewogenheit umfassen würde, und eine bloße Liste von Merkmalen bliebe unbefriedigend.« (Osterhammel 2009: 1282)

Bezieht man diese Betrachtungen über die geschichtsphilosophischen Grundlagen der Modernisierungstheorie zurück auf Poppers Kritik der Theorie der historischen Entwicklung, so erhält man folgendes Ergebnis: Was das Verhältnis von Modernität und Verschwörungstheorie betrifft, lässt sich bei Popper eine ironische Umkehrung der Prämissen Vobruba herausdestillieren. Im Gegensatz zu diesem, der soziologische Erklärungen in einen nachmetaphysischen Kontext stellt, weil sie die »Reste traditional-absolutistischen Denkens« (Vobruba 2024: 284) einfach abschütteln, kommt Popper in seiner Beschäftigung mit einigen Grundprämissen der Soziologie (vor allem in der Frage der Kausalität) letztlich zu dem Schluss, dass es sich bei diesen um das »Überbleibsel eines altertümlichen Aberglaubens« (Popper

⁷ Dass es in bestimmten soziologischen Teildisziplinen zu einer Preisgabe des soziologischen Kollektivismus nicht kommt beziehungsweise eine explizite Verengung auf westliche Erfahrungen der Moderne nicht verhindert wird, zeigt übrigens, dass hier gerade verschwörungstheoretisches Denken am Werk ist. Denn dieses zeichnet sich darin aus, dass Gegenbeweise ausgeblendet werden (Butter 2018: 54): »Eingefleischte Verschwörungstheoretiker glauben alles, was ihre Theorien bestätigt, und blenden Gegenevidenzen aus.« (Jaster, Lanius 2019: 59). Thomas Kuhn hat dieses Verhalten sogar explizit als den Normalfall der paradigmatischen Wissenschaft bezeichnet.

2009: 515) handle. Gerade in der Frage der Kausalität rekurren bestimmte soziologischen Theorien letztendlich, wie jede soziale Metaphysik, auf eine transzendente Ebene, der sie quasi mysteriöse Eigenschaften zuschreiben. Popper glaubte, dass diese Denkweisen »keineswegs ein hohes Niveau oder ein Spätstadium in der Entwicklung des Denkens darstellt, sondern für ein vorwissenschaftliches Stadium charakteristisch ist« (Popper 1987: 60).

Zweitens: Außerdem könnte man mit Boltanski und Popper argumentieren, dass man ähnlich wie Paranoikern etlichen sozialwissenschaftlichen Ansätzen beziehungsweise Studien vorhalten kann, soziale Phänomene auf mächtige Akteure wie Gruppe, Institutionen oder Systeme zurückzuführen (Konspirationismus). Mit dem Detektiv teilt die Soziologie zu Beginn des 19. Jahrhunderts das Interesse an der Aufdeckung von Kausalitäten, die in der Gesellschaft begründet liegen. Boltanski (2013: 311 f.) legt nahe, dass die Verschwörungssillusionen des Paranoikers und die Erklärungsweisen von Soziologinnen von dem »starken Gefühl« ausgehen, dass »hinter dem äußeren Anschein, dessen unmittelbarer Sinn sich verflüchtigt hat, etwas versteckt liegt«. Dadurch, dass die Soziologie teilweise »imaginäre Entitäten« fabriziert, steht sie im Verdacht »ein Äquivalent zu den Verschwörungstheorien« (Boltanski 2013: 415) erzeugt zu haben. Das Problem liegt darin, dass die subversiven Analysen der Soziologin häufig ambitionierte Rhetorik bleiben, da sie selten ihre Diskurstheorie mit der hinter den Texten stehenden Diskursempirie konfrontiert und man über konkrete Realitäten auf der soliden Basis empirischer sozialwissenschaftlicher Befunde wenig erfährt. Popper war der Meinung, dass sich auch bei diesem Typus soziologischer Erklärungsweisen die »Säkularisierung eines religiösen Aberglaubens« manifestiere (1980: 120).

Dass sich hierbei die Soziologie, ähnlich wie die Verschwörungstheorie, der populistischen Darstellung bedient, dürfte auf der Hand liegen. Die explosionsartige Vermehrung von zeitdiagnostischen Beschreibungsformen der (Gegenwarts-)Gesellschaft – seien es »Echtzeit-« »beschleunigte«, »digitale-«, »Multioptions-«, »Welt-«, »Diagnose-«, »funktional-differenzierte«, »Externalisierungs-«, »Prekarisierungs-«, »Organisations-« oder »Abstiegsgesellschaft« – gibt darüber ein beredtes Zeugnis ab. Weder haben diese zeitdiagnostischen Texte durch ihren inflationären Gebrauch einen positiven Effekt, weil sie mehr für »Verwirrung als für Orientierung« (Osrecki 2013: 330) sorgen, noch sind sie allesamt gute Wissenschaft. *Sie sind häufig überhaupt keine Wissenschaft*, sondern Texte von »Medienintellektuellen« (ebd.: 17). Die Gesellschaftsdiagnostik riskiert, dass sie »die« Gesellschaft – was auch immer sich hinter dem Begriff verbergen mag – maßlos simplifizieren muss,

was die Haltbarkeitsdauer ihrer Gegenwartsdiagnose empfindlich begrenzt. Mit ihren »vereinseitigenden Zustandsbeschreibungen« bewegen sich die meisten dieser Zeitdiagnosen durchwegs »im Rahmen des Spekulativen« (Volkmann 2015: 145), von den empirischen Defiziten gar nicht zu sprechen. Alarmismus ist hierbei ein gängiges rhetorisches Mittel, um neue Entwicklungen und Risiken zu markieren. »Reißerische und emotional aufgeladene Meldungen bringen mehr Aufmerksamkeit.« (Jaster, Lanius 2019: 30) Mitunter setzen sie Begriffe und Themen überhaupt »erst in die Welt und versuchen nicht zuletzt Handlungsdruck aufzubauen« (Damitz 2013: 258). Man »plausibilisiert die Fiktion, bis sie als reine Faktizität erscheint. So kann sich der Effekt einstellen, dass das, was als am tatsächlichsten ausgegeben wird, in Wahrheit erfunden ist und das, was am erfundensten wirkt, pure Realität« (Strässle 2019: 51).

Im vielfach zitierten »postfaktischen Zeitalter« setzt sich auf diese Weise auch die Soziologie dem Risiko aus, nur noch *fiktionale Erzählungen* anzubieten, die sich der »Leistungsverantwortung« (Brandom 2000: 260) wissenschaftlicher propositionaler Behauptungen entziehen, weil sie sich gar nicht auf reale Gegenstände beziehen (Gabriel 2020: 55). Wir haben es hier mit einem Phänomen zu tun, das sich mit Thomas Strässle (2022: 38) als »manipulativer Überhang an Fiktionalität über die Faktizität beschreiben lässt«. Es ist dann nur folgerichtig, dass manche Soziologen konsequent dafür plädieren, dass sich Gesellschaftstheorien niemals »in einem strikten Sinne empirisch beweisen oder widerlegen ließen« (Reckwitz, Rosa 2021: 41). Wer sich wissenschaftlichen Wahrheitsansprüchen versperrt, verkennt aber, dass er mit der Verbreitung fiktionaler Formate umso mehr die Tür zu Verschwörungstheorien öffnet. Denn ein Kennzeichen von Verschwörungsideologien besteht gerade darin, dass sich in ihnen »das Objekt der Neugier (zweckmäßigerweise) von vornherein aktiv seiner Erforschung« entzieht (Hepfer 2015: 82). Es geht dann überhaupt nicht mehr um verifizierbare Theorien, sondern um reine Glaubensfragen. Schon das verweist darauf, dass diese Ansätze, grundsätzlich ins Fiktionale abdriften.⁸ Zu den bemerkenswerten Nebenwirkungen dieser Art von Analysen gehört somit die Proliferation von Ideologien und Fiktionen, deren Dekonstruktion eigentlich auf dem Programm der soziologischen Analyse stand.

⁸ Nach Hans Blumenberg sind »Formen der Verschleierung« ohnehin die »Grundlage aller Kultur« (2019: 15).

Literatur

- Albert, Mathias 2002: Zur Politik der Weltgesellschaft. Weilerswist: Velbrück.
- Berger, Johannes 2006: Die Einheit der Moderne. In Thomas Schwinn (Hg.), Die Vielfalt und Einheit der Moderne. Kultur- und strukturvergleichende Analysen. Wiesbaden: VS, 201–225.
- Bhambra, Gurminder K. 2011: Historical Sociology, Modernity and Postcolonial Critique. *The American Historical Review*, vol. 116, no. 3, 653–662.
- Blumenberg, Hans 2019: Die nackte Wahrheit. Berlin: Suhrkamp.
- Boltanski, Luc 2013: Rätsel und Komplotte: Kriminalliteratur, Paranoia, moderne Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève 2006: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Brandom, Robert 2000: Expressive Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brichzin, Jenni / Schindler, Sebastian 2018: Warum es ein Problem ist, immer »hinter« die Dinge blicken zu wollen. Wege politischer Erkenntnis jenseits des verschwörungstheoretischen Verdachts. *Leviathan*, 46. Jg., Heft 4, 575–602.
- Bröckling, Ulrich 2000: Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement. In Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann, Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 131–167.
- Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich 2017: Gute Hirten führen sanft. Berlin: Suhrkamp.
- Bubner, Rüdiger 1984: Geschichtsprozesse und Handlungsnormen. Untersuchungen zur praktischen Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bühmann, Andrea 2005: Das Auftauchen des unternehmerischen Selbst und seine gegenwärtige Hegemonialität. Einige grundlegende Anmerkungen zur Analyse des (Trans-)Formierungsgeschehens moderner Subjektivierungsweisen. *Forum: Qualitative Sozialforschung*, 6. Jg., Heft 1. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:114-fqs0501165>.
- Busse, Dietrich 1987: Historische Semantik. Analyse eines Programms. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Butter, Michael 2018: »Nichts ist, wie es scheint«. Über Verschwörungstheorien. Berlin: Suhrkamp.
- Conrad, Sebastian 2013: Globalgeschichte. Eine Einführung. München: Campus.
- Damitz, Ralf 2013: Soziologie, öffentliche. *Soziologische Revue*, 36. Jg., Heft 3, 252–261.
- Deutschmann, Christoph 2001: Die Gesellschaftskritik der Industriesoziologie: ein Anachronismus? *Leviathan*, 29. Jg., Heft 1, 58–69.
- Faust, Michael 2002: Der »Arbeitskraftunternehmer«: Eine Leitidee auf dem ungewissen Weg der Verwirklichung. In Eva Kuda / Jürgen Strauß (Hg.), *Arbeitnehmer als Unternehmer?* Hamburg: VSA, 56–80.

- Foucault, Michel 2004: *Geschichte der Gouvernementalität*, Band 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy 2023: *Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt*. Berlin: Suhrkamp.
- Gabriel, Markus 2020: *Fiktionen*. Berlin: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 2004: *Der gesplante Westen*. Berlin: Suhrkamp.
- Hepfer, Karl 2015: *Verschörungstheorien: Eine philosophische Kritik der Unvernunft*. Bielefeld: transcript.
- Hillebrandt, Frank 2010: Modernität – zur Kritik eines Schlüsselbegriffs soziologischer Zeitdiagnose. *Berliner Journal für Soziologie*, 20. Jg., Heft 2, 153–178.
- Hirschauer, Stefan 2014: Un/doing Differences. Die Kontingenz sozialer Zugehörigkeiten. *Zeitschrift für Soziologie*, 43. Jg., Heft 3, 170–191.
- Holzer, Boris 2006: Spielräume der Weltgesellschaft: Formale Strukturen und Zonen der Informalität. In Thomas Schwinn (Hg.), *Die Vielfalt und Einheit der Moderne. Kultur- und strukturvergleichende Analysen*. Wiesbaden: VS, 261–281.
- Jaster, Romy / Lanus, David 2019: *Die Wahrheit schafft sich ab*. Stuttgart: Reclam.
- Joas, Hans 2017: *Die Macht des Heiligen*. Berlin: Suhrkamp.
- Kieserling, André 2004: *Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Knöbl, Wolfgang 2001: *Spielräume der Modernisierung: Das Ende der Eindeutigkeit*. Weilerswist: Velbrück.
- Knöbl, Wolfgang 2007: *Die Kontingenz der Moderne: Wege in Europa, Asien und Amerika*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Knöbl, Wolfgang 2012: Beobachtungen zum Begriff der Moderne. *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur*, 37. Jg., Heft 1, 63–78.
- Knöbl, Wolfgang 2020: After modernization. Der Globalisierungsbegriff als Platzhalter und Rettungsanker der Sozialwissenschaften. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 68. Jg., Heft 2, 297–317.
- Koschorke, Albrecht 2015: *Hegel und wir. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2013*. Berlin: Suhrkamp.
- Kotthoff, Hermann / Wagner, Alexandra 2008: *Die Leistungsträger: Führungskräfte im Wandel der Firmenkultur – eine Follow-up-Studie*. Berlin: Edition Sigma.
- Kumkar, Nils C. / Schimank, Uwe 2022: Die Mittelschichtsgesellschaft als Projektion. Wie soziologische Zeitdiagnose gesellschaftliche Selbstbilder nachzeichnet und verfehlt. *Merkur*, 76. Jg., Heft 872, 22–35.
- Luhmann, Niklas 1998: *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Band 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mayntz, Renate 2015: Uwe Schimanks theoretisches Modell der modernen Gesellschaft: Realtypus oder Idealtypus? *Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, 4. Jg., Heft 2, 269–274.
- McCarthy, Thomas 2015: *Rassismus, Imperialismus und die Idee menschlicher Entwicklung*. Berlin: Suhrkamp.

- Menzel, Ulrich 1992: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meyer, John W. 2005: Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Müller, Hans-Peter / Schmid, Michael 1995: Paradigm Lost? Von der Theorie sozialen Wandels zur Theorie dynamischer Systeme. In Hans-Peter Müller / Michael Schmid (Hg.), Sozialer Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9–56.
- Nassehi, Armin 2004: Die Theorie funktionaler Differenzierung im Horizont ihrer Kritik. Zeitschrift für Soziologie, 33. Jg., Heft 2, 98–118.
- Nassehi, Armin 2023: Gesellschaftliche Grundbegriffe. Ein Glossar der öffentlichen Rede. München: C.H. Beck.
- Osrlecki, Fran 2013: Die Diagnosegesellschaft. Zeitdiagnostik zwischen Soziologie und medialer Popularität. Bielefeld: transcript.
- Osterhammel, Jürgen 2000: Sklaverei und die Zivilisation des Westens. München: Carl Friedrich von Siemens Stiftung.
- Osterhammel, Jürgen 2009: Die Verwandlung der Welt. München: C. H. Beck.
- Osterhammel, Jürgen 2023: Zeitalter der Revolutionen. Europas unendliche Arroganz. Die Zeit, Nr. 41 vom 28. September 2023.
- Plaggenborg, Stefan 2006: Experiment Moderne. Der sowjetische Weg. Frankfurt am Main: Campus.
- Pollack, Detlef 2016: Modernisierungstheorie – revised: Entwurf einer Theorie moderner Gesellschaften. Zeitschrift für Soziologie, 45. Jg., Heft 4, 219–240.
- Popper, Karl R. 1980: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band II: Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen. 6. Auflage, Tübingen: Francke UTB.
- Popper, Karl R. 1987: Das Elend des Historizismus, 6. Auflage, Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Popper, Karl R. 2009 [1965]: Prognose und Prophetie in den Sozialwissenschaften. In Karl R. Popper, Gesammelte Werke in deutscher Sprache. Band 10: Vermutungen und Überlegungen. Das Wachstum der wissenschaftlichen Erkenntnis. Tübingen: Mohr Siebeck, 515–531.
- Reckwitz, Andreas 2018: Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas 2022: Verlust und Moderne – eine Kartierung. Merkur, 76. Jg., Heft 872, 5–21.
- Reckwitz, Andreas 2024: Verlust. Ein Grundproblem der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas / Rosa, Hartmut 2021: Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie? Berlin: Suhrkamp.
- Schlaudt, Oliver 2024: Zur Soziologie des Verlusts. Merkur, 78. Jg., Heft 906, 61–71.
- Schlichte, Klaus 2023: Indien gibt es nicht. Die Vernachlässigung Osteuropas steht für ein größeres Problem der deutschen Sozialwissenschaften. SOZIOLOGIE, 52. Jg., Heft 4, 415–424.
- Stichweh, Rudolf 2000: Die Weltgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Stockhorst, Stefanie 2011: *Novus ordo temporum*. Reinhart Kosellecks These von der Verzeitlichung des Geschichtsbewußtseins durch die Aufklärungshistoriographie in methodenkritischer Perspektive. In Hans Joas / Peter Vogt (Hg.), *Begriffene Geschichte*. Beiträge zum Werk Reinhart Kosellecks. Berlin Suhrkamp, 359–386.
- Strässle, Thomas 2019: *Fake und Fiktion*. Über die Erfindung von Wahrheit. München: Hanser.
- Strässle, Thomas 2022: *Faktionales Erzählen*. In Konrad Paul Liessman (Hg.), *Als ob! Die Kraft der Fiktion*. Wien: Zsolnay, 21–45.
- Urban, Hans-Jürgen 2001: *Der Arbeitskraftunternehmer*. Ein neues Produkt der Spektakel-Soziologie? In Hilde Wagner (Hg.), *Interventionen wider den Zeitgeist*. Für eine emanzipatorische Gewerkschaftspolitik im 21. Jahrhundert. Hamburg: VSA, 99–119.
- Vobruba, Georg 2024: *Soziologische Spuren im Verschwörungsdenken*, SOZIOLOGIE, 53. Jg., Heft 3, 283–304.
- Volkman, Ute 2015: *Soziologische Zeitdiagnostik Eine wissenssoziologische Ortsbestimmung*. SOZIOLOGIE, 44. Jg., Heft 2, 139–152.
- von Trotha, Trutz 2004: *Was war Kolonialismus? Einige zusammenfassende Befunde zur Soziologie und Geschichte des Kolonialismus und der Kolonialherrschaft*. Saeculum, 55. Jg., Heft 1, 49–95.
- Voß, Gerd-Günter / Pongratz, Hans Jürgen 1998: *Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 50. Jg., Heft 1, 131–158.
- Werron, Tobias 2012: *Schlüsselprobleme der Globalisierungs- und Weltgesellschaftstheorie*. Soziologische Revue, 35. Jg., Heft 2, 99–118.

Protokoll der Auszählung der Wahlen 2025 zu Vorsitz, Vorstand und Hälfte des Konzils der DGS

Die elektronische Abstimmung wurde vom 21. Januar bis 18. Februar 2025 von Marcel Jablonka unter der Wahlleitung von Georg Vobruba (Universität Leipzig) und mit Unterstützung von Marcel Siepmann (DGS-Geschäftsstelle) durchgeführt.

Entsprechend der Anzahl der wahlberechtigten Mitglieder (Stand 18. Januar 2025) wurden 3.436 Wahlberechtigungen verschickt. 3.379 Mitglieder wurden per E-Mail angeschrieben, 61 postalisch. Wahlberechtigt für den Studentischen Beirat waren 148 studentische Mitglieder. Rückläufe wurden nach Adressermittlung erneut versendet.

Die folgenden Abstimmungsergebnisse wurden festgestellt:

1. Allgemein

Fristgerecht eingegangene Stimmabgaben:

Wahlbeteiligung insgesamt:	1.619	47,12 %
Wahl der/des Vorsitzenden	1.552	
ungültige Nennungen und Stimmabgaben	13	
Wahlbeteiligung	45,17 %	
Wahl des Vorstands	1.569	
ungültige Nennungen und Stimmabgaben	10	
Wahlbeteiligung	45,66 %	
Wahl der Hälfte des Konzils	1.528	
ungültige Nennungen und Stimmabgaben	48	
Wahlbeteiligung	44,47 %	
Wahl des Studentischen Beirats	60	
ungültige Nennungen und Stimmabgaben	0	
Wahlbeteiligung	40,54 %	

2. Wahl der/des Vorsitzenden

Von den 1.552 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

Monika Wohlrab-Sahr	1.069 (69,64 %)
Jörg Strübing	466 (30,60 %)
1 Person mit 3 Stimmen	
1 Person mit 2 Stimmen	
9 Personen mit je einer Stimme	
3 ungültige Nennungen im Freitext	

Gewählt ist Monika Wohlrab-Sahr. Sie nimmt die Wahl an.

3. Wahl des Vorstandes

Von den 1.569 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

Sonja Schnitzler	898
Heike Delitz	794
Diana Lengersdorf	730
Angelika Poferl	711
Anna Wanka	704
Uta Karstein	694
Vivien Sommer	681
Julia Hahmann	665
Dirk Baecker	605
Daniel Witte	570
Tobias Boll	558
Roland Verwiebe	505
Clemens Albrecht	239
2 Personen mit je 2 Stimmen	
18 Personen mit je 1 Stimme	
1 Person ohne DGS-Mitgliedschaft (ungültig)	
1 ungültige Nennung im Freitext	

Gewählt sind Sonja Schnitzler, Heike Delitz, Diana Lengersdorf, Angelika Poferl, Anna Wank, Uta Karstein, Vivien Sommer und Julia Hahmann. Mit Sonja Schnitzler und Vivien Sommer als Vertreterinnen der Statusgruppe Mittelbau gilt die nach §12 (2) der Satzung festgelegte Quotierung als erfüllt. Alle acht Personen nehmen die Wahl an.

4. Wahl der Hälfte des Konzils

Von den 1.528 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

Martina Löw	825	Takemitsu Morikawa	388
Nicole Burzan	809	Daniela Schiek	374
Sighard Neckel	722	Ute Volkmann	367
Stefan Hirschauer	632	Mirjam Fischer	361
Sina Farzin	620	Oliver Dimbath	353
Birgit Blättel-Mink	616	Oliver Berli	347
Christine Wimbauer	564	Johannes Becker	337
Katharina Hoppe	528	Bernd Sommer	330
Silke Steets	502	Knut Petzold	279
Katharina Inhetveen	435	Hawal Shamon	277
Maria Backhouse	431	Natalja Menold	266
Almut Peukert	430	Malte Uecker	217
Elisabeth Tuider	417	Claudius Härpfer	183
Sylka Scholz	409	2 Personen mit je 2 Stimmen	
Kerstin Jürgens	396	13 Personen mit je 1 Stimme	
Ronja Trischler	370	3 Personen ohne DGS-Mitgliedschaft (ungültig)	
		1 ungültige Nennung im Freitext	

Gewählt sind Martina Löw, Nicole Burzan, Sighard Neckel, Stefan Hirschauer, Sina Farzin, Birgit Blättel-Mink, Christine Wimbauer, Katharina Hoppe, Silke Steets, Anna Wanka, Katharina Inhetveen, Maria Backhouse, Almut Peukert, Elisabeth Tuider und Sylka Scholz. Da Anna Wanka in den Vorstand gewählt wurde und die Wahl annimmt, rückt Kerstin Jürgens auf diesen Platz nach. Da Sonja Schnitzler Mitglied der 2023 für die Amtszeit von vier Jahren gewählten Hälfte des Konzils ist, in den Vorstand gewählt wurde und ihre Wahl annimmt, rückt Takemitsu Morikawa für die verbleibende Amtszeit von zwei Jahren ins Konzil nach. Da mit den 16 Personen, auf die die höchsten Stimmanteile fallen, jedoch nicht die nach §11 (1) der Satzung festgelegte Quotierung des Konzils erfüllt wird, wird die gewählte Person der Statusgruppe Hochschullehrende mit dem geringsten Stimmanteil (Takemitsu Morikawa) durch die Person der Statusgruppe Mittelbau mit dem höchsten Stimmanteil aus der Gruppe der nicht-gewählten Personen (Ronja Trischler) ersetzt. Alle 16 Personen nehmen die Wahl an.

5. Wahl des Studentischen Beirats

Von den 60 Stimmabgaben entfielen folgende gültige Stimmen auf

Alina Anna Meyer	37
Leonie Theiding	36
Gloria Sherif	35
Thore Kugolowski	24
Felix Brinkmann	19
Alexander Postinett	18
Paul Schweppe	18
Ann-Kathrin Schierok	17
Sulin Ali	14
Vincent Kretschmer	12

Gewählt sind Alina Anna Meyer, Leonie Theiding, Gloria Sherif, Thore Kugolowski, Felix Brinkmann und Alexander Postinett. Aufgrund von Stimmgleichheit auf dem sechsten Platz fiel der Losentscheid auf Alexander Postinett. Alina Anna Meyer, Leonie Theiding, Gloria Sherif, Thore Kugolowski und Alexander Postinett haben die Wahl angenommen.¹

Essen, den 26. Februar 2025

gez. Georg Vobruba
(Wahlleiter)

gez. Marcel Siepmann
(DGS-Geschäftsstelle)

¹ Von Felix Brinkmann lag bis zur Abgabe der Druckversion des Heftes noch keine Bestätigung vor.

Ausschuss Soziologie in Schule und Lehre

Am 11. Juli 2024 publizierte die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz eine Stellungnahme unter dem Titel »Demokratiebildung als Auftrag der Schule«,¹ in der verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen wurden, die Schulen in die Lage versetzen sollen, ihrem Demokratiebildungsauftrag besser nachzukommen. Mehrere einschlägige wissenschaftliche Fachgesellschaften, unter anderem auch die DGS, befinden diese Stellungnahme als einseitig und vom aktuellen Stand der Forschung nicht gedeckt. Insbesondere argumentiert die SWK-Stellungnahme in Teilen abwertend gegenüber soziologischem Fachwissen und dessen Relevanz für schulische Demokratiebildung. Die Fachgesellschaften haben in einer kurzen Rückmeldung an die KMK bereits am 23. September 2024 Kritik an dem Papier angekündigt und diese am 19. Dezember 2024 in der nachfolgend hier wiedergegebenen Stellungnahme detaillierter argumentiert und veröffentlicht.

Jörg Strübing

Problematische Stellungnahme der SWK zu Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Fachverbände fordern eine Überarbeitung!

Die Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) mit dem Titel »Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung« setzt sich selbst das Ziel, »über Empfehlungen zur Bereitstellung kurzfristiger Unterstützungsmaßnahmen angesichts aktueller Konflikte und Krisen« hinauszugehen und Anstöße »für eine bessere Verankerung schulischer Demokratiebildung durch die Formulierung von Kompetenzzielen, die Weiterentwicklung von Curricula, die Weiterentwicklung von Unterricht, Schule sowie Lehrkräftebildung« zu formulieren. Dieses Ziel ist vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklung zu begrüßen, allerdings wird die Stellungnahme ihm in der aktuellen Form nicht gerecht.

¹ <https://www.swk-bildung.org/veroeffentlichung/>

Irreführende Problembeschreibung und fehlgeleitete Forderungen

Die SWK-Stellungnahme zeichnet sich durch eine verkürzte und zum Teil irreführende Beschreibung der Problemlage und der aus ihr abgeleiteten Forderungen aus, die weder auf wissenschaftlicher Ebene ausreichend begründet noch im Hinblick auf die praktische Ebene für die Stärkung der Demokratiebildung in der Schule förderlich erscheinen.

Hervorzuheben ist dabei die Forderung nach einer bundesweiten Vereinheitlichung von Standards der Demokratiebildung. Für sie fehlt in der Stellungnahme sowohl aus fachwissenschaftlicher als auch aus fachdidaktischer Perspektive eine solide Grundlage. Die Annahme, dass eine Vereinheitlichung der zu erreichenden Kompetenzen durch die Festlegung neuer verbindlicher Ziele die Verankerung der Demokratiebildung in der Schule grundsätzlich verbessern würde, wird im Rahmen der Stellungnahme nur unzureichend belegt. Sie repräsentiert aus politikdidaktischer Sicht auch nicht den aktuellen Forschungsstand in der deutschen fachdidaktischen Gemeinschaft, auch angesichts der bereits langjährigen Teilnahme von Bundesländern wie Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen an internationalen Programmen der vergleichenden politischen Bildungsforschung und Kompetenzmessung. In der Stellungnahme werden darüber hinaus aufgrund des ausschließlichen Verweises auf ein bestimmtes, älteres Kompetenzmodell der Politikdidaktik heutige fachdidaktikwissenschaftliche Beiträge zu Demokratiekompetenzen, -fähigkeiten und -fertigkeiten wissenschaftlich nicht angemessen referiert. Angesichts einer seit Jahrzehnten plural strukturierten Disziplin, die sich durch international hoch anerkannte, unterschiedliche fachdidaktische Strömungen auszeichnet, besteht die Gefahr, dass einseitig und ohne hinreichende Begründung eine singuläre wissenschaftliche Perspektive curricular wirksam verankert wird. Auch bildungspolitisch zeigen bereits existierende KMK-Standards zur Lehrkräftebildung, die von allen Bundesländern umgesetzt und kontinuierlich weiterentwickelt werden, anschaulich, dass (föderale) Vielfalt und Pluralität in der Demokratiebildung und in ihrer Forschung nicht als ein Hindernis, sondern als eine Stärke gesehen werden sollten. Eine zentrale Festlegung neuer Kompetenzen erscheint in diesem Kontext weder erforderlich noch wünschenswert.

Angesichts des besonderen Ziels der Stellungnahme, schulische Antworten gegenüber Radikalisierungstendenzen in der deutschen Gesellschaft zu begründen, muss darüber hinaus auf die unangemessene Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen und vermeintlich extremistischen Einstel-

lungen von Schüler*innen hingewiesen werden. Das in den Sozialwissenschaften umstrittene Konzept »Extremismus« wird in der Stellungnahme ohne kritische Einordnung auf Kinder und Jugendliche übertragen. Die Gefahr, die von dieser Konstruktion sowie von der Gleichsetzung und Relativierung verschiedener Phänomene politischer Entfremdung und Radikalisierung ausgeht, wird nicht reflektiert. Die stark verkürzte Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Einstellungen von Kindern und Jugendlichen ist in dieser Form problematisch. Auch das Unterkapitel zur »Bedeutung der Schule für die Entwicklung demokratischer Einstellungen und politischer Partizipation« lässt zentrale Diskursfelder aus und bezieht relevante empirische Erkenntnisse nicht mit ein. So zeigen Studien der letzten Jahre, dass Schüler*innen mit Formaten der Alibi-/Scheinpartizipation, auch in der Schule, konfrontiert sind und den Eindruck gewinnen, an entscheidenden Stellen nicht an Demokratie mitwirken zu können. Die Forderung nach einer Stärkung der demokratischen Schulentwicklung ohne hinreichende Auseinandersetzung mit nicht-demokratischen Strukturen erscheint insofern nur bedingt tragfähig.

Selektive Wahrnehmung existierender Forschung zur Demokratiebildung

Weiterhin werden im Rahmen der SWK-Stellungnahme wesentliche, für die Demokratiebildung essenzielle Perspektiven und Zugänge außer Acht gelassen. Diese Vernachlässigung beeinträchtigt die Möglichkeit, das Feld sowohl konzeptionell als auch praktisch weiterzuentwickeln. Ebenso wenig finden relevante Bestandteile der Demokratiebildung wie die Demokratiepädagogik, die sozio-ökonomische Bildung, die rassismus- und antisemitismuskritische Bildung, soziologische Perspektiven, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) oder Digital Citizenship Education ausreichend Beachtung. Die Stellungnahme befördert in diesem Zusammenhang eine unzulässige Verengung des Diskurses und blendet wichtige Impulse für die bildungspolitische, didaktische und theoretische Weiterentwicklung aus. Auch auf fachmethodischer Ebene bleibt die Stellungnahme selektiv. Es wird nicht hinreichend begründet, warum bestimmte methodische Zugänge, empirische Befunde und theoretische Konzepte hervorgehoben werden, während andere, potenziell ebenso relevante Perspektiven und Erkenntnisse gar keine Erwähnung finden. Diese einseitige Betrachtung schwächt die Fundierung der Argumentation erheblich.

Eingeschränkte Perspektive auf die schulische Praxis

Die Stellungnahme weist auch bei der Beschreibung der bildungspolitischen, curricularen und praktischen Gegebenheiten und Formate in den Bundesländern deutliche Schwächen auf. Aussagen, dass gerade in den nicht-gymnasialen Schulformen Verbundfächer dominieren (in großen Flächenländern wie Bayern und NRW ist in der Oberstufe gerade der sozialwissenschaftliche Ansatz vorherrschend), die (ab-)wertende Kategorisierung weit verbreiteter sozialwissenschaftlicher Ankerfächer der politischen Bildung als »gesellschaftswissenschaftliche Verbundfächer« sowie die Priorisierung der Fächer Politik und Geschichte gegenüber anderen Fächerformaten zeugen von einer nur unzureichenden Auseinandersetzung mit der disziplinübergreifenden Debatte zur Etablierung der Demokratiebildung angesichts pluraler Traditionen und Formate in den Ländern. Darüber hinaus wird die reale Vielfalt der Demokratiebildung auf Landesebene angesichts bestehender landesspezifischer Initiativen zur Förderung der Demokratiebildung nicht angemessen berücksichtigt. Zentrale Prinzipien der politischen Bildung wie die Subjektorientierung, die auch in vielen curricularen Vorgaben der Bundesländer verankert ist, finden in der Stellungnahme nahezu keine Erwähnung. Diese pädagogische und fachdidaktische Vereinseitigung beeinträchtigt die wissenschaftliche Stringenz und die praktische Relevanz der Stellungnahme erheblich.

Förderung der Demokratiebildung auf unterschiedlichen Ebenen begrüßenswert

Abschließend ist – trotz der aufgezeigten Kritikpunkte – die grundsätzliche Intention der SWK, die Bedeutung der Demokratiebildung hervorzuheben, nachdrücklich zu begrüßen. Vor allem die Empfehlungen, »Demokratiebildung auch als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip« weiterzuentwickeln und ein durchgängiges Unterrichtsangebot für Fächer der politischen Bildung zu schaffen, stellen wichtige Bestandteile einer Förderung der Demokratiebildung an Schulen dar. Diese Förderung muss jedoch notwendigerweise um eine institutionelle Förderung auf allen Ebenen und für alle Schulformen sowie eine Etablierung von mindestens zwei Stunden politischer Bildung pro Woche ab der ersten Klasse im regulären Stundenplan ergänzt werden. Hier können erfolgreiche Initiativen der Bundesländer, Fächern der Demokratiebildung in unterschiedlichen Schulformen mehr Raum zuzuweisen und durch gezielte bildungspolitische Förderung die Stärkung der De-

mokratiebildung voranzutreiben – die in der SWK-Stellungnahme nicht beachtet werden –, als Modelle herangezogen werden. In diesem Zusammenhang gilt es, zu einer stärkeren Vernetzung und Unterstützung bestehender Ansätze und Akteure im Bereich der Demokratiebildung beizutragen, um langfristig wirksame Strukturen zu etablieren. Die inhaltliche, methodische und bildungspolitische Engführung der SWK unterstützt diesen Prozess in ihrer aktuellen Form nicht. Die einschlägigen Fachverbände fordern daher eine Überarbeitung der Stellungnahme.

19. Dezember 2024

Prof. Dr. Alexander Wohnig, Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Prof. Dr. Marc Partetzke, Sprecher der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE)

Prof. Dr. Markus Gloe, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)

J.Prof. Dr. Anja Bonfig, Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW)

Prof. Dr. Jörg Strübing, Ausschuss Soziologie in Schule und Lehre der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Aus dem DGS-Vorstand

Liebe Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, zunächst möchte ich mich bei Ihnen und Euch für die Teilnahme an den Wahlen zum Vorsitz der DGS und zu den Gremien Vorstand, Konzil sowie studentischer Beirat bedanken. Die Wahlbeteiligung war hoch, ähnlich wie bei den letzten Wahlen – das ist wichtig und gut so. Für die Organisation, technische Umsetzung und reibungslose Durchführung sei Marcel Jablonka, der Geschäftsstelle und dem Wahlleiter Georg Vobruba besonders gedankt.

Die von den Sektionen nominierte Kollegin Monika Wohlrab-Sahr ist neue Vorsitzende der DGS, ihre Amtszeit beginnt am 21. März 2025. Herzliche Gratulation und eine glückliche Hand! Auch allen neuen Mitgliedern des Vorstandes und des Konzils sowie des Beirats gratuliere ich zu ihrer Wiederwahl beziehungsweise ihrem neuen Amt. Ganz besonders ausdrücklich bedanke ich mich bei allen, die aus dem Vorstand ausscheiden für ihr tolle Arbeit und ihr Engagement für die DGS: Jörg Strübing als stellvertretender Vorsitzender und für seine unverzagte Arbeit im Ausschuss Soziologie in Schule und Lehre; Dirk Baecker, der über die letzten Jahre hinweg unsere SOZIOLOGIE professionell und kreativ geleitet hat; Tobias Boll, der sich unter anderem so engagiert für den übernächsten Kongress Austragungsort Mainz einsetzt und der die Sektionen seitens des Vorstands betreut und als Scharnier zwischen ihnen und dem Vorstand wunderbar und produktiv agiert hat; Daniel Witte, der für die DGS unermüdlich im internationalen Wissenschaftsnetzwerk Kontakte geknüpft und Initiativen angeschoben hat. Eine davon, nämlich ein strukturierter Austausch mit der Israelischen Gesellschaft für Soziologie nimmt aktuell konkrete Formen an. Sie werden bald dazu eingeladen werden. Die gesamten Wahlergebnisse finden sich in diesem Heft auf Seite 219.

Weiter geht es mit den Gratulationen (und dem Dank): Glückwünsch allen Preisträger:innen der DGS, denen die Preise bereits formal und still verliehen wurden; auf dem Kongress im September in Duisburg werden sie mit der gebotenen offenen fachlichen Würdigung übergeben. Und ein großer Dank an alle, die sich in den Preiskommissionen engagiert haben: Es ist gleichermaßen Arbeit und Privileg, so viele hervorragende Arbeiten aufmerksam zu lesen und mit Kolleg*innen zu diskutieren. Neben dem Preis für das hervorragende wissenschaftliche Lebenswerk an Elisabeth Beck-Gernsheim, dem Thomas A. Herz-Preis für qualitative Sozialforschung an Antje Daniel sowie der diesjährigen Doppelauszeichnung für herausragende Leistung auf dem Gebiet der Öffentlichkeitswahrnehmung an Steffen Mau

und das Nachrichtenportal SOZIOPOLIS findet Ihr/finden Sie alle Ausgezeichneten auf unserer Homepage soziologie.de/dgs/preise. Steffen Mau wird den plenaren Abschlussvortrag des diesjährigen Kongresses halten. Sie sehen, es gibt neben dem ohnehin reichen und vielfältigen Programm der Sektionen, Plena und ad hoc Gruppen (und Party) mehr als genug Grund, sich auf den analogen Kongress in Duisburg zu freuen!

Nach dem Wiedereinstieg in das CHE-Hochschulranking, über das wir in den letzten Ausgaben der SOZIOLOGIE ausführlich berichtet haben, wird das Portal »Studium.org« im Laufe des Jahres aufgelöst. Angesichts der weitgehenden Anpassung der Erhebung und der Auswertungskriterien an die Vorstellungen des Faches ist die Auflösung von »Studium.org« der konsequente Schritt, der den Volleinstieg in das CHE-Hochschulranking besiegelt.

Der Vorstand hat mit großer Eindeutigkeit entschieden, die Kurznachrichtenplattform X zu verlassen. Seit der Übernahme durch Elon Musk ist diese Plattform zunehmend und inzwischen überwiegend geprägt von Wissenschaftsleugnung, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen sowie menschenverachtende Hass und Hetze. Die DGS verurteilt dies zutiefst und wird sich daran nicht weiter beteiligen. Der Account wird weiterhin als Archiv erhalten. Aktuelle News können über Bluesky oder Mastodon sowie unseren Instagram Kanal abgerufen werden, in Bälde werden wir auch verstärkt über die Plattform LinkedIn kommunizieren.

Daran anschließend bleibt es auch weiterhin eine im Vorstand viel diskutierte Frage, ob, wie und wann wir als wissenschaftlicher Fachverband wozu öffentlich Stellung beziehen oder eben auch nicht. Beim Wissenschaftszeitvertragsgesetz handelte es sich noch um ein für uns genuin zu adressierendes forschungs- und hochschulpolitisches Thema, zu dem wir auch fachlich reiche Expertise haben. Bei Themen wie internationale Konflikte (Russlands Angriffskrieg, der Hamas-Terror vom 7. Oktober und der anschließende Krieg etc.) oder auch innenpolitische Entwicklungen (zum Beispiel Wissenschaftsfeindlichkeit einzelner Parteien) ist die Entscheidung zu öffentlichen Einlassungen schon schwieriger. Manche Entwicklungen sind gravierend, und doch sind Stellungnahmen ein sich abnutzendes und unter Umständen wohlfeiles Instrument, das der habituellen Ausstellung der Haltung womöglich mehr dient als einer guten Sache, zu der wir redlich etwas sagen können. Wir haben Konsultationen mit anderen Fachverbänden angestoßen, um dies zu diskutieren, wünschen uns eine lebhaftige Diskussion dazu auch in der DGS und sind gespannt, wie der neue Vorstand mit dieser Frage umgeht.

Ich möchte mich zum Abschluss persönlich bedanken für Ihr und Euer Vertrauen, Ihr/Euer Engagement und ausdrücklich auch für so manche (überwiegend) kollegiale Kritik, die ich als Vorsitzende in den beiden Legislativen erfahren habe. Ich habe dabei unendlich viel gelernt und hoffe, zum Wohle der DGS agiert zu haben. Marcel Siepmann und den anderen im Team der Geschäftsstelle der DGS, ohne die nichts ginge und vieles sicherlich schlechter (sowie unlustiger), bin ich ebenfalls dankbar.

Mit Zuversicht, dass die DGS auch in Zeiten zunehmender autoritärer Zumutungen – die manchen auch Versuchung sind – die plurale soziologische Forschung und Lehre in ihrem Eigensinn verteidigt, weiterhin erfolgreich Forschungs- und Wissenschaftspolitik mitgestaltet sowie zur gesellschaftlichen (Selbst-)Aufklärung beiträgt, sage ich: Es war mir eine Ehre und Freude.

Herzliche Grüße, auch im Namen der Vorstandskolleg:innen,
Paula-Irene Villa Braslavsky

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Im Jahr 2024 hat die DGS 100 neue Mitglieder dazu gewonnen, darunter 24 Studierende. 162 Mitglieder sind ausgetreten und 6 verstorben. Zum Jahresende 2024 hatte die DGS 3.566 Mitglieder.

Neue Mitglieder

Johannes Barth, Bielefeld
Annika Becker, Duisburg
Dr. phil. Tim Böder, Essen
Anna Fünfgeld, Hamburg
Christoph Gollasch, M.A., Berlin
Niels Grote, Stuttgart
Bronia Hänel, Münster
Mirjam Heetkamp, Köln
Dr. Conrad L Luis, Kassel
Amira Malik, Augsburg
Jun.-Prof. Yagmur Mengilli, Tübingen
Yannik Morbach, Nürnberg
Yann Rees, Bielefeld
Samuel Rieger, M.A., Göttingen
Isabelle Sarther, Hagen
Prof. Dr. Stefan Sauer, Kempten
Katherina Schauer, M.A., Dillenburg
Sandra Sieron, Berlin
Prof. Dr. Maik Stöckinger, Rostock
Janna Wichern, Osnabrück
Matthias Wirth, Kevelaer

Neue studentische Mitglieder

Timon Thorsten Ahlborn, Braunschweig
Felicitas Albrecht, Kranzberg
Sophie Bischof, Potsdam
Martin Gawen, Bremen
Antonia Keis, Tübingen
Thore Kugolowski, Hamburg
Julian Alexander Rebien, Tübingen
Linda Schaefer, Heidelberg
Ann-Kathrin Schierok, Dortmund
Jakob Schneider, Berlin
Malte Uecker, Berlin

Austritte

Ass.-Prof. Wolfgang Aschauer, Salzburg
Marco Bauschus, Duisburg
Kamil Bemnista, Erkner
Prof. Dr. Martin Diewald, Bielefeld
Dr. Alexander Dobeson, Kopenhagen
Thorsten Euler, Hamburg
Dr. Oskar Ilja Fischer, München
Prof. Dr. Wolfgang Gabbert, Hannover
Ursula Greil, München
Christopher Grieser, Berlin
Dr. Bontu Lucie Guschke, Berlin
Prof. Dr. Michael Hartmann, Darmstadt
Peter Kahlert, München
Prof. Dr. Sven Kesselring, Geislingen
Christian Koschatzky, Bonn
Daniel Krampe, Frankfurt am Main
Felix Lang, Potsdam
Dr. Inga Laß, Victoria (Australien)
Jonas Lohmüller, Bonn-Bad Godesberg
Dr. Franziska Meinherz, München
Salma Soukayna Mekkes, Berlin

Lea Müller, München
Clara Neff, München
Dr. Sebastian Nessel, Wien
Andreas Prosch, Karlskron
Lena Schulz, Göttingen
Sebastian Schuster, Brüggen
Prof. Dr. Maja Suderland, Darmstadt
Katja Thiele, Berlin
Dr. Victoria van der Land, Frankfurt am Main
Jonas Weik, Nürnberg
Dr. Simon Weingärtner, Hannover
Dipl. Soz. Luigi Wenzl, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Christof Wolf, Mannheim
Dr. Susanne Worbs, Nürnberg
Jakob Zwiers, Berlin

Verstorben

Matthias Herfurth, Bonn

Sektion Familiensoziologie

Herbsttagung und erste PhD-Werkstatt »(Un-)Vereinbarkeiten des beruflichen und familiären Lebens« vom 6. bis 8. November 2024 an der Universität Osnabrück

Die Herbsttagung der Sektion wurde in Kooperation mit *Karin Golsch* und *Ayhan Adams* von der Universität Osnabrück ausgerichtet. Es wurden diverse theoretische und empirische – sowohl quantitative als auch qualitative – Beiträge präsentiert, die zu einem regen fachlichen Austausch zwischen den anwesenden Forscher:innen führten.

Zuvor fand am 6. und 7. November die erste PhD-Werkstatt statt, die von *Lisa Jessee* und *Bettina Hünteler* (beide Köln) organisiert wurde. Nach einem Kennenlernen aller Teilnehmenden stellten die PhD-Studierenden am ersten Workshoptag ihre Arbeiten vor, die basierend auf der Präsentation und vorher verschickten *extended abstracts* zunächst ausführlich von Discussants kommentiert sowie anschließend mit den übrigen Teilnehmenden diskutiert wurden. In der ersten Session mit dem Thema »Elternschaft« stellte *Marlene Resch* (München) das Forschungsvorhaben ihrer Promotionsarbeit zum Thema Co-Parenting vor und *Shannon Taflinger* (Köln) präsentierte eines ihrer Dissertationspapiere, das sich mit Fertilitätsintentionen und »parental perfectionism« auseinandersetzt. Beide Beiträge wurden von Ayhan Adams diskutiert. Im zweiten Block zum Thema »Gemeinschaft und Generation« stellte *Maximilian Tolkamp* (Siegen) intergenerationale berufliche Mobilität und elterliches Wohlbefinden als Teil seiner Dissertation vor. Discussant war Sarah Hampel. Zuletzt präsentierte *Melodie Burri* (Bern) im Block »Familie und Armut« ihr Promotionsprojekt und gab Einblicke in mögliche Forschungsfragen, diskutiert von Joanna Fröhlich. Am zweiten Workshoptag übernahmen *Lisa Jessee* und *Bettina Hünteler* die Keynote zum Thema »How to get published«. Es wurden verschiedene Hürden im Schreib- und Publikationsprozess mit Fokus auf quantitative, empirische Fachaufsätze besprochen und im regen Austausch mit den PhD-Studierenden diskutiert.

Die erste Session der Tagung thematisierte »Flexibilität und Arbeitszeit«. *Ines Entgelmeier* (Dortmund) befasste sich mit Arbeitszeit, Arbeitsort und Home-Office als Faktoren der Work-Life-Integration auf Basis der Arbeitszeiterfassung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Im Anschluss daran berichteten *Linda Maciejewski* (Leipzig), *Anne van der Put* und *Tanja van der Lippe* (beide Utrecht) inwieweit das soziale Arbeitsumfeld den Einfluss des Work-to-Family- beziehungsweise Family-to-Work-Konflikt

auf das individuelle Ernährungsverhalten von Frauen und Männern moderiert. Danach richtete *Jobanna Pauliks* (Wuppertal) in einem abschließenden Beitrag den Blick auf geschlechtsspezifische Arbeitszeitunterschiede und die Entwicklung des Gender Pay Gap in Großbritannien.

Die zweite Session widmete sich dem Themenkomplex »Soziale Mobilität und Armut«. Im ersten Vortrag präsentierten *Margot Vogel Campanello*, *Clara Bombach*, *Melodie Burri* und *Lea Schneider* (alle Bern) erste Einblicke in ein qualitatives Projektvorhaben zu den Perspektiven von Schweizer Kindern und Eltern in Erwerbsarmut auf ihr Familien(er)leben. *Susanne Schmid* (Oldenburg) und *Hannah Steinberg* (München) untersuchten mit Hilfe von Daten des Nationalen Bildungspanels das Zusammenspiel zwischen Betreuungs- und Erwerbshistorie nach der Geburt eines Kindes. Abschließend betrachtete *Maximilian Tolkamp* (Siegen) die Rolle unterschiedlicher beruflicher Stellungen von Kindern und Eltern für das Wohlbefinden der Eltern.

Die dritte Session zum Thema »Vereinbarkeit im Kontext Gesundheit« startete mit *Nicolai Gröppler* und *Gundula Zoch* (beide Oldenburg), die erste Ergebnisse zu familiären und beruflichen Stressfaktoren als Einflussfaktoren von Post-COVID-Symptomen präsentierten. Im Anschluss berichteten *Sarah Hampel* und *Adelheid von Spee* (beide Berlin) von Mechanismen der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege in Nordrhein-Westfalen.

Der erste Veranstaltungstag endete mit einer Keynote von *Anja Abendroth* (Bielefeld) zur (Un-)Vereinbarkeiten des beruflichen und familiären Lebens in digitalisierten Arbeitswelten. Der Vortrag skizzierte zunächst die heterogene Zunahme von digitaler Arbeitskommunikation und ihre Chance für eine stärker orts- und zeitunabhängige Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Anforderungen. Gleichzeitig wurden bedeutende Risiken beleuchtet, etwa die Auflösung von Grenzen zwischen verschiedenen Lebensbereichen, mehr zeit- und belastungsbasierte Konflikte sowie erhöhte Erwartungen. Diese Risiken zeigen sich insbesondere bei nur geringen digitalen Fähigkeiten sowie durch ständige Erreichbarkeit oder Flexibilitätsstereotype, nach denen digital präsente Mitarbeitende weniger produktiv und engagiert sind, oder in Kontexten ausgeprägter Normen von Arbeitszentralität und geringem generalisiertem Vertrauen. Anja Abendroth nannte abschließend bestehende Forschungslücken etwa zur Bedeutung der Kombination digitaler Kommunikation in unterschiedlichen Kontexten, zur sozialen Einbettung und sozialen Ungleichheiten sowie der empirischen Messung einzelner theoretischer Konzepte, etwa in Längsschnittstudien oder experimentellen Designs.

Der zweite Veranstaltungstag wurde mit der vierten Session zum Thema »Handlungskontrolle und Vereinbarkeit in Berufen« eröffnet. Im ersten Vortrag stellte *Joanna Fröblich* (Osnabrück) erste Ergebnisse einer Mixed-Methods-Studie zu Kontrollüberzeugungen bei Menschen mit Migrationsgeschichte vor. Anschließend präsentierte *Martin Ebers* (Magdeburg) qualitative Befunde zur Steuerungsmacht des Leistungssports für das Privatleben von Leistungssportler:innen in Deutschland. Den Abschluss bildete ein Beitrag von *Stefanie Leinfellner* (Paderborn) zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Arbeitskontext Wissenschaft.

Weitere Informationen zur Arbeit der Sektion Familiensoziologie finden sich im Internet unter www.familie-dgs.de.

Gundula Zoch und Bettina Hünteler

Sektion Methoden der qualitativen Sozialforschung

Scoping Workshop »Qualitative Sozialforschung lehren: Perspektiven für die Zukunft« vom 6. bis 8. November 2024 im Tagungszentrum Schloss Herrenhausen Hannover

Der Workshop, organisiert von *Tobias Boll* (Mainz), *Tobias Röhl* (Zürich) und *Daniela Schiek* (Bielefeld), brachte Expert:innen aus der deutschsprachigen Soziologie zusammen, um Herausforderungen der sozialwissenschaftlichen Methodenlehre (vgl. die Beiträge in früheren Ausgaben dieser Zeitschrift) für die qualitative Sozialforschung zu diskutieren. Er versammelte 30 Vertreter:innen unterschiedlicher Karrierestufen, Hochschultypen und methodischer Traditionen und ermöglichte so einen vielstimmigen und facettenreichen Austausch über die Zukunft der Lehre qualitativer Sozialforschung. Gefördert von der VolkswagenStiftung, diente der Workshop der Vernetzung und einem offenen Diskurs über Curricula, didaktische Konzepte, institutionelle Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Herausforderungen. Die Veranstaltung wurde als Scoping Workshop realisiert, ein Format, das Fachcommunities hilft, explorativ relevante Themenfelder zu kartieren und langfristige Perspektiven zu entwickeln. Ziel war es, sowohl divergierende Sichtweisen als auch gemeinsame Leitlinien transparent zu machen. Anstelle klassischer Vortragsformate kamen interaktive Methoden wie Fishbowl-Diskussionen und strukturierte Reflexionsphasen zum Einsatz, ergänzt

durch gezielte Gamification-Elemente zur Förderung kollaborativer und kreativer Denkprozesse. Der von *Jana Leibold* (Mainz) moderierte, partizipative Prozess ermöglichte eine offene Diskussion methodologischer, epistemologischer und hochschuldidaktischer Fragen. Die Teilnehmenden reflektierten ihre eigene Lehrpraxis und debattierten Strategien für eine zukunftsfähige Ausbildung qualitativ Forschender.

Aus einer breiten Themenpalette wurden fünf zentrale Linien besonders intensiv verhandelt, da sie für die zukünftige Entwicklung der qualitativen Methodenlehre als richtungsweisend identifiziert wurden:

1.) *Kanonisierung und Standardisierung: Spannungsfeld zwischen Offenheit und Orientierung.* Ein zentrales Thema war das Spannungsverhältnis zwischen Offenheit qualitativer Methoden und der Frage ihrer Kanonisierung. Der Wunsch nach einem strukturierten Überblick über Methoden und deren Anwendungsmöglichkeiten wurde insbesondere als Anforderung seitens Studierender gesehen. Während ein gewisses Maß an Standardisierung in der Methodenlehre Orientierung bieten kann, stellte sich zugleich die Frage, ob eine Kanonisierung der qualitativen Forschung nicht deren zentrale Offenheit und Anpassungsfähigkeit gefährdet. Die Diskussion konzentrierte sich auf die epistemologische Grundfrage, ob qualitative Methoden als feste Verfahren oder eher als analytische Haltung verstanden und gelehrt werden sollten. Die reziproke Konstituierung von Methode und Gegenstand impliziert Flexibilität, weshalb eine zu starre Methodenausbildung kritisch gesehen wurde. Die Herausforderung bleibt, Lehrpläne zu gestalten, die sowohl Struktur als auch Offenheit gewährleisten.

2.) *Methodenlehre und Curricula: Standortgebundene Vielfalt und strukturelle Herausforderungen.* Die Einbindung qualitativer Methoden in universitäre Curricula war ein weiteres zentrales Thema. Besonders betont wurde die Notwendigkeit einer engen Verzahnung von Theorie und Methode, da beide nicht getrennt voneinander vermittelt werden können. Auch Lehr- und Prüfungsformen wurden hinsichtlich Format, Inhalten und Platzierung kritisch hinterfragt: So wurde diskutiert, inwiefern die klassische Vorlesung als Standardformat der Lehre (noch?) ausreichend ist und wie alternative Formate wie forschungsorientierte Seminare, hybride Lehrveranstaltungen oder praxisnahe Methodenwerkstätten sinnvoll zur Vermittlung qualitativer Forschung beitragen und in Curricula integriert werden können. Ebenso wurde über alternative Prüfungsformate nachgedacht, die über standardisierte Klausuren hinausgehen und stattdessen analytische Reflexionen oder Fallanalysen integrieren, um den Studierenden praxisnahe Kompetenzen zu vermitteln.

3.) *Digitalisierung und KI: Potenziale und epistemische Herausforderungen.* Die Digitalisierung wurde als Chance und Herausforderung für die qualitative Sozialforschung und ihre Lehre diskutiert. KI-gestützte Verfahren erleichtern die Strukturierung und Analyse großer Textmengen, werfen aber epistemologische Fragen auf: Inwieweit können Algorithmen hermeneutische Interpretationen ersetzen oder ergänzen? Ebenso wurde hinterfragt, ob Automatisierung in der Datenanalyse qualitative Reflexion als professionelle in der Lehre zu vermittelnde Kompetenz schwächt. Ethische Fragen, insbesondere in Bezug auf maschinengenerierte Texte und Fragen der Autorschaft, wurden ebenfalls diskutiert. Einigkeit bestand darin, dass sowohl auf Seiten der Lernenden als auch der Lehrenden und der Profession dringend Qualifizierungsarbeit zu leisten ist, um den kompetenten und reflektierten Umgang mit digitalen Technologien in der qualitativen Forschung zu fördern.

4.) *Institutionelle und strukturelle Bedingungen.* Viele Fragen der Rahmenbedingungen wurden diskutiert, von Fragen der bildungspolitischen Rahmung universitärer Lehre bis hin zu mikroperspektivischen Fragen der räumlichen Ressourcen und deren didaktischer Eignung. Zwei Aspekte standen im Fokus: Erstens wurde der anhaltende Mangel an Ressourcen und Stellen als zentrales Problem benannt. Hierzu wurden Strategien für eine bessere strukturelle Absicherung sowie Möglichkeiten ihrer Ergänzung, etwa durch Forschungswerkstätten oder methodische Beratungsstellen, erörtert. Zweitens wurde die Mehrsprachigkeit in der qualitativen Forschung thematisiert. Qualitative Methoden sind häufig sprach- und kontextgebunden, was die Internationalisierung erschwert. Diskutiert wurde, wie mehrsprachige Lehrangebote und Materialien die Forschungspraxis bereichern könnten, ohne die Stärken der deutschsprachigen Tradition zu verlieren.

5.) *Gesellschaftlicher Wandel und politische Herausforderungen.* In Bezug auf eine diagnostizierte zunehmende Politisierung der Hochschulen wurden folgende Herausforderungen diskutiert: Wie kann man auf gesellschaftliche und politische Spannungen reagieren, die in den Hochschulkontext hineingetragen werden, ohne Debatten zu unterdrücken oder diskriminierenden Positionen eine Bühne zu bieten? Zudem wurde diskutiert, wie qualitative Sozialforschung der wachsenden Wissenschaftsfeindlichkeit begegnen kann. Lehrende tragen hier eine doppelte Verantwortung: wissenschaftliche Standards wahren und offene Diskussionsräume ermöglichen, andererseits Seminarräume als geschützte Orte erhalten, in denen Studierende gesellschaftliche Prozesse kritisch reflektieren können.

Der Workshop hat zentrale Spannungsfelder der Lehre qualitativer Sozialforschung offengelegt und viele weiterführende Fragen und Ideen angestoßen. Die Arbeit an einem Positionspapier, das frühere Standortbestimmungen¹ ergänzen und einen aktuellen Zukunftsausblick geben soll, hat bereits begonnen. Des Weiteren werden Überlegungen zur Einrichtung eines Arbeitskreises zur Methodenlehre in der DGS sowie zur Entwicklung einer digitalen Methodenplattform verfolgt, die Lehrmaterialien und didaktische Konzepte bündelt. Die Diskussionen des Workshops zeigten, dass der Austausch weitergeführt und noch breiter geöffnet werden soll, um zusätzliche Perspektiven einzubinden und tragfähige Lösungen für die Herausforderungen der Methodenlehre zu entwickeln.

Mika-Joel Dahmer, Marlene Keyser, Marie Westedt und Tobias Boll

Sektion Wissenssoziologie

9. Feldarbeitstage »Perspektivendifferenz. Zur Ethnographie des kommunikativen Handelns« am 21. und 22. Juni 2024 an der TU Dortmund

Mit acht Panels und über 40 Vorträgen waren die Feldarbeitstage auch dieses Mal wieder eine der tragenden Veranstaltungen für die Soziologische Ethnographie in Deutschland. Organisiert wurden sie von Angelika Pofertl, Paul Eisewicht, Ronald Hitzler, Babette Kirchner, Julia Wustmann und Norbert Schröder aus dem Arbeitskreis Ethnographie.

Mit ihrem Vortrag »Perspektivendifferenz, Zeichenpluriversum und die Kosmopolitik des Sozialen« führte die Vorsitzende der Sektion Wissenssoziologie, *Angelika Pofertl* (Dortmund), in das Tagungsthema ein. Im sich Einlassen auf ihr bislang unvertraute Felder bewege sich die Ethnologin in einem von Perspektivendifferenz durchzogenen inter-trans-kulturellen »Pluriversum« an Zeichen und Deutungen – stets ein Drahtseilakt zwischen Annäherung, analytischer Distanz und methodischer Kreativität.

In seinem Vortrag »Blicke durch ein Perspektivengitter. Theresienstadter Realitäten in dokumentarischen Spiegelungen« analysierte *Hans-Georg Soeffner*

¹ Wie das »Memorandum für eine fundierte Methodenausbildung in den Human- und Sozialwissenschaften« von 2006 (<https://berliner-methodentreffen.de/weiteres-memorandum/>) sowie das »Manifest zur Bedeutung, Qualitätsbeurteilung und Lehre der Methoden qualitativer Sozialforschung« von 2010 (www.qualitative-research.net/index.php/fqs/sections/deb/teaching).

(Bonn) dokumentarisch-hermeneutisch den von dem internierten Regisseur Kurt Geron zwangsinszenierten Film über das Leben im Konzentrationslager Theresienstadt. In seiner Interpretation legte Soeffner unterschiedliche Ebenen der Perspektivendifferenz frei und sensibilisierte so auch für die Vielschichtigkeit entsprechender ethnographischer Rekonstruktionen.

Im Panel *Methodologie* standen methodisch verschieden gelagerte Zugriffe auf die Rekonstruktion von Perspektivendifferenzen im Zentrum. Deutlich wurde, auf welcher unterschiedlichen Weise Ethnograph:innen systematisch ihre Position im Feld und die dadurch entstehenden Beziehungsdynamiken reflektierten. Mit dem ethnographischen Sensor (*Ingmar Zaleski*, Kassel), der Positionierungsanalyse (*Heike Greschke*, Bielefeld), den ethnographischen Vignetten (*Katharina Miko-Schefzig*, Wien), der ethnographischen Aktenanalyse (*Olga Galanova*, Bochum), der integrierten Rekonstruktion multipler Perspektiven im kollektiven kommunikativen Handeln (*Hubert Knoblauch*, Berlin), dem Konzept der Cultural Awareness (*Antje Pfab*, *Collet Wanjugu Döppner*, beide Fulda), dem der Field Configuring Events (*Lynn Sibert*, *Sezgin Sönmez*, beide Berlin), den Traveling Concepts (*Martin Harbusch*, Siegen, *Jo Reichertz*, Essen), der Ko-Konstruktion und Überwindung von Perspektivendifferenz beim Feldzugang (*Marie M. Heppner*, Essen; *Julia Wustmann*, Dortmund; *Tasnim Jabaly*, *Sebastian Weste*, beide Marburg), der dialogischen Anverwandlung (*Norbert Schröer*, Fulda) und dem kommunikativen Konstruktivismus (*Ekkehard Coenen*, Weimar) wurden facettenreiche Zu- und Umgangsweisen zur Herstellung, Rekonstruktion und Reflexion von Perspektivendifferenzen vorgestellt.

Im Panel *Krankheit/Therapie/Pflege* standen vor allem Perspektivendifferenzen in Beziehungen zwischen Forschenden, Patient:innen, Angehörigen und Pflegenden im Fokus. Dabei wurden Demenz (*Jo Reichertz*, Essen; *Lilo Ruther*, St. Gallen, *Nina Steinbach*, Furtwangen), Aphasie (*Ronald Hitzler*, Dortmund, *Thomas S. Eberle*, St. Gallen) und Schlafapnoe (*Svenja Reinhardt*, Marburg) als Herausforderungen für Betroffene thematisiert. Subjekt- (Reichertz), Verstehens- (Eberle, Hitzler) und Vermittlungsfragen (*Jana John*, Passau) zwischen allen Beteiligten kennzeichnen die zentralen Problematiken der vulnerablen Beziehungen.

Im Panel *Unterricht/Lernen* wurden schulische (*Babette Kirchner*, Göttingen; *Katharina Bock*, Berlin), außerschulische (*Benjamin Büscher*, Dortmund) und studentische (*Dorothee Schielein*, Hamburg) Erfahrungen des Lehrens und Lernens und bestimmte Perspektivierungen, die lernhinderliche Verunsicherungen, Verdeckungen oder problemlösende Erfolgserlebnisse befördern, thematisiert.

Mit psychedelischen Erfahrungen (*Florian Elliker, Niklaus Reichle*, beide St. Gallen), dem Träumen (*Anna-Lena Knoll*, Mainz) und Schlafwandeln (*Nico Wettmann*, Koblenz) behandelte das Panel *Außeralltägliche Erfahrungen* randständige Formen des menschlichen Erlebens sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Grenzen eines ethnographischen Verstehens, Beschreibens und Erklärens solcher Erlebensweisen.

Die Vorträge des Panels *Musik/Tanz* beleuchteten die Perspektivendifferenz in performativen und ästhetischen Erfahrungen. Dabei standen die leibkörperliche Koordination, die ästhetische Praxis und soziale Bedeutung im Fokus der Vorträge zu argentinischem Tango (*Frederike Brandt*, Berlin), Jazz in Madagaskar (*Martin Büdel*, Mainz) und Chorpraktiken (*Holly Patch*, Dortmund; *Michaela Pfadenbauer, Theresa Vollmer*, beide Wien). Das erweiterte Panel *Tanz/Mode/Medien* behandelte ästhetische Praktiken in ihren sozialen und politischen Dimensionen und die Herausforderungen im Zugang zu diesen ästhetischen Welten. Untersucht wurden spezifische Visualitäten im Tanzstudium (*Hannes Bohne*, Hildesheim), bei Content-Creator:innen (*Laura Haddad*, Göttingen) und im Kontext globaler Verständigungsversuche (*Bernt Schnettler*, Bayreuth).

Das Panel *Arbeitswelt/Institution* beschäftigt sich mit Menschen im Kiosk (*Paul Eisenicht*, Münster), zur See (*Yvonne Albrecht*, Berlin), auf Ziegenwiesen (*Mahvine Bläßer*, Marburg) und in Gefängnissen (*Aaron Bielejewski*, Chemnitz). Problematiken der Übersetzung und Rollenzuweisung zwischen Beforschten und Forschenden, Feldbewohner:innen und Zaungästen standen dabei im Mittelpunkt.

Die Vorträge zum Panel *Migration* thematisierten die komplexen sozialen und institutionellen Dynamiken im Kontext von Flucht und Migration. Sie stellten strukturelle Ungleichheiten und Machtasymmetrien bei geflüchteten Minderjährigen (*Laura Schlachzig*, Köln) und im Umgang mit traumatischen Migrationserfahrungen heraus (*Monique Kaulertz*, Bochum) – sowie die Bedeutung des Miterlebens für das Ethnographieren. Zudem wurden Aushandlungsprozesse in zivilgesellschaftlichen Organisationen beleuchtet (*Felix Albrecht*, Karlsruhe, *Serbat Karakayali*, Lüneburg).

Den Abendvortrag am ersten Tag hielt der Ethnologe *Michael Schönhub* (Trier) mit dem Titel »Same, same but different: Ethnographie auf »ethnologisch«. Er erörterte unterschiedliche Perspektivierungen Ethnologischer und Soziologischer Ethnographie und hob hervor, dass eine Erweiterung der ethnographischen Schnittmenge möglich sei, sofern sich die Ethnologische Ethnographie stärker für eine Methodisierung der Feldarbeit und die

Soziologische Ethnographie für eine Fundierung in einem ethnographischen Forschungsstil öffnen würden.

Mit Blick auf das Tagungsthema stand vor allem das kommunikative Handeln in Lebens- und Alltagswelten im Vordergrund. Die ethnographische Rekonstruktion von Perspektivendifferenzen wurde unter anderem lebensweltanalytisch, diskursethnographisch, kommunikationsanalytisch über unterschiedliche und in Teilen neu kreierte Verfahren der Datengenerierung und -auswertung betrieben und sichtbar gemacht – und sie wurde zugleich divers als perspektivische (Re)Konstruktion diskutiert und problematisiert. Die Organisator:innen werden Mitte 2025 einen Tagungsband beim Oldib-Verlag, Essen, herausgeben.

Im Rahmen der Feldarbeitstage wurde der Forschungspreis Ethnographie der Sektion Wissenssoziologie zum fünften Mal vergeben. Christoph Maeder verwies in seiner Laudatio auf die wachsende Ausdifferenzierung Soziologischer Ethnographie, die sich in der großen Zahl an Einreichungen spiegle. So sei es dieses Mal zur Vergabe des Preises für gleich drei Ethnographien gekommen: Ausgezeichnet wurden Barbara Thériault (»Abenteuer einer linkshändigen Friseurin«), Tobias Röhl (»Verteilte Zurechenbarkeit: Die Bearbeitung von Störungen im Öffentlichen Verkehr«) und Ulrike Bialas (»Forever 17: Coming of Age in the German Asylum System«).

Babette Kirchner, Katharina Bock, Benjamin Büscher, Paul Eisewicht,
Marie Marleen Heppner und Svenja Reinhardt

Am Puls der Zeiten. Claus Offe zum 85. Geburtstag

»Die in diesem Band zusammengestellten Aufsätze können auf den heutigen Leser schlechterdings nicht anders als befremdlich wirken«: So urteilte Claus Offe vor nunmehr zwanzig Jahren im Vorwort einer Neuausgabe der *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* über eine Reihe seiner politisch-soziologischen Beiträge, die zur Zeit ihrer Veröffentlichung in den späten 1960er und frühen 70er Jahren auf viele ihrer Leser:innen nicht anders denn faszinierend gewirkt haben dürften. Selbst für mit der zweifelhaften Gnade späterer Geburt gesegnete Sozialwissenschaftler:innen waren Offes damalige Überlegungen zu einer Theorie des »Spätkapitalismus« noch im Nachhinein bahnbrechend und augenöffnend – den Verfasser dieser Zeilen eingeschlossen.

Die Mischung aus Bescheidenheit und Selbstdistanzierung, mit der Claus Offe einige Jahrzehnte später – und eigentlich bis heute – auf sein wissenschaftliches Frühwerk zurückblickt, mag einerseits bezeichnend sein für eine intellektuelle Persönlichkeit, die (selbst kein wirklicher Zögling der sogenannten »Frankfurter Schule«) an akademischer Schulbildung ebenso wenig Interesse hatte wie an einer Unterwerfung unter die Logik drittmittelbefeuert Verbundforschung in der unternehmerischen Universität. Sie dürfte aber auch repräsentativ sein für eine verbreitete Entfremdung der damaligen Protagonist:innen selbst wie der heutigen Gesellschaftswissenschaften insgesamt vom vermeintlichen oder tatsächlichen Geist der übertheoretisierten und fundamentalpolitisierten Zeit der studierendenbewegten Bonner Republik.

Es ist wohl keine historische Übertreibung zu behaupten, dass Claus Offe die bundesdeutsche Wissenschaftsbühne am 8. April 1968 mit einem Paukenschlag betrat. Unmittelbar nach Theodor W. Adornos Auftaktvortrag zum Frankfurter Soziologentag, den der scheidende DGS-Vorsitzende dem Generalthema der Veranstaltung: »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?« widmete, trat in spontaner Lückenbüßerfunktion eine fünfköpfige Riege von Mitgliedern des Frankfurter akademischen Mittelbaus mit einem Referat zum Thema »Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung« auf. Zu dieser Gruppe, die in der nachfolgenden Debatte und in Personalunion mit Adorno den heiligen Zorn des neugewählten Vorsitzenden Ralf Dahrendorf auf sich zog, gehörte der damals 28-jährige Claus Offe. Auch wenn dieser ex post den »maßlos ambitionierten« Titel des Gruppenreferats – »unter dem

tat man es damals einfach nicht!« – ironisierte und dessen Inhalt 2012¹ kurzerhand auf »einige Thesen zur Politischen Soziologie und Politischen Ökonomie der bundesdeutschen Politik und Wirtschaftsgeschichte« reduzierte, so wird aus den Transkripten und Berichten zur damaligen Diskussion deutlich, dass die nicht-professoralen »Frankfurt Five« den Kongress nicht allein wegen des formalen Bruchs mit der bis dahin gepflegten Standeskonvention fachgesellschaftlicher Honoratiorentreffen zum Tanzen brachten.

Offe, gebürtiger Berliner und nach Studienbeginn an der Universität zu Köln Soziologiestudent an der Freien Universität Berlin, wechselte nach seinem Diplomabschluss 1965 als Assistent von Jürgen Habermas nach Frankfurt am Main, den er 1971 – nach einem anderthalbjährigen, nachhaltig prägenden Aufenthalt an den US-amerikanischen Eliteuniversitäten Berkeley und Harvard – an das neu gegründete »Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Zivilisation« nach Starnberg begleitete. Von dort aus nahm seine professorale Karriere ihren Lauf, die ihn – wer B sagt muss auch weiterhin B sagen – über Bielefeld und Bremen im Jahr 1995 zurück nach Berlin führte, wo er seit nunmehr dreißig Jahren lebt.

Rückblickend lassen sich die akademischen Stationen Claus Offes recht klar einerseits mit den von ihm verfolgten, stets der Analyse der gesellschaftshistorischen Strukturdaten verpflichteten thematischen Interessen, andererseits mit wechselnden theorieparadigmatischen Orientierungen in Verbindung bringen, die er selbst einmal als Ausdruck eines »frohgemutete[n] Eklektizismus« bezeichnet hat.² Für die Zeit in Frankfurt und Starnberg kann Offe als unorthodox-spätmarxistischer Theoretiker des demokratisch-kapitalistischen (in der Bundesrepublik zudem: postfaschistischen) Interventionsstaats gelten, als Sozioanalytiker seiner strukturellen Widersprüche und inhärenten Krisenhaftigkeit. Es dürfte nicht zuletzt die originäre theoretische Innovation eines systemtheoretisch inspirierten Neomarxismus gewesen sein, gepaart mit der wissenschaftlichen Faszination für die selbstadaptiven Potenziale der »spätkapitalistischen« Gesellschaftsformation, die Claus Offe 1975 den Ruf an die Universität Bielefeld einbrachte, wo er gleichsam

1 In dem von Hans-Georg Soeffner herausgegebenen Verhandlungsband zum 35. Kongress der DGS 2010 in Frankfurt am Main.

2 »Die plötzliche Implosion eines obsoleten Gesellschaftssystems ist ja eine Eventualität, die auch auf der anderen Seite des ehemaligen Eisernen Vorhangs keineswegs auszuschließen ist.« Claus Offe 2013 im Gespräch mit David Strecker, veröffentlicht in der Zeitschrift für Politische Theorie. – Nur am Rande: Was für eine Aussage, aus der globalpolitischen Konstellation des Jahres 2025 gesehen!

Tür an Tür mit dem seit 1968 (sic!) dort ansässigen Niklas Luhmann an der (nicht nur zeitlich gesehen) ersten soziologischen Fakultät im deutschsprachigen Raum wirkte. Dort widmete sich Offe vornehmlich einer politischen Soziologie des Arbeitsmarkts und des Wohlfahrtsstaats; dies zunehmend aus einer kritisch-institutionalistischen Perspektive – was ihm wiederum 1988 den Weg an die Universität Bremen und das dort soeben eingerichtete »Zentrum für Sozialpolitik« bahnte. Kaum dort angekommen, erschütterte die Implosion des Staatssozialismus die Welt, was Claus Offe dazu veranlasste, seine Forschungsinteressen auf die laufenden gesellschaftlichen Transformationen im postsozialistischen Osten Europas zu richten und deren Charakter mithilfe eines breiten sozialwissenschaftlichen Instrumentariums zu ergründen – freilich unter weitgehender Abstraktion von seinen frühen spät-kapitalismustheoretischen Erkenntnissen. Ohne die akademische Biografie Offes im Nachhinein übermäßig zu glätten und zu begründen, wird sich doch sagen lassen, dass diese thematische Reorientierung ihn gewissermaßen dazu prädestinierte, seine universitäre Karriere ab Mitte der 1990er Jahre in Berlin, Hauptstadt des »wiedervereinten« Deutschlands und Reallabor der neuen und neuesten deutschen Gesellschaftsgeschichte, fortzusetzen. Von 1995 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2005 zunächst am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität, sodann bis 2012 an der damaligen Hertie School of Governance wurden ihm die wechselhaften, zunehmend krisenförmigen Zustände der Europäischen Union und der spätmodernen Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform zu den wohl wichtigsten wissenschaftlich-politischen Anliegen.

Das theoretisch, konzeptionell und kategorial immer an-, oft geradezu aufregende Werk Claus Offes liegt zum kleineren Teil in monografischer Form, zum weitaus größeren jedoch in Gestalt zahlreicher (fast könnte man sagen: zahlloser) Zeitschriftenartikel und Buchkapitel vor, deren systematische Erschließung und Würdigung noch aussteht.³ Eine unvollständige Werksausgabe stellen die zwischen 2018 und 2020 bei Springer erschienenen sechs Bände dar, deren stark an Mainstream-Soziologie gemahnende Titel (à la »Institutionen, Normen, Bürgertugenden«) allerdings den ungemein originellen und erhellenden Charakter von Offes Schriften eher verdunkeln als aufleuchten lassen. Denn normalwissenschaftlich und politisch harmlos

3 Mit Blick auf Offes Entwurf einer Theorie des »Spätkapitalismus« habe ich mich gemeinsam mit Jens Borchert um eine strukturierte und strukturierende Aufarbeitung bemüht, vgl. Jens Borchert / Stephan Lessenich 2016: Claus Offe and the Critical Theory of the Capitalist State. New York, London: Routledge.

kommen die allerwenigsten seiner – älteren wie jüngeren – Texte daher, ähnlich wie auch Claus Offes Auftreten als öffentlicher Soziologe nie anpassend und geschmeidig war: von seiner federführenden Mitwirkung an der legendären, 1961 veröffentlichten Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) »Hochschule in der Demokratie« über seine in der gesellschaftspolitischen Konstellation des »Deutschen Herbstes« riskante öffentliche Positionierung zum Nachruf eines »Göttinger Mescalero« auf den 1977 von der RAF ermordeten Generalbundesanwalt Siegfried Buback, die ihm eine veritable mediale Hetzkampagne einbrachte, bis hin zu seiner professionspolitisch für Aufruhr sorgenden Kritik an dem Namensgeber und dessen NS-Verstrickungen anlässlich der Verleihung des Theodor-Eschenburg-Preises durch die Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft im Jahr 2012.

Am 16. März 2025 wurde Claus Offe 85 Jahre alt. »Wir haben damals intellektuell über unsere Verhältnisse gelebt«, pflegt er im privaten Gespräch rückblickend über sich und seinesgleichen – neomarxistische Jungintellektuelle zu Zeiten der sozialliberalen Koalition – zu sagen. Könnte das heute noch jemand im Feld der akademischen Sozialwissenschaften, ob alt oder jung, von sich behaupten: Die wissenschaftlich-politische Welt wäre eine bessere.

Stephan Lessenich

Richard Münch zum 80. Geburtstag

Richard Münchs wissenschaftliche Arbeit hat sowohl das soziologische Denken und Forschen als auch die Politik der Soziologie als Fach nachhaltig geprägt. In Zeiten, in der Gesellschaften zunehmend komplexer werden und die sozialen und politischen, aber auch die wissenschaftlichen Herausforderungen wachsen, hat Richard Münch stets den Blick für die Gesamtheit der gesellschaftlichen Entwicklungen behalten, ohne dabei die vielen Details, die das Soziale fraglos ausmachen, je aus den Augen zu verlieren. Sein besonderer Blick resultiert aus der historisch-vergleichenden Untersuchung des gesellschaftlichen Wandels, die es ermöglicht, Makro- und Mikro-Phänomene gleichgewichtig zu verschränken.

Dass dieser Blick aktuell besonders wertvoll ist, muss nicht extra betont werden. Es reicht, die journalistische Medien zu konsultieren, um die Relevanz der Frage nach dem, was Gesellschaften angesichts der vielen aktuellen Krisen noch zusammenhalten könnte, zu erkennen: Die Veränderungen der politischen Landschaften entwickelter Demokratien wie Großbritannien, den USA oder auch Deutschland, der Krieg in der Ukraine, das wachsende Selbstbewusstsein ehemaliger Kolonialgebiete bringen die globale Ordnung, die eben noch stabil erschien, ins Wanken, ohne dass neue Ordnungen eindeutig zu identifizieren wären. Pandemien auf der Basis von Zoonosen sind nicht nur Drohung, sondern Realität und Klimawandel und Erderwärmung verändern Landschaften und Städte nachhaltig. Künstliche Intelligenzen und die Durchdringung von immer mehr Lebensbereichen mit digitalen Logiken verändern das, was lange als Wissen und als Modi des Erinnerns galt, nachhaltig. Damit verbunden sind Kämpfe um Ressourcen und Deutungshoheiten, die Gesellschaften vor massive Herausforderungen stellen. Auch die soziologische Profession selbst ist sich der aktuellen Gefährdungslagen bewusst und es etablieren sich um das Anthropozän, den Postkolonialismus und die Digitalisierung neue Forschungsfelder.

Dass die Frage nach gesellschaftlichem Wandel (wie ihn schon Karl Marx analysierte) und dem sozialen Zusammenhalt (zum Beispiel in den Analysen eines Émile Durkheim) das Fach seit seinem Beginn begleitet, lässt erahnen, in welchen turbulenten Zeiten gesellschaftlichen Aufbruchs die Soziologie entstand und was die reiche theoretische und empirische Basis des Faches zur Erfassung aktueller Zeitläufte beizutragen vermag. Richard Münch ist einer derjenigen Soziologen, die sich dieser *legacy* bewusst sind und der in seinen Analysen immer wieder den Bogen schlägt von den Anfängen des Faches

hin zu Aktuellem. Und damit ist man auch schon mitten in der Laudatio für einen Ausnahmewissenschaftler.

Richard Münch wurde 1945 geboren und wird am 13. Mai 2025 somit 80 Jahre alt. Er studierte von 1965 bis 1970 Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Universität Heidelberg und schloss das Studium dort 1969 mit dem Magister Artium ab. Im Jahr 1971 erwarb er den Grad des Dr. phil.; die Habilitation im Fach Soziologie erfolgte 1972 an der Universität Augsburg. Dort arbeitete er von 1970 bis 1974 als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Soziologie und Kommunikationswissenschaft. Von 1974 bis 1976 lehrte er als Professor für Soziologie an der Universität zu Köln, anschließend bis 1995 an der Universität Düsseldorf. Hier war Richard Münch zwischen 1985 und 1987 auch Dekan der Philosophischen Fakultät. Von 1995 bis 2013 arbeitete er an der Universität Bamberg, wo er 2013 zum *Emeritus of Excellence* ernannt wurde. Seit 2015 ist er Seniorprofessor für Gesellschaftstheorie und komparative Makrosoziologie an der Zeppelin Universität.

Richard Münch wurde mehrfach als Gastprofessor an die University of California in Los Angeles eingeladen. Sein Engagement für das Fach der Soziologie umfasst unter anderem auch die Herausgeberschaft von renommierten Fachzeitschriften, wie dem *American Journal of Sociology*, der *Annual Review of Social Theory*, der Zeitschrift für Soziologie und der Soziologischen Revue. Von 2002 bis 2012 war er Sprecher des von der DFG geförderten interdisziplinären Graduiertenkollegs »Märkte und Sozialräume in Europa« an der Universität Bamberg. Er war Mitglied und Vorsitzender des Fachbeirats am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln und ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Im Jahr 2018 erhielt er von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie den Preis für ein hervorragendes Lebenswerk, im Jahr 2022 wurde er mit dem Meyer-Struckmann-Preis der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität ausgezeichnet. All diese Ehrungen und Auszeichnungen belegen die Relevanz und den Einfluss seiner Arbeiten, die weit über die Grenzen der Soziologie hinaus Anerkennung finden.

Richard Münch entwickelte seine Forschung zu Ursachen, Formen und Folgen von Entwicklung und Strukturwandel moderner Gesellschaften aus seinen Arbeiten zu den Integrationsmöglichkeiten soziologischer Gesellschaftstheorien. Im Vordergrund stehen hier theoriegeleitete Überlegungen und empirische Beobachtungen zur Globalisierung, der Ausdehnung und Beschleunigung von Kommunikation und – damit eng verbunden – zum

Strukturwandel von Identitäten, Solidaritäten und Integrationsformen. Insbesondere letztere wurden von Richard Münch als Themenfelder etabliert und analysiert, lange bevor sie es in die Top Ten der soziologischen Themen avancierten, die nicht nur wissenschaftlich herausfordernd, sondern auch politisch relevant sind.

Besonders hervorgehoben sei hier Richard Münchs intensive Auseinandersetzung mit den Theorien Talcott Parsons. Er machte den amerikanischen Soziologen in Deutschland bekannt und reflektierte dessen Theorie kritisch: Besonders in Bezug auf soziale Veränderungen und Ungleichheiten wies Münch darauf hin, dass Parsons die sozialen Spannungen und die Dynamik von Macht und Herrschaft nicht ausreichend thematisiert habe, und betont, dass soziale Systeme nicht nur durch Konsens zusammengehalten werden, sondern auch durch Konflikte und ungleiche Machtverhältnisse geprägt seien.

In letzter Zeit beobachtete Richard Münch insbesondere die Übernahme ökonomischer Logiken als Steuerungsinstrument wissenschaftlichen Arbeitens und wissenschaftlicher Institutionen mit kritischem Blick. Dabei geht es ihm auch immer um die Fragen, die das Konzept der ›Wissenschaft als Beruf‹ aufwirft, also um Fragen nach den Regeln, Normen und vor allem den Machtverhältnissen im Feld der Wissenschaft.

Die aktuellsten Publikationen wiederum befassen sich mit sich polarisierenden Gesellschaften und nehmen die Themenfelder der Identität und der Integration wieder verstärkt auf.

Die thematischen Ausrichtungen von Richard Münchs Arbeiten spiegeln sich auch in den Titeln seiner Veröffentlichungen. Hier mögen nur ein paar wenige aus seinem umfangreichen Œuvre genannt sein: »Die Struktur der Moderne« (Suhrkamp 1984); »Das Projekt Europa« (Suhrkamp 1993), »Globale Dynamik, lokale Lebenswelten« (Suhrkamp 1998), »Nation and Citizenship in the Global Age« (Palgrave Macmillan 2001), »Das Regime des liberalen Kapitalismus« (Campus 2009), »Akademischer Kapitalismus. Zur Politischen Ökonomie der Hochschulreform« (Suhrkamp 2011) »The Global Division of Labour« (Palgrave Macmillan 2016) oder »Polarisierte Gesellschaft. Die postmodernen Kämpfe um Identität und Teilhabe« (Campus 2023).

Die Arbeiten von Richard Münch haben die Soziologie national und international befruchtet und den soziologischen Blick auf Europäisierung und Globalisierung als Inklusions- und Exklusions-Kontexte in wichtigen Aspekten über alle theoretischen und empirischen Grenzziehungen innerhalb des Fachs hinweg geprägt.

So global wie der von Richard Münch untersuchte Phänomenbereich ist auch die Bandbreite der von ihm verwendeten und weitergedachten Theorien, mit denen er gesellschaftliche Phänomene untersucht: So ergeben sich für ihn aus der Kombination von präferierter Untersuchungsebene und konkretem Untersuchungsgegenstand vier zentrale Perspektiven auf gesellschaftlichen Zusammenhalt: »von unten« (in Form rationaler Entscheidungen), »von oben« (in Form funktionaler Erfordernisse), »von außen« (als symbolische Ordnung) und »von innen« (als normative Interaktion). Hierüber lassen sich – wie Richard Münch immer wieder zeigt – jenseits theoretischer Paradigmen und ganz untersuchungspraktisch lokale wie globale Ordnung, Markt wie Moral aufschlüsseln.

Richard Münch ist jedoch kein Wissenschaftler, der sich nur für aktuelle gesellschaftliche Themen aus sozial-theoretischer Perspektive des akademischen Elfenbeinturms interessiert, er hat auch die Institutionen des Faches immer konstruktiv-kritisch beobachtet und aktiv mitgestaltet. Sowohl das soziologische Nachdenken über die eigenen Forschungsbedingungen als auch die praktische Selbstverwaltung des Faches in Form von Gremienarbeit gehörten und gehören für Richard Münch zu den selbstverständlichen Betätigungsfeldern von Soziolog:innen.

Heute, anlässlich seines 80. Geburtstags, können wir auf ein beeindruckendes wissenschaftliches Lebenswerk blicken, das uns anregt, es weiterzudenken und für die Forschung zu nutzen, um die aktuellen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Verschiebungen im Weberschen Sinne »zu verstehen und zu erklären«. Richard Münch hat nicht nur als Soziologe Maßstäbe gesetzt, sondern auch als Mensch immer wieder die Relevanz des Wissenschaftlers in einer sich zunehmend emotionalisierenden Gesellschaft betont. Wir wünschen ihm (und uns) noch viele nicht nur produktive, sondern vor allem schöne Jahre.

Annette Schnabel

In memoriam Hans-Joachim von Kondratowitz (1. Juni 1945 – 19. November 2024)

Am 19. November 2024 ist Hans-Joachim von Kondratowitz unerwartet und plötzlich verstorben. Wir haben einen persönlich immer zugewandten und einnehmenden Menschen, aber auch einen wissenschaftlichen Gelehrten im besten Sinne des Wortes verloren.

Nach einem Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Freien Universität Berlin (1966–1970) war Hans-Joachim von Kondratowitz mit einem Stipendium des DAAD ein Jahr an der Washington University in St. Louis, Missouri; anschließend arbeitete er etwas mehr als ein Jahr in einem Forschungsprojekt an der Universität Saarbrücken und begann mit der Arbeit an seiner Promotion, die er 1977 als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Soziologie der Technischen Universität München abgeschlossen hat. 1981 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) und vertrat – vor seiner Habilitation im Fach Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin im Jahr 2000 – die Professur für Soziale Gerontologie an der Universität Gesamthochschule Kassel. Nach Rentenbeginn im Jahr 2010 blieb er bis 2016 als Senior Advisor am DZA und lehrte zwischen 2012 und 2020 an der Hochschule Magdeburg-Stendal und an der Universität Vechta.

Seine wissenschaftlichen Tätigkeiten hat er auch nach dem Übergang in den Ruhestand mit Verve fortgesetzt. Seine Arbeiten waren fast durchgängig historisch orientiert und basierten auf Quellen, die er auf Diskurse und deren Veränderungen untersuchte. Sein Interesse und seine Kenntnisse bezogen sich nicht nur auf Altersfragen, sondern zum Beispiel auch auf Wissenschaftstheorie, Ideen- und Philosophiegeschichte, Literatur-, Medizin- und Kulturgeschichte sowie Kultursoziologie. Er war ein Gelehrter »alter Schule«. Es schien, als hätte er ganze Bibliotheken inklusive aller verfügbaren Partituren verschlungen – und auch verinnerlicht. Er war mit den Künsten der Hochkultur bestens vertraut – und hat sie intensiv genossen. Nur allzu bereitwillig ließ er sich auf den universitären Gängen, beim abendlichen Zusammentreffen auf Kongressen und bei anderen Gelegenheiten auf einen spontanen Stehkonvent zu geistreichen Unterredungen über Jazz, Opern oder zu anderen inspirierenden Austauschen ein.

Aber er war nicht nur ein Meister des Parlierens, sondern vor allem auch ein Meister des Argumentierens und Überzeugens. Das gilt gleichermaßen für die frohlaunigen und feinsinnigen Gespräche abseits formaler Diskussionsrunden

und für die tiefgründigen wissenschaftlichen Debatten auf den Bühnen nationaler und internationaler Workshops, Kongresse und Symposien: Hans-Joachim von Kondratowitz war in der Altersforschung international und national bestens vernetzt. So war er auch seit Anbeginn Mitglied der im Jahr 2000 gegründeten Sektion Alter(n) und Gesellschaft der DGS und wurde dort für seine kritischen und expertisereichen Beiträge hoch geschätzt. Es war eine Freude, mit ihm zu diskutieren und zu debattieren, im Büro, bei Tagungen, oder am Sonntagnachmittag bei einem Stück seiner geliebten selbstgebackenen Kuchen. Er war äußerst charmant und sehr beliebt, bei Kolleg:innen, Mitarbeiter:innen und Student:innen gleichermaßen.

Durch seine Publikationen hat er mehrere Generationen von Alterssoziolog:innen und Gerontolog:innen geprägt. Schwerpunkte seiner Arbeit waren unter anderem die Entwicklung der Altersforschung selbst, Kulturtheorien, die Geschichte des Alters sowie sozialpolitische Fragen etwa im Bereich Pflege. Von Mitte der 1970er bis in die 2020er Jahre sind Werke von ihm hauptsächlich in deutscher und englischer Sprache erschienen und vielfach in weitere Sprachen übersetzt worden. Bahnbrechend sind zum Beispiel die kulturhistorischen Arbeiten zu Betrachtungen des Alters, die er unter anderem mit dem Historiker Christoph Conrad verfasst und über viele Jahre fortgesetzt hat und die in die sich langsam entfaltende *Cultural Gerontology* einführen; die medizinhistorischen Arbeiten zu historischen Diskursen über Krankheiten und Alter sowie internationale Perspektiven auf Altern in den mediterranen Ländern und im Ländervergleich.

Sein enzyklopädisches Wissen hat auch Eingang in Handbücher gefunden, so in »Homosexualität. Handbuch der Theorie- und Forschungsgeschichte« mit Beiträgen zur frühen Bundesrepublik und zu Helmut Schelsky, in »Soziale Arbeit und Alter« zu international vergleichender Altersforschung, in »Soziale Probleme« zu Alter und Altern sowie in »Soziologie des Alter(n)s« zur Geschichtlichkeit des Alter(n)s. Zudem bleibt sein großes sozialpolitisches Engagement im wissenschaftlichen und öffentlichen Feld zu erwähnen, so hat er sich auch immer für die Rechte und die Achtung der Würde älterer Menschen eingesetzt und auf Diversität und prekäre Lebenslagen im Alter, etwa bei älteren Migrant:innen, hingewiesen.

Hans-Joachim von Kondratowitz starb im Alter von 79 Jahren, wir werden uns immer an ihn als freundlich, fröhlich und fachkundig erinnern, in Dankbarkeit und Trauer. Wir vermissen ihn und seine Expertise sehr.

Harald Künemund, Klaus R. Schroeter und Claudia Vogel
für die Sektion Alter(n) und Gesellschaft

Habilitationen

Dr. Marius Meinhof hat sich am 25. Oktober 2023 an der Universität Bielefeld habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Modernisierung als selbsterfüllende Prophezeiung? Koloniale Zeitlichkeit und die Folgen der Zuschreibung von Rückständigkeit und Modernität«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Lisa Suckert hat sich am 9. April 2024 an der Universität Hamburg habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Krisenzeiten. Wirtschaftssoziologische Perspektiven auf Zeitlichkeit, Zeithorizonte und Zukunftsvorstellungen im Kontext gesellschaftlicher Krisen«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Anne K. Krüger hat sich am 19. Juni 2024 an der TU Berlin habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »(Be-)Werten – ein soziologisches Forschungsprogramm«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Charlotte Ullrich hat sich am 24. Juni 2024 an der Universität Heidelberg habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Qualitative Methoden als Forschungszugang zur Gesundheitsversorgung: Bestandsaufnahme, Methodenentwicklung und Methodenanwendung«. Die *venia legendi* lautet Versorgungsforschung.

Tagungen

Sovereignty and Solidarity in the Digital Age – a critical view

Social-Science Track at the International Digital Security Forum (IDSF)
2025 on June 5, 2025, Vienna, MuseumsQuartier

The Vienna Centre for Societal Security (VICESSE) and the AIT Austrian Institute of Technology are happy to announce their continuous collaboration to host the Social-Science Track IDSF in Vienna on »Sovereignty and Solidarity in the Digital Age – a critical view«.

With the rise of digital technologies came several bold promises regarding the expected impact of the global spread of ICT-empowered opportunities for communication and social interaction, liberated from the constraints of time and space.

Information and data were supposed to become globally available to a general public connected via social media and the Internet, opening new virtual fora for political debate, deliberative exchange and collective action. The idea of a de-centralised public sphere, sustained in a bottom-up fashion by global citizens could transform democracies and overcome geographical borders.

Today, more than fifty years after the first launch of the Internet these early optimistic projections have given way to a more sober and nuanced assessment of the observable impacts of the digital transformation. While there are some obvious and widely acknowledged success stories like the emergence of Wikipedia as a user-driven, non-profit global knowledge hub, there are other developments that run counter to the early ideas of a democratising empowerment through digital technology.

With regard to the idea of solidarity we have seen the growth of patchworks comprised of toxic groupings in the digital sphere centred around often outlandish ideas and ideologies. These groupings often display high

levels of internal solidarity at the expense of hostile exclusivity against non-members and outsiders declared as enemies.

Seen through the lens of sovereignty, with the opening of the virtual public sphere came a huge potential for commercial and political surveillance. Citizens as users, consumers and activists may come together in the virtual sphere to exercise their right of free speech and strengthening their collective political voice, but by this very engagement they produce the data raw material for a wide variety of technology-empowered practices collected under the umbrella acronym of OSINT (Open Source INTelligence). Questions of data-sovereignty have emerged in this process, adding a new dimension to the debate about citizenship and democratic sovereignty. Also, the increasing role of Big Tech companies in domains such as health, education, public administration, media, finances, transportation etc., is unprecedented and poses several challenges to liberal democracies.

At the same time, state surveillance on a transnational scale corresponding with immense state power and the risk of exploitation of sensible information, which have come to light during the Snowden revelations in 2013 and have since only expanded and furthermore question the idea of state sovereignty and national security in the data age.

To assess the current state of affairs in this field of digitally (dis-)empowered societies requires a close look not only at political and economic rationalities but a good understanding of the role played by the techno-social and regulatory infrastructures (and their actors) sustaining the digital sphere but also other spheres and their interaction in a way that does not produce more harm than good (i.e. inequalities), particularly with regard to cutting-edge innovations linked to the emergence and roll-out of generative AI tools and solutions. Thus, the meeting shall address one or more of the following general topics:

- Challenges to solidarity and sovereignty in the digital age
- The role of infrastructures and actors
- Opportunities for strengthening solidarity and sovereignty
- Imagining alternative futures

Additional information on the International Digital Security Forum 2025, the preliminary program, conference venue and the means of participation can be found on the homepage: <https://idsf.io/> For more information or inquiries please contact:

office@vicesse.eu

Das Klima der Gesellschaft

28. Kongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie
vom 30. Juni bis 2. Juli 2025 an der Universität Graz

Die frühe Soziologie beklagte bereits die »Kälte« der modernen Gesellschaft, geprägt durch distanzierte, zweckorientierte Beziehungen und Affektkontrolle. Heute erleben wir zeitgleich eine »Überhitzung«: Polarisierung, Moralisierung und Populismus prägen das gesellschaftliche Klima, verstärkt durch prekäre Arbeitsverhältnisse, Digitalisierung und Finanzialisierung. Die Pandemie und soziale Medien heizen die kollektive Erregung weiter an, während globale Herausforderungen wie die Klimakrise und Umweltzerstörung unsere Existenz bedrohen.

Der 28. Kongress der ÖGS wird in vielfältiger Weise zur Diskussion stellen, wie es gegenwärtig um das Klima der Gesellschaft bestellt ist und welchen Beitrag die Soziologie zur Bearbeitung der Klimakrise liefern kann. Zur Beantwortung dieser Fragen ist die gesamte Soziologie gefordert, denn offenbar ist das Klima nicht nur ein umweltsoziologisches Thema. Ziel dieser Veranstaltung ist es, den Begriff des Klimas im wörtlichen und übertragenen Sinne zu nutzen, um gegenwärtige Transformationsprozesse, Widerstände und Konfliktslagen mit Blick auf deren tragende Diskurse, Institutionen und Praktiken zu analysieren. In einer Reihe von Plenarveranstaltungen, Ad-hoc-Gruppen und Sektionsveranstaltungen soll auf diese Weise den Verflechtungen zwischen »natürlichem« und »gesellschaftlichem« Klima nachgegangen werden.¹

Für die beiden Hauptvorträge am ÖGS-Kongress konnten bereits Monika Krause, Professorin am Department of Sociology, London School of Economics, und Stephan Moebius, Professor am Institut für Soziologie, Universität Graz, gewonnen werden.

Für weitere Informationen zum ÖGS Kongress 2025 steht Ihnen unser engagiertes Team gerne zur Verfügung und freut sich darauf, Ihre Fragen zu beantworten und Ihnen weiterzuhelfen. Bitte kontaktieren Sie uns unter folgender Adresse:

congress@oegs.ac.at

¹ Das ausführliche Themenpapier finden Sie hier: <https://oegs.ac.at/oegs-kongress-2025/thema>

Transformationssoziologie konkret

Tagung der Schader-Stiftung und der RTWH Aachen am 30. Juni und 1. Juli 2025 im Schader-Forum, Goethestraße 2, 64285 Darmstadt

Transformation als Herausforderung der Soziologie

Heutige Gesellschaften stehen unter hohem und fortlaufendem Transformationsdruck, um der sozial-ökologischen und digitalen Transformation, Umbauten am Sozialstaat, Herausforderungen des demographischen Wandels und dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Gerade die Gesellschaftswissenschaften sind von diesen Anforderungen auch selbst erfasst. Immer mehr Soziolog*innen begeben sich in transformative Projekte, wobei ihre Rollen zwischen der Wissenschaft und Aktivist*innen, Beobachter*innen, Ratgeber*innen und Ermöglicher*innen changieren. Dies bleibt nicht ohne Rückwirkung auf das Verständnis von Soziologie, und zwar sowohl innerhalb des Fachs wie auch außerhalb, durch die Beobachtung anderer gesellschaftlicher Gruppen wie Politik oder Zivilgesellschaft.

Auf dem Weg zu einer Transformationssoziologie

Wie verwickelt Transformationsprozesse sind, zeigt sich zudem in weit auseinanderstrebenden Zuschreibungen von Relevanz. Da transformative Wissenschaft per definitionem einen praktischen Bezug aufweist, will die Tagung den gemeinsamen Reflexionsprozess insbesondere mit Blick auf Best Practice-Perspektiven fördern und das Gespräch zwischen Wissenschaft und Praxis sowie einer breiteren Öffentlichkeit stärken. Damit leistet sie einen Beitrag zur Entwicklung einer Transformationssoziologie, die nicht einfach transformative Forschung sein kann, sondern zugleich auch kulturelle wie institutionelle Brüche reflektieren muss.

Die Tagung möchte sich mit diesem Themenkreis beschäftigen, interessierte Forscher*innen und Praktiker*innen versammeln, Theorie an Konkrete diskutieren und Anlass für ein sektorenübergreifendes Community Building schaffen. Es ist geplant, dass die Beiträge die eine oder mehrere der folgenden Fragestellungen aufgreifen:

- Inwiefern ermöglichen, fördern oder blockieren gesellschaftliche Strukturen und Dynamiken Transformation in Theorie und Praxis?

-
- Welche unterschiedlichen Typen der digitalen und sozial-ökologischen Transformation lassen sich auf Basis welcher Systematik unterscheiden?
 - Wie lassen sich praktische Transformationsprozesse verstehen, welche Theorien und Methoden stellen für eine Transformationssoziologie sinnvolle Angebote dar und wo liegen jeweils ihre Stärken und Schwächen?
 - Gibt es emblematische empirische Fälle aus der Praxis, die für eine Soziologie der Transformation besonders instruktiv sind?
 - Welche Rollen kommen der Soziologie oder den Wissenschaftler*innen selbst in diesen Prozessen zu und inwiefern hat dies Rückwirkungen auf das Selbstverständnis?
 - Wie ist die spezifische Funktion universitärer Forschung im Vergleich zu außeruniversitären oder anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen und Hochschulen zu charakterisieren?
 - Welches Qualitätsverständnis von Forschung ist dieser Art von Projekten zu Eigen und wie kann es überprüft werden?
 - Wie lässt sich die stärkere Partizipation in und das Anstiften von Veränderungsprozessen kritisch reflektieren und wie lassen sich hierbei wissenschaftliche Ergebnisse sichern, um mitunter auch in polarisierten Umfeldern wirksam zu bleiben?

Die Verantwortung für das Tagungsprogramm liegt bei Roger Häußling, Claudius Härpfer, Marco Schmitt und Stefan Böschen von der RWTH Aachen sowie Benjamin Stehl und Gösta Gantner von der Schader-Stiftung. Die Teilnahme ist kostenlos. Die Teilnehmendenzahl ist allerdings begrenzt. Bitte wenden Sie sich mit Ihrer Anmeldung oder anderen Anliegen zu dieser Tagung an

kontakt@schader-stiftung.de

Prof. Dr. Jens Beckert, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung,
Paulstraße 3, D-50676 Köln, E-Mail: Beckert@mpifg.de

Dr. Katharina Bock, Berlin

Jun.-Prof. Dr. Tobias Boll, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut
für Soziologie, Jakob-Welder-Weg 12, D-55128 Mainz, E-Mail: boll@
uni-mainz.de

Benjamin Büscher, M.Ed., Technische Universität Dortmund, Institut für
Sport und Sportwissenschaft, Otto-Hahn-Straße 3, D-44227 Dortmund,
E-Mail: benjamin.buescher@tu-dortmund.de

Mika-Joel Dahmer, B.A., Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut
für Soziologie, Jakob-Welder-Weg 12, D-55128 Mainz, E-Mail: dahmer
mi@uni-mainz.de

Dr. Paul Eisewicht, Universität Münster, Institut für Soziologie, Scharnhorst-
straße 121, D-48151 Münster, E-Mail: paul.eisewicht@uni-muenster.de

Marie Marleen Heppner, M.A., Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Geis-
teswissenschaften, Institut für Kommunikationswissenschaft, Universi-
tätsstraße 12, D-45141 Essen, E-Mail: marie.heppner@uni-due.de

Dr. Klaus Holz, Evangelische Akademien in Deutschland e.V., Auguststraße
80, D-10117 Berlin, E-Mail: klausholz@bigas.de

apl. Prof. Dr. Markus Holzinger, Georg-August-Universität Göttingen, In-
stitut für Soziologie, Platz der Göttinger Sieben 3, D-37073 Göttingen,
E-Mail: markus.holzinger@sowi.uni-goettingen.de

Dr. Bettina Hünteler, Universität zu Köln, Institut für Soziologie und Sozial-
psychologie, Albertus-Magnus-Platz, D-50923 Köln, E-Mail: huenteler@
wiso.uni-koeln.de

Dr. Babette Kirchner, Georg-August-Universität Göttingen, Sozialwissen-
schaftliche Fakultät, Institut für Sportwissenschaften, Sprangerweg 2, D-
37075 Göttingen, E-Mail: babette.kirchner@sport.uni-goettingen.de

Prof. Dr. Heiko Kleve, Universität Witten/Herdecke, Fakultät für Wirt-
schaft und Gesellschaft, Alfred-Herrhausen-Straße 48, D-58448 Witten,
E-Mail: heiko.kleve@uni-wh.de

-
- Marlene Keyser, M. A., Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Soziologie, Jakob-Welder-Weg 12, D-55128 Mainz, E-Mail: keyserma@uni-mainz.de
- Prof. Dr. Harald Künemund, Universität Vechta, Driverstraße 23, D-49377 Vechta, E-Mail: harald.kuenemund@uni-vechta.de
- Prof. Dr. Stephan Lessenich, Institut für Sozialforschung, Senckenberganlage 26, D-60325 Frankfurt am Main, E-Mail: lessenich@soz.uni-frankfurt.de
- Prof. Dr. Richard Münch, Zeppelin-Universität, Am Seemooser Horn 20, D-88045 Friedrichshafen, E-Mail: richard.muench@zu.de
- Svenja Reinhardt, M.A., Philipps-Universität Marburg, Institut für Soziologie, Ketzerbach 11, D-35032 Marburg, E-Mail: svenja.reinhardt@uni-marburg.de
- Prof. Dr. Annette Schnabel, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Institut für Sozialwissenschaften, Universitätsstraße 1, D-40225 Düsseldorf, E-Mail: schnabel@hhu.de
- Prof. Dr. Klaus R. Schroeter, Fachhochschule Nordwestschweiz, Riggensbachstraße 16, CH-4600 Olten, E-Mail: klaus.schroeter@fhnw.ch
- Prof. Dr. Karin Stögner Universität Passau, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät, Dr.-Hans-Kapfinger-Straße 14, D-94032 Passau, E-Mail: Karin.Stoegner@uni-passau.de
- Prof. Dr. Jörg Strübing, Universität Tübingen, Institut für Soziologie, Wilhelmstraße 36, D-72074 Tübingen, E-Mail: joerg.struebing@uni-tuebingen.de
- Prof. Dr. Claudia Vogel, Hochschule Neubrandenburg, Brodaer Straße 2, D-17033 Neubrandenburg, E-Mail: cvogel@hs-nb.de
- Marie Westedt, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Soziologie, Jakob-Welder-Weg 12, D-55128 Mainz, E-Mail: mwestedt@students.uni-mainz.de
- Prof. Dr. Jan Weyand, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Soziologie, Kochstraße 4, D-91054 Erlangen, E-Mail: jan.weyand@fau.de
- Prof. Dr. Gundula Zoch, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Sozialwissenschaften, Ammerländer Heerstraße 114-118, D-26129 Oldenburg, E-Mail: gundula.zoch@uni-oldenburg.de

Jens Beckert**Einige Bemerkungen zur Entwicklung der Wirtschaftssoziologie**

Mark Granovetters für die Wirtschaftssoziologie wegweisender Artikel *Economic Action and Social Structure* erschien vor genau vierzig Jahren. In dem Beitrag skizziere ich die Entwicklung der neuen Wirtschaftssoziologie seit dieser Zeit, deren gegenwärtigen Stand und eine mögliche Perspektive für die Weiterentwicklung des Feldes.

Mark Granovetter's groundbreaking article *Economic Action and Social Structure* was published exactly forty years ago. In this paper, I outline the development of the new economic sociology since then, its current state, and a possible perspective for the further advancement of the field.

Richard Münch, Heiko Kleve**Polarisierte Gesellschaft?**

In der öffentlichen Debatte wird vielfach von der »polarisierten« beziehungsweise »gespaltenen« Gesellschaft gesprochen, um die gesellschaftliche Situation der Gegenwart zu beschreiben. Nils Kumkar und Uwe Schimank haben die hierzu vorhandenen soziologischen Zeitdiagnosen einer Prüfung hinsichtlich der Frage unterzogen, welche Rolle sie im Konflikt zwischen den einander gegenüberstehenden Parteien einnehmen. Sie können als Verbündete, Schlichter oder Abklärer auftreten. Im Gespräch von Heiko Kleve mit Richard Münch werden diese drei Rollen aufgegriffen, und es wird argumentiert, dass sie die Herangehensweise an einen Untersuchungsgegenstand im Entdeckungszusammenhang beschreiben, der Wahrheitsgehalt der getroffenen Aussagen – wie auch Kumkar und Schimank betonen – im soziologischen Diskurs im Begründungszusammenhang zu prüfen ist und über deren Nutzung für die Interessen der einen oder anderen Seite im Konflikt im Verwendungszusammenhang entschieden wird. Auf dieser Basis werden theoretisch angeleitete und empirisch fundierte abklärende Zeitdiagnosen einer kritischen Prüfung unterzogen, um dann die wesentlichen Fragen der Diagnose einer polarisierten Gesellschaft in der Rolle eines auf soziologische Aufklärung zielenden Schlichters zu diskutieren.

In public debate, people often talk about a »polarized« or »divided« society to describe the current social situation. Nils Kumkar and Uwe Schimank have examined the existing sociological diagnoses of the times in order to determine what role they play in the conflict between the opposing parties. They can act as allies, mediators or clarifiers. In Heiko Kleve's conversation with Richard Münch, these three roles are taken up and it is argued that they describe the approach to an object of investigation in the context of discovery, that the truth content of the statements made –

as Kumkar and Schimank also emphasize – is to be examined in the sociological discourse in the context of justification, and that their use for the interests of one side or the other in the conflict is decided in the context of application. On this basis, theoretically guided and empirically founded clarifying diagnoses of the times are subjected to critical examination in order to then discuss the essential questions of the diagnosis of a polarized society in the role of a mediator aiming at sociological enlightenment.

Symposium Antisemitismus und / in der Soziologie, Teil 1

Ab Sommer 2024 erschienen im SozBlog soziologische Beiträge zum Antisemitismus. Darauf aufbauend stellt nun ein längeres Symposium mehrere Texte zum Thema zur Diskussion. Das Anliegen besteht ausdrücklich *nicht* darin, Einlassungen zum so genannten Nahostkonflikt zu versammeln, sondern darin, zur fachlichen (Selbst-)Kritik beizutragen. Es geht um Einsichten zu allen Bereichen der Soziologie als Wissenschaft sowie als organisierte und institutionalisierte Form akademischer Praxis einschließlich Lehre, Gutachten, Forschungsförderung und so weiter, in der Hoffnung, dass die Texte in diesem und im nächsten Heft der SOZIOLOGIE zur soziologischen (!) Aufklärung beitragen werden.

Starting from summer 2024, sociological articles on anti-Semitism appeared in the SozBlog. Building on this, a longer symposium is now presenting several texts on the topic for discussion. The aim is explicitly *not* to summarise statements on the so-called Middle East conflict, but to contribute to professional (self-)criticism. The aim is to provide insights into all areas of sociology as a science and as an organised and institutionalised form of academic practice, including teaching, expert opinions, research funding and so on, in the hope that the texts in this and the next issue of SOZIOLOGIE will contribute to sociological (!) enlightenment.

Markus Holzinger Soziologie als Verschwörungstheorie?

In einem kürzlich erschienen Aufsatz in dieser Zeitschrift (Heft 3, 2024) diskutiert Georg Vobruba das Verhältnis von Soziologie und Verschwörungsdenken, um der Frage nach Ähnlichkeiten zwischen den beiden Narrativen nachzugehen. Vobruba kommt letztendlich zu dem Schluss, dass es zwischen diesen beiden Wissenstypen eine klare Unterscheidung gibt: Die Soziologie bietet relationale Erklärungen an, die auf empirischen Fakten basieren. Im Verschwörungsdenken hingegen wird alles auf die geheimen Machenschaften eines mächtigen Handlungszentrums zurückgeführt. Die Replik stellt Vobrubas These in Frage und kommt zu gegenteiligen Schlüssen. Unter Bezugnahme auf Argumente von Luc Boltanski und Karl R. Popper soll dargelegt

werden, dass es auch in der modernen Soziologie Argumentationstypen gibt, die analog zu Verschwörungstheorien funktionieren. Die Soziologie reproduziert sogar, wie Popper meinte, Argumentationen, bei denen es sich um die »Säkularisierung eines religiösen Aberglaubens« handle. Dieser Zusammenhang soll anhand einiger Beispiele expliziert werden. Ich komme schließlich zu dem Schluss, dass sich im »postfaktischen Zeitalter« auch die Soziologie dem Risiko aussetzt, Fake news, Fiktionen und Verschwörungsszenarien in die Welt zu setzen, anstatt sie zu enttarnen.

In a text recently published in *SOZIOLOGIE* (no. 3, 2024) Georg Vobruba pursues the question of similarities between conspiracy thinking and sociology. Vobruba ultimately comes to the conclusion, that there is a clear distinction between these two types of knowledge. Sociology offers relational explanations based on empirical evidence, whereas in the conspiratorial worldview, everything is attributed to the intentions of a powerful center of action. Against Vobruba it is argued that his interpretation is misguided. My argumentation points in the opposite direction. Based on arguments of Luc Boltanski and Karl R. Popper, the present paper postulates that there are indeed similarities between conspiracy theories and sociological theories. Popper even believed, some sociological arguments are the secularized version of a religious belief (»the secularization of religious superstition«). To make this more concrete some examples are included in the paper. I finally come to the conclusion, that in the »post-truth era«, sociology also runs the risk of spreading fake news and conspiracy narratives.

Bitte berücksichtigen Sie folgende Hinweise zur Textgestaltung:

Verwenden Sie *Fußnoten* nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben. Geben Sie *Literaturhinweise im Text* durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel (König 1962: 17).

Bei *bis zu drei Autor:innen* geben Sie alle Namen an und trennen durch Komma; bei *mehr als drei Autor:innen* ergänzen Sie den ersten Namen um »et al.«. Kennzeichnen Sie *mehrere Titel pro Autor:in* und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... (König 1962a, 1962b).

Mehrere, aufeinander folgende Literaturhinweise werden durch Semikolon getrennt (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

In der *Literaturliste am Schluss des Manuskriptes* führen Sie alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je Autor:in nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet auf, bei mehreren Autor:innen alle namentlich durch Schrägstrich getrennt nennen. Geben Sie Verlagsort und Verlag an.

Bücher: Luhmann, Niklas 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, Volker 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. SOZIOLOGIE, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lutz, Helma 2003: Leben in der Twilightzone. In Jutta Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 254–266.

Internetquellen: Stark, Philip B. / Freishtat, Richard 2014: An Evaluation of Course Evaluations. ScienceOpen Research, doi: 10.14293/S2199-1006.1.SOREDU.AOFRQA.v1.

oder Steffen, Wiebke 2003: Polizeilich registrierte Gewalttaten junger Menschen: Grund zu Furcht und Sorge? Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 26. Jg., Heft 2, 135–148. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-38044>. Letzter Aufruf am 27. April 2021.

Im Literaturverwaltungsprogramm *Citavi* können Sie unseren *Zitationsstil »Soziologie – Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie«* nutzen. Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte eine *deutsche* und eine *englische Zusammenfassung von maximal je 15 Zeilen*, sowie *Name, Titel* und *Korrespondenzadresse* bei. Schicken Sie Ihren Text bitte als .docx, .rtf oder .odt per E-Mail an die Redaktion der SOZIOLOGIE: soz-red@sozio.uni-leipzig.de.

Für *Berichte aus den Sektionen* beachten Sie bitte, dass der Text 7.500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) nicht überschreiten sollte.